

Jahresbericht 2009

Die Arbeit der

FDP.Die Liberalen

und der

FDP-Liberalen Fraktion der Bundesversammlung

Rapport annuel 2009

L'activité du

PLR.Les Libéraux-Radicaux

et du

Groupe libéral-radical de l'Assemblée fédérale



Nr. 1 der Schriftenreihe der *FDP.Die Liberalen*
Herausgegeben vom Generalsekretariat,
Neuengasse 20, 3001 Bern

Publication no 1 du Parti libéral radical suisse
Editée par le Secrétariat général,
Neuengasse 20, 3001 Berne

Nota Bene:

Der Jahresbericht 2009 wird nicht in gedruckter Form versandt. Er ist auf der Webseite der FDP unter www.fdp.ch als PDF-Dokument aufrufbar.

Le rapport annuel 2009 du PRD ne sera pas imprimé mais mis en ligne sur www.prd.ch et www.plr.ch sous la forme d'un document pdf.



Inhaltsverzeichnis – Sommaire

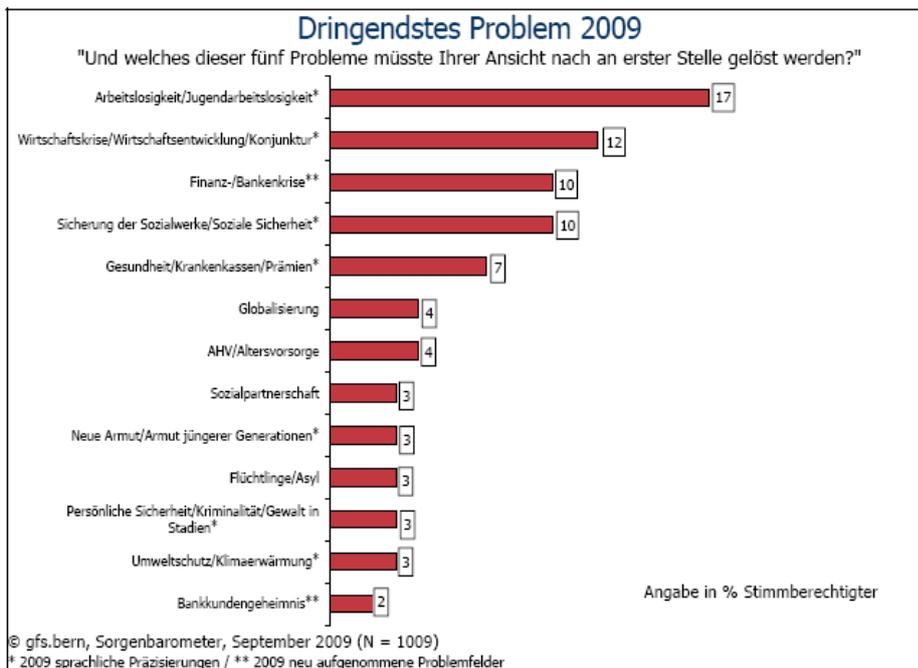
1.	Die Herausfordererpartei ist gefordert.....	5
1.1.	FDP.Die Liberalen – die Partei ist gegründet.....	5
1.2.	Klare Linie.....	5
1.3.	Wichtige Abstimmungen gewonnen.....	7
1.4.	Wahl von Didier Burkhalter.....	7
1.5.	Weiterhin angespannte Finanzlage.....	8
1.6.	Fazit.....	8
2.	Das Parlamentarische Jahr 2009.....	9
2.1.	Frühlingsession 2009 (2.-20. März).....	9
2.2.	Sondersession NR 2009 (27.-30. April).....	23
2.3.	Sommersession 2009 (25. Mai – 12. Juni).....	27
2.4.	Sondersession SR 10./11. August 2009.....	40
2.	Vorstoss zur Stärkung des Finanzplatzes.....	41
2.5.	Herbstsession 2009 (7.-25. September 2009).....	42
2.6.	Wintersession 2009 (23. November bis 11. Dezember 2009).....	53
3.	Parteiarbeit – Activités du Parti.....	64
3.1.	Arbeit der Parteiorgane – Activités des organes du parti.....	64
3.1.1.	Delegiertenversammlung – Assemblée des délégués.....	64
3.1.2.	Union libérale-radical.....	68
3.1.3.	Konferenz der kant. Parteipräsidenten (PPK) – Conférence des présidents cantonaux ...	68
3.1.4.	Sekretärenkonferenz - Conférence des secrétaires.....	68
3.1.5.	Arbeit der Expertenpools – Activités des commission d’experts.....	68
3.1.6.	Generalsekretariat - Secrétariat général.....	69
3.2.	Nahestehende Organisationen – Organisations proches du Parti.....	70
3.2.1.	Jahresbericht 2009 der FDP Frauen Schweiz.....	70
3.2.2.	FDP.Die Liberalen Service Public Jahresbericht 2009.....	74
4.	Anhang – Annexe.....	75
4.1.	Anhang A – Annexe A.....	75
4.2.	Anhang B – Annexe B.....	77
4.3.	Anhang C – Annexe C.....	78
4.4.	Anhang D – Annexe D.....	79

1. Die Herausfordererpartei ist gefordert

1.1. FDP.Die Liberalen – die Partei ist gegründet

An der Delegiertenversammlung vom 28. Februar 2009 wurde rückwirkend auf Jahresbeginn die jüngste Partei der Schweiz gegründet. Aus der Liberalen Partei der Schweiz und der Freisinnig Demokratischen Partei der Schweiz entstand ohne Gegenstimme die *FDP.Die Liberalen*. Die neue Partei hat gegen 130'000 Mitglieder. Die Statuten wurden bereits an der Delegiertenversammlung im Oktober 2008 verabschiedet (vgl. Jahresbericht der FDP, S. 7). Sie bringen schlankere Strukturen – und erlauben damit schnelleres Arbeiten – sowie eine Stärkung der kantonalen Parteipräsidenten.

FDP.Die Liberalen will weiterhin der liberale Motor der Schweiz sein – gesellschafts- und wirtschaftsliberal – und sich vor allem in den Themen Arbeitsplätze, Sicherung der Sozialwerke und bürgernaher und schlanker Staat engagieren. Das sind jene Herausforderungen, die gemäss Sorgenbarometer für den Grossteil der Bevölkerung über den künftigen Erfolg oder Misserfolg unseres Landes entscheiden.

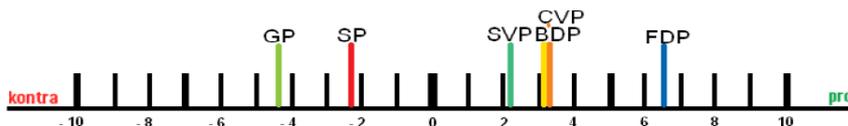


1.2. Klare Linie

Um 2011 zu gewinnen, will die FDP eine klare Linie fahren. Das gelingt der Fraktion auf Bundesebene bereits mit Erfolg. Die folgenden Graphiken zeigen, dass die FDP in den zentralen Fragen ihrer Kernthemen nicht nur eine Vorreiterrolle innehat, sondern auch im Parlament den Kurs der Schweiz bestimmt. So ist sie in wichtigen Bereichen zwischen fast 80% und 100% der Abstimmungen erfolgreich:

Wirtschaftliche Liberalisierung

› Positionierung:

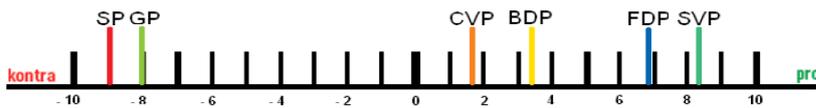


› Abstimmungserfolg:

CVP:	86%
BDP:	83%
FDP:	78%
SVP:	58%
SP:	53%
GP:	45%

Restriktive Finanzpolitik

› Positionierung:

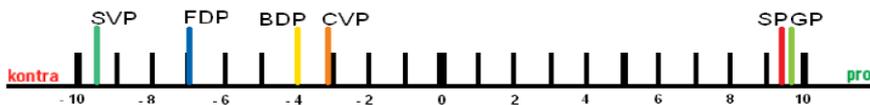


› Abstimmungserfolg:

FDP:	96%
BDP:	89%
SVP:	79%
CVP:	75%
GP:	25%
SP:	21%

Ausbau oder Reformen des Sozialstaats

› Positionierung:

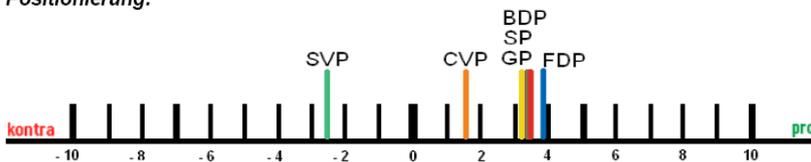


› Abstimmungserfolg:

FDP:	98%
BDP:	90%
CVP:	86%
SVP:	82%
SP:	23%
GP:	18%

Gesellschaftliche Liberalisierung

› Positionierung:

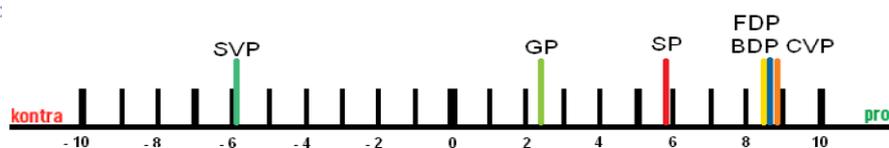


› Abstimmungserfolg:

CVP:	81%
FDP:	75%
BDP:	75%
SVP:	66%
SP:	56%
GP:	52%

Aussenpolitische Öffnung

› Positionierung



› Abstimmungserfolg:

FDP:	85%
CVP:	82%
BDP:	75%
SP:	56%
GP:	52%
SVP:	66%

Diese klare Linie hat auch in ganz konkreten Geschäften Erfolg: Mit einer konsequenten Kampagne konnte die FDP den automatischen und jährlichen Ausgleich der kalten Progression durchsetzen. Dass die Regelung erst 2011 in Kraft tritt, ist der einzige Wermutstropfen. Da die Steuerpflichtigen mit ca. 700 Mio. Franken entlastet werden, kann die FDP dem Bürger diesen dann in seinem Portemonnaie direkt spürbaren Erfolg im Wahljahr nochmals aufzeigen.

1.3. Wichtige Abstimmungen gewonnen

Vergangenes Jahr gab es mit der Abstimmung über die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit eine für die Arbeitsplätze in der Schweiz zentrale Abstimmung. Die FDP koordinierte die Kampagne und war mit ihrem – sogar prämierten – Plakat stark präsent. Das Resultat mit einer Zustimmung von fast 60% inmitten der grössten Finanzkrise der vergangenen 50 Jahre war ein grosser Erfolg. Die FDP arbeitet weiter intensiv auf diesem Thema: Im Februar 2010 präsentierte sie ihre Studie, welche die Vorteile des Bilateralen Wegs aufzeigt. Gleichzeitig lancierte die FDP auch Vorstösse, um Missbräuche im Bereich der Personenfreizügigkeit zu verhindern. Dieses Engagement ist nötig, greift doch die SVP bereits wieder die Bilateralen Verträge an und will sie kündigen.



Im weiteren war die FDP Kampagnenführerin bei der IV-Zusatzfinanzierung. Diese für die FDP schwierige Abstimmung – auch befristete Steuererhöhungen sind immer schlecht – konnte dank dem grossen Engagement der Kantone gewonnen werden, wobei vor allem Graubünden und Luzern herausstachen. Noch am Abstimmungstag lancierte die FDP konkrete Vorschläge, um die Ausgaben im Bereich der schwer definierbaren IV-Fälle zu reduzieren. Hier sollen keine Renten, sondern nur noch Gesundheits- und Integrationsleistungen geleistet werden.

1.4. Wahl von Didier Burkhalter

Im Juni 2008 gab Bundesrat Pascal Couchepin seinen Rücktritt bekannt – im September wurde der Neuenburger Ständerat Didier Burkhalter sein Nachfolger. Dazwischen lag einer der längsten Kampagnen für eine Bundesratsnachfolge, welche die FDP am Schluss klar für sich entschied. Das Motto „In der Ruhe liegt die Kraft“ brachte Erfolg. Wichtig war, dass bereits zu Beginn der Anspruch auf unseren Sitz mit 17.7% Wähleranteil klar kommuniziert wurde. Mit 17,7% liegt die FDP nur wenig hinter der SP mit 19,5%, wobei die SP in allen kantonalen Wahlen seit 2007 die grosse Verliererin mit Verlusten von durchschnittlich fast 3% war. Wichtig war auch das Argument, dass die Konkordanz und die Vertretung der sprachlichen Minderheiten in der Schweiz sichergestellt werden muss. Zentral war schliesslich, dass die FDP über viele gute Kandidaten verfügte und mit dem attraktiven Ticket Burkhalter / Lüscher die lange Kampagne auch im Interesse der Partei nutzen konnte.

1.5. Weiterhin angespannte Finanzlage

Bereits im März 2009 verzichtete die FDP auf einen Beitrag der UBS. Eine weitere Grossfirma unterstützte die Partei nicht mehr, da die FDP mehr Bescheidenheit von Managern bei der Entlohnung forderte. Zudem spürten viele Mitglieder auch die Finanzkrise. Trotzdem stieg die Mitgliederzahl der Freunde der *FDP.Die Liberalen* auf ca. 180 Personen und konnte der Verein dadurch ihren Unterstützungsbeitrag an die Partei erhöhen. Auch gab es neue Unternehmen, welche unsere liberale Politik unterstützen und einen Beitrag ans Milizsystem leisten. Entsprechend konnte die Partei bei einem Aufwand von 2,94 Mio. Franken (3,07 Mio. Fr. 2008) mit einem kleinen Gewinn von 3491 Franken (-34'179 Fr. 2008) abschliessen. Neben stabilen Einnahmen ist dieses ausgeglichene Resultat vor allem auf eine konsequente Sparpolitik zurück zu führen: So trat die Partei aus allen internationalen Vereinigungen aus, und die operativen Kosten wurden nochmals deutlich gesenkt. Das gab Spielraum, um das neue Erscheinungsbild der Partei zu finanzieren und das Projekt Adressdatenbank zu 80% abzuschliessen.

Die Wahlen 2011 werden teuer. Deshalb hat die Partei 2009 die Mitglieder erstmals um einen freiwilligen Wahlkampfbeitrag von 20 Franken gebeten. Diese Aktion ergab einen Beitrag von knapp 250'000 Franken und ist ein guter Start in weitere Fundraising-Aktionen.

1.6. Fazit

Das erste Jahr der neuen Partei fiel in die grösste Finanzkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Mit einer unaufgeregten, fundierten Politik für gute Rahmenbedingungen im Interesse der Arbeitsplätze und gesicherten Sozialwerke konnte die *FDP.Die Liberalen* in Sachfragen punkten. So lancierte sie als erste Partei an der Delegiertenversammlung im Juni 2009 eine Finanzmarktstrategie samt Abgeltungssteuer. Dabei orientierte sie sich an einem Zitat von Konfuzius: „Es ist besser ein winziges Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen.“ Wichtig für 2011 ist, diese gute Politik ebenso gut den Wählern zu vermitteln. Dank Engagement und Begeisterung der Mitglieder der jüngsten Partei mit der ältesten Geschichte wird das gelingen.

2. Das Parlamentarische Jahr 2009

2.1. Frühlingsession 2009 (2.-20. März)

Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Die Frühlingsession stand im Zeichen der Ereignisse und Entscheide bezüglich des Bankkunden-geheimnisses. National- und Ständerat führten jeweils dringliche Debatten zu diesem Thema durch. In Rahmen dieser Debatten forderten die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion FDP-Liberale eine Strategie zur Stärkung des Finanzplatzes Schweiz.

Beide Räte verabschiedeten das vom Bundesrat präsentierte zweite Massnahmenpaket zur Stützung der Konjunktur. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützte dieses, wandte sich aber klar gegen eine drohende Schuldenwirtschaft; denn die Schuldenbremse ist auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einzuhalten.

National- und Ständerat beschäftigten sich in der Frühlingsession mit der Frage, ob die Ordonnanzwaffe zu Hause oder im Zeughaus aufzubewahren sei. Die Räte sprachen sich für die Beibehaltung der Heimabgabe aus. Die Abgabe ins Zeughaus soll aber ohne Auflagen ermöglicht werden.

Der Nationalrat hat die Vereinfachung der Mehrwertsteuer (Teil A) verabschiedet, die Volksinitiative für das Verbot der Kriegsmaterialausfuhr abgelehnt, die Initiative gegen den Bau von Minaretten verworfen, die Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe beschlossen sowie das Kulturförderungsgesetz fertig beraten.

Der Ständerat hat das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse sowie die Teilrevision des Forschungsgesetzes zuhanden des Nationalrats verabschiedet, die Erhöhung der Wasserzinsen befürwortet sowie im Rahmen des MEDIA-Abkommens mit der EU ein TV-Werbeverbot für Alkohol beschlossen.

In den Schlussabstimmungen wurden u. a. folgende Geschäfte angenommen: Ergänzung der Schuldenbremse, Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur, Patentanwalts- und Patentgerichtsgesetz sowie die Jugendstrafprozessordnung. Dagegen wurde die Vorlage über die Sicherheitsorgane im öffentlichen Verkehr im Nationalrat in der Schlussabstimmung abgelehnt.

Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Die Fraktion hat in der Frühlingsession zwei Positionspapiere verabschiedet. Auf der Basis der von der Partei beschlossenen Kernthemen hiess die Fraktion ein Prioritätenpapier 2009-2011 mit dem Titel „Arbeitsplätze schaffen, Sozialwerke sichern, Staat vereinfachen“ gut. Zudem verabschiedete die Fraktion ein aussenwirtschaftliches Positionspapier („Aktive Interessenpolitik zum Wohle der Schweiz“).
 - › Im Sinne der Fraktion hat das Parlament die Ergänzung der Schuldenbremse verabschiedet und damit eine wichtige Massnahme gegen die Schuldenwirtschaft beschlossen.
 - › Der Nationalrat hat die Vereinfachung der Mehrwertsteuer im Sinne der Fraktion zuhanden des Ständerates verabschiedet.
 - › Entgegen dem Willen der *FDP.Die Liberalen* hat der Nationalrat mit der Teilzweckbindung der CO₂-Abgabe für energetische Gebäudesanierungen eine neue Steuer beschlossen.
 - › Der Ständerat hat das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse sowie die Revision des Forschungsgesetzes weitgehend gemäss den Vorstellungen der FDP-Liberalen beschlossen.
 - › Mehrere Vorstösse der Fraktion wurden vom Nationalrat gutgeheissen (Innovationspark, Vereinfachung des Steuersystems, steuerliche Förderung der Forschung, Stärkung des Eigentums, Regierungsreform).
 - › Die Fraktion hat in der Frühlingsession acht Fraktionsvorstösse eingereicht.
-

Vereinigte Bundesversammlung

- › **Wahl ins Bundesstrafgericht:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat den Vizepräsidenten des Bezirksgerichts Bülach, Stephan Blättler (SVP), zum Richter am Bundesstrafgericht gewählt. Er erhielt 175 von 176 gültigen Stimmen.

Geschäfte beider Räte

- › **Dringliche Debatten Bankkundengeheimnis und Finanzplatz:** Ständerat und Nationalrat haben in der Frühlingsession dringliche Debatten zum Thema Bankkundengeheimnis durchgeführt. Vor dem Hintergrund der Vorgänge und Entscheide in Sachen Finanzplatz und insbesondere in Bezug auf das Bankkundengeheimnis fielen in beiden Räten sehr kritische Voten. Während die Vertreter der SVP den Bundesrat für seine Entscheidung bezüglich OECD-Musterabkommen kritisierten, bemängelten SP und Grüne, dass die Regierung zu zögerlich handle. Nach Ansicht des linksgrünen Lagers sollte der Bundesrat per Gesetzesänderung die Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung aufheben. In beiden Räten wurde das Vorgehen der internationalen Akteure – Deutschland, USA, OECD – mit scharfen Worten kritisiert. So verurteilte Fraktionspräsidentin Gabi Huber (FDP/UR), dass die USA das Prinzip Macht vor Recht setzten. Zudem wies sie das Grossmachtgehabe des deutschen Finanzministers zurück und entlarvte die heuchlerische Politik Grossbritanniens in der gegenwärtigen Debatte. Im Ständerat mahnte Peter Briner (FDP/SH) zu mehr Gelassenheit. Der Standortwettbewerb werde mit Ideen und guten Lösungen und nicht mit Kraftmeierei und Beleidigungen gewonnen.

Die FDP/Die Liberalen unterstützt die Strategie des Bundesrates in Sachen Bankkundengeheimnis, fordert aber eine harte Verhandlungslinie, welche eine Benachteiligung des Finanzplatzes Schweiz verhindert. **Die FDP fordert eine Strategie, die auf folgenden drei Säulen basiert** (die Forderungen wurden mit mehreren Fraktionsvorstössen unterstrichen):

- › **1. Neu verhandelte Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) werden nur bei Erfüllung der folgenden Bedingungen unterstützt:**
 - › Ende der Machtpolitik: Die Schweiz wird weder auf nationale noch internationale schwarze Listen gesetzt. Auf widerrechtliche Mittel wie den Einsatz des Geheimdienstes zur Informationsbeschaffung wird verzichtet. DBA-Verfahren werden eingehalten.
 - › Gleiche Rechte für alle: Ausländische Verfahren müssen jenen der Schweiz entsprechen. US-Gliedstaaten und UK-Territorien, Singapur, Hongkong usw. anerkennen die OECD-Regeln ebenfalls vorbehaltlos. Spezialfälle wie die britischen Trusts werden ebenfalls einbezogen.
 - › Rechtsstaat gilt: Amts- und Rechtshilfe wird nur erteilt bei konkretem Verdacht gegen einzelne Bankkunden. Fishing-Expeditionen ausländischer Steuerbehörden werden vertraglich ausgeschlossen. Die neuen Regeln gelten nur für die Zukunft; entsprechende Übergangsfristen sind vorzusehen.
 - › Keine Diskriminierung beim Marktzugang: Die Benachteiligung von Schweizer Banken in anderen Märkten muss gestoppt werden. Die FINMA muss von Staaten mit DBA-Abkommen anerkannt werden.
 - › Kein „Fünfer und Weggli“: Kündigung oder Anpassung des Zinsbesteuerungsabkommens für EU-Länder mit neuem DBA.
- › **2. Ablehnung des „gläsernen Bürgers“ und des automatischen Informationsaustauschs:** *Die Selbstdeklaration der Steuern und der Schutz der Privatsphäre vor dem Staat sind in der Schweiz nicht verhandelbar. Änderungen hin zum „gläsernen Bürger“ müssen auch in der OECD entschieden bekämpft werden.*
- › **3. Rasche Erarbeitung einer Strategie zur Stärkung des Finanzplatzes:** *Der Schweizer Finanzplatz ist für den Werkplatz und die Arbeitnehmer zentral. Im mit Machtpolitik geführten Standortwettbewerb muss unser Land seine Trümpfe bewahren und neue Wettbewerbsvorteile schaffen. Hier sind rasche und klare Entscheide wichtiger als Scheindiskussionen um die Verankerung des Bankgeheimnisses in der Verfassung. Wir fordern, dass bis zur Sommersession*

2009 eine Finanzplatzstrategie erarbeitet wird, um im Standortwettbewerb zu bestehen und den Finanzplatz Schweiz zu stärken. Diese Vorschläge müssen mindestens eine Anpassung des Stiftungsrechts an US- und britische Gesetze (Trust) sowie steuerliche und regulatorische Verbesserungen für die Vermögensverwaltung (Stempelsteuer) umfassen.

- › **Zweites Konjunkturstützungspaket beschlossen:** im Rahmen von ausserordentlichen Sessionen haben die beiden Räte die zweite Stufe der konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen behandelt. Als Erstrat hat der Nationalrat das vom Bundesrat vorgeschlagene Paket im Umfang von rund 700 Mio. Franken mit 156 zu 36 Stimmen verabschiedet. Während die SVP-Fraktion die Vorlage ablehnte und an den Bundesrat zurückweisen wollte, forderte die Ratslinke eine massive Aufstockung des Programms. Beide Forderungen blieben im Rat chancenlos. Sowohl der Rückweisungsantrag als auch die zahlreichen Aufstockungsanträge im Umfang von mehreren hundert Millionen Franken wurden im Sinne der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt. Die kleine Kammer schloss sich einstimmig dem Nationalrat an und hiess den Nachtragskredit von 700 Mio. Franken in praktisch unveränderter Form gut.

Die FDP-Liberale Fraktion orientierte sich in der Debatte an den nachfolgenden **Grundsätzen**:

- › **Keine Aushebelung der Schuldenbremse:** Die Schuldenbremse gilt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und darf nicht durch Konjunkturmassnahmen ausgehebelt werden. Eine Schuldenwirtschaft ist abzulehnen, denn dies schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates ein, weil ihm Mittel für wachstumspolitisch relevante Investitionsprojekte entzogen werden und damit auch die Möglichkeiten künftiger Generationen in unverantwortlicher Weise eingeschränkt würden.
- › **Gezielte Massnahmen statt konjunkturpolitisches Wunschkonzert:** Fiskalpolitische Stimulierungsmassnahmen müssen nach Ansicht der FDP-Liberale Fraktion rasch umsetzbar, zielgerichtet und temporärer Natur sein. Des Weiteren dürfen die Massnahmen die Bürokratie nicht aufblähen, müssen auf Konsum und Investitionen wirken und Arbeitsplätze sichern helfen. Mass-, kontur- und wirkungslose Konjunkturprogramme in Milliardenhöhe sowie finanzpolitische Abenteuer lehnen wir dagegen ab.
- › **Nachhaltige Stärkung des Wirtschaftsstandorts:** Die Krise muss dazu genutzt werden, um nachhaltige Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts einzuleiten und umzusetzen, damit die Schweiz gestärkt aus der Krise hervorgeht. Die zahlreichen staatlichen Interventionen und Stützungsmassnahmen im Ausland bergen die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen zuungunsten von Schweizer Unternehmen. Diese Gefahr ist im Auge zu behalten und es ist ihr notfalls entgegen zu treten, um für gleich lange Spiesse für Schweizer Unternehmen zu sorgen.
- › **Mehrere Fraktionsvorstösse angenommen:** Im Rahmen der ausserordentlichen Session stimmte der Nationalrat über zahlreiche Vorstösse ab. Hierbei konnte die Fraktion FDP-Liberale einige Erfolge verbuchen. Zum einen wurde die Fraktionsmotion für die Errichtung eines Innovationsparks zur Stärkung des Forschungsstandorts deutlich überwiesen. Zum anderen hat der Nationalrat drei Fraktionsvorstösse im Bereich der Steuerpolitik angenommen. Dabei wurde auch die Motion angenommen, die eine radikale Vereinfachung des Steuersystems verlangt. Folgende Vorstösse der Fraktion RL wurden vom Nationalrat überwiesen:
 - › Mo. 07.3582. Einrichtung eines Parc d'innovation Suisse (mit 124 zu 60 Stimmen);
 - › Mo. 08.2844. Stärkung des Eigentums. Bildung von Eigenkapital nicht bestrafen (mit 131 zu 62 Stimmen);
 - › Mo. 08.3853. Einführung von steuerlichen Fördermassnahmen zur Stärkung des Forschungsstandorts Schweiz (mit 129 zu 61 Stimmen);
 - › Mo. 08.3854. Für einen schlanken Staat. Steuersystem vereinfachen (mit 124 zu 63 Stimmen).

- › **Wirtschaftsfeindliche Motion vom Nationalrat angenommen:** Im Rahmen der Debatte über die Konjunkturstützungsmaßnahmen hat der Nationalrat gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale und aufgrund einer unheiligen Allianz von SVP, SP und Grünen eine wirtschaftsfeindliche Motion der WAK-N angenommen. Diese verlangt eine staatlich verordnete Begrenzung von Managerlöhnen bei Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten. Zudem soll das Klumpenrisiko für die Schweiz durch Trennung der Bankaktivitäten reduziert werden. Der Ständerat hat beschlossen, diesen Vorstoss in der Sommersession zu behandeln.
 - › **Ergänzung der Schuldenbremse beschlossen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat im Sinne der Fraktion RL die Erweiterung der Schuldenbremse beschlossen. Im Differenzbereinigungsverfahren wurden die letzten Differenzen bereinigt. Damit wird der ausserordentliche Haushalt in die Schuldenbremse einbezogen. Die Grundidee der beantragten Ergänzungsregel besteht darin, Defizite des ausserordentlichen Haushalts über den ordentlichen Haushalt mittelfristig zu kompensieren. Als Steuerungsgrösse dient das „Amortisationskonto“, das neu eingeführt werden soll. Darin werden die ausserordentlichen Einnahmen und Ausgaben erfasst. Weist es einen Fehlbetrag auf, ist dieser während der sechs folgenden Rechnungsjahre durch Überschüsse im ordentlichen Haushalt abzutragen. Nach dieser Erweiterung der Schuldenbremse verbleibt noch ein Schlupfloch, das zum Anstieg eines Schuldenbergs führen kann: die Sozialversicherungen. In diesem Bereich gilt es nun nach Lösungen zu suchen, um die Ausgaben und Einnahmen in ein Gleichgewicht zu bringen.
 - › **Debatten um Aufbewahrung der Ordonnanzwaffen:** Beide Räte beschäftigten sich in der Frühlingssession mit der Frage der richtigen Aufbewahrung der Ordonnanzwaffen. In der ersten Woche debattierte zuerst der Ständerat die Frage. Dies anlässlich der Behandlung der Motion Fetz (welche die Heimabgabe ohne Verschluss verlangte). Nach einer emotional geführten Diskussion zog die Motionärin den Vorstoss zurück. Eine Petition, welche die Aufbewahrung der Waffe im Zeughaus verlangte, lehnte der Ständerat mit 23 zu 14 Stimmen ab. In der dritten Sessionswoche war der Nationalrat an der Reihe. Nach längerer Debatte beschloss die grosse Kammer, an der Heimabgabe der Ordonnanzwaffe festzuhalten. Vorstösse, welche eine Aufbewahrung im Zeughaus forderten, lehnte der Rat ab. Mit 92 zu 90 Stimmen wurde dagegen eine von Josef Lang (Grüne/ZG) eingereichte Motion angenommen, welche die Schaffung eines Waffenregisters verlangt. Die Fraktion FDP-Liberale sprach sich für den Grundsatz der Heimabgabe der Armeewaffe aus. Wer die Waffe nicht zu Hause aufbewahren möchte oder aus logistischen Gründen nicht lagern kann, soll sie ohne Angabe von Gründen kostenlos hinterlegen können. Dies entsprechend dem Grundsatz, wonach dem Recht des Wehrpflichtigen auf Heimabgabe der Waffe auch das Recht bzw. die Möglichkeit auf Abgabe der Waffe ins Zeughaus gegenübersteht. An der Erfüllung der Schiesspflicht soll sich nach Ansicht der FDP-Liberalen aber nichts ändern. Diese Pflicht ist unabhängig vom Aufbewahrungsort der Ordonnanzwaffe zu erfüllen.
 - › **Neuregelung der Bahnpolizei in der Schlussabstimmung gescheitert:** Im Rahmen der Vorlage Bahnreform 2 war die Frage der Kompetenzen der Bahnpolizei umstritten. Im Differenzbereinigungsverfahren schloss sich der Nationalrat dem Ständerat an. Die Kompetenz zur Regelung der Bewaffnung sollte dem Bundesrat übertragen werden. Zudem sollte die Bahnpolizei weniger Kompetenzen als die reguläre Kantonspolizei erhalten. Die Räte hatten sich bereits früher auf den Grundsatz geeinigt, dass eine private Transportpolizei für die Sicherheit in Zügen sorgen soll. Die Vorlage scheiterte allerdings im Nationalrat in der Schlussabstimmung. Eine Allianz aus SVP, SP und Grünen lehnte das Gesetz mit 99 zu 85 Stimmen gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale ab (der Ständerat nahm das Gesetz mit 32 zu 0 Stimmen bei 11 Enthaltungen an). Das Gesetz ist damit gescheitert, was von der Fraktion FDP-Liberale bedauert wird. Damit bleiben die Bedürfnisse der Bahnreisenden auf der Strecke.
 - › **Patentgerichts- und Patentanwaltsgesetz bereinigt:** Das Parlament hat die letzten Differenzen in diesen beiden Gesetzen bereinigt. Beim Patentanwaltsgesetz stimmte der Ständerat in den verbliebenen zwei Differenzen dem Nationalrat zu. Beim Patentgerichtsgesetz folgte der Nationalrat der kleinen Kammer und akzeptierte, dass nebenamtliche Richter (wie die hauptamtlichen Richter) von der Bundesversammlung und nicht von der Gerichtskommission gewählt werden.
-

- › **Neues Jugendstrafprozessrecht:** Die vereinheitlichte Jugendstrafprozessordnung ist bereinigt. Analog zum Strafprozessrecht für Erwachsene vereinheitlicht die neue Jugendstrafprozessordnung die Verfolgung von Delikten von unter 18-Jährigen. Die Räte haben in einer Einigungskonferenz die letzten Differenzen bereinigt. Jugendliche können demnach im Strafverfahren eine Vertrauensperson als moralische Stütze beziehen. Der Nationalrat lenkte in diesem Punkt ein und folgte schliesslich der Linie des Ständerats und dem Vorschlag des Bundesrates.
- › **Lob für die Aussenwirtschaftspolitik:** National- und Ständerat haben den Aussenwirtschaftsbericht 2008 beraten und die damit verbundenen Abkommen genehmigt. Der Bundesrat wurde für seine Aussenwirtschaftspolitik fast durchwegs gelobt. Mit dem Bericht wurden u.a. das Freihandels- und Landwirtschaftsabkommen mit Kanada sowie zwei Investitionsschutzabkommen mit Turkmenistan und Madagaskar genehmigt. Gemäss Aussagen des Bundesrates wird die Schweiz bis Ende 2009 über 23 Freihandelsabkommen verfügen.
- › **Jahresberichte Geschäftsprüfungskommission:** National- und Ständerat haben die Berichte der Geschäftsprüfungskommission und der Geschäftsprüfungsdelegation zur Kenntnis genommen. Thematisiert wurde dabei u.a. die Aktenvernichtung im Fall Tinner sowie der Fall des ehemaligen Armeechefs Roland Nef.

Nationalrat

- › **Drei neue Mitglieder im Nationalrat:** Mit Martin Landolt (BDP/GL), Max Chopard-Acklin (SP/AG) und Ulrich Schlüer (SVP/ZH) sind im Nationalrat am ersten Tag der Frühjahrsession drei neue Mitglieder vereidigt worden. Während Landolt und Chopard-Acklin neu in den Nationalrat eintreten, feiert Schlüer nach seiner verpassten Wahl 2007 ein politisches Comeback.
 - › **Parlamentarische Immunität:** Der Nationalrat hat in der dritten Sessionswoche im Rahmen von drei Fällen eine Debatte über die parlamentarische Immunität geführt. Dabei hat der Rat die Immunität von Toni Brunner (SVP/SG) mit 96 zu 75 Stimmen aufgehoben. Dagegen lehnte es der Rat mit 152 zu 20 Stimmen (bei 14 Enthaltungen) ab, die Immunität von Christoph Mörgeli (SVP/ZH) aufzuheben. Im Fall von Lucrezia Meier-Schatz (CVP/SG) und alt Nationalrat Jean-Paul Glasson (FDP/FR) hat die Mehrheit des Nationalrats im Stimmenverhältnis von 99 zu 80 Stimmen entschieden, dass ihre Äusserungen als GPK-Sprecher im Fall Blocher-Rorschacher von der absoluten Immunität geschützt sind.
 - › **Ja zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer:** Der Nationalrat hat in der zweiten Sessionswoche die Eintretensdebatte zum Teil A der Vereinfachung der Mehrwertsteuer geführt. Ein Rückweisungsantrag der SP-Fraktion wurde von allen anderen Fraktionen mit 137 zu 40 Stimmen deutlich verworfen. In der Detailberatung beschloss der Rat, den Sondersatz von 3,6 Prozent für die Hotellerie bis 2013 zu verlängern. Nach geltendem Recht lief er 2010 aus. Mit der Verlängerung soll im Hinblick auf den geplanten Einheitssatz (Teil B der Vorlage) ein mehrfacher Satzwechsel verhindert werden. Auf Antrag von Bundesrat und WAK-N unterstützte der Nationalrat erweiterte Anwendungsmöglichkeiten der vereinfachten Abrechnung für KMU (Saldosteuersatzmethode). Gegen den Willen des Bundesrates verkürzte der Rat die Verjährungsfrist für die Festlegung von Steuerforderungen von fünf auf drei Jahre. Die FDP-Liberale Fraktion unterstützt die Vereinfachung der Mehrwertsteuer und verlangt, dass der Teil A der Reform der Mehrwertsteuer 2010 in Kraft tritt. Des Weiteren fordern Fraktion und Partei die rasche Einführung des Einheitssatzes. Der Teil A der Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Nationalrat beschliesst Teilzweckbindung:** Die parlamentarische Initiative Hegetschweiler will die CO₂-Lenkungsabgabe in eine Zwecksteuer umwandeln. Ein Drittel der CO₂-Abgabe (maximal 200 Mio. Franken jährlich), die seit letztem Jahr auf fossilen Brennstoffen (Heizöl, Erdgas, Kohle) erhoben wird, soll für die Förderung energetischer Gebäudesanierungen reserviert werden. Der Ertrag der CO₂-Abgabe wird also nur noch zu zwei Dritteln gleichmässig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückerstattet. Der Nationalrat sprach sich nach intensiv geführter Debatte mit 110 zu 62 Stimmen für Eintreten auf die Vorlage aus. Die Vertreter der FDP-Liberalen sprachen sich somit vergeblich gegen
-

die Teilzweckbindung, die gleichbedeutend mit einer neuen Steuer ist, aus. Aus Sicht der FDP-Liberalen sollten energetische Sanierungen mit Steueranreizen anstelle von Subventionen gefördert werden. In der Gesamtabstimmung sprach sich die grosse Kammer mit 113 zu 57 Stimmen für die Initiative aus. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

- › **Nein zu Initiative gegen Kriegsmaterialausfuhr:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Volksinitiative „für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“ befasst. Diese verlangt ein Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern sowie Immaterialgütern einschliesslich Technologien zur Entwicklung, Herstellung oder Verwendung dieser Güter. Nach einer ausführlichen Debatte empfiehlt der Rat mit 122 zu 60 Stimmen die Ablehnung der Initiative. Der Rat folgte damit der Empfehlung des Bundesrates, welcher die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Die FDP-Liberale Fraktion sprach sich in der Debatte entschieden gegen die Initiative aus. Vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschaftslage würde das Exportverbot die mutwillige Gefährdung von Arbeitsplätzen bedeuten. Dies wäre wirtschafts- und sicherheitspolitisch unverantwortlich. Zudem besitzt die Schweiz eine strenge und effiziente Kontrolle im Bereich der Kriegsmaterialausfuhr sowie im Bereich der Dual-Use-Güter. Der Ständerat muss sich als nächstes zur Initiative äussern.
 - › **Minarettinitiative abgelehnt:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Volksinitiative „gegen den Bau von Minaretten“ befasst. Die Initiative möchte den Satz „der Bau von Minaretten ist verboten“ in der Verfassung verankern. Der Nationalrat sprach sich mit 128 zu 53 Stimmen gegen den von linker Seite eingebrachten Antrag aus, die Initiative für ungültig zu erklären. Im Einklang mit dem Bundesrat beschloss die grosse Kammer danach mit 129 zu 50 Stimmen, die Initiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen. Die Fraktion FDP-Liberale sprach sich in der Debatte gegen den Antrag auf Ungültigkeit aus und lehnte die Volksinitiative entschieden ab. Die Einfügung des Minarett-Artikels wäre gleichbedeutend mit einem Rückfall in jene Zeiten, als die Bundesverfassung noch mit Verboten von Jesuiten und Klöstern belastet war. Ein Minarett-Artikel in der Verfassung würde das Rad in verhängnisvoller Weise zurück drehen. Ein verfassungsrechtliches Verbot von Minaretten würde des Weiteren aussen- und aussenwirtschaftspolitischen Schaden anrichten, hat doch allein die Einreichung der Initiative für grosses und negatives Aufsehen gesorgt. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
 - › **Neues Namensrecht zurückgewiesen:** Das von der Rechtskommission erarbeitete neue Namensrecht geht vom Prinzip der Unveränderbarkeit des Geburtsnamens aus. Männer und Frauen sollten bei der Heirat ihren Namen behalten. Sie sollten aber auch einen der beiden Namen als Familiennamen wählen können; dieser wäre dann der Familienname der Kinder. Die Mehrheit des Nationalrats wollte von dieser liberalen Lösung des Namensrechts nichts wissen. Mit 99 zu 92 Stimmen beschloss der Rat, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen. Dies mit dem Auftrag, lediglich die allernotwendigsten Korrekturen vorzunehmen und keine grundsätzliche Reform des Namensrechts vorzulegen.
 - › **Vierjährige Rüstungsprogramme:** Der Nationalrat hat es verpasst, das heutige unbefriedigende Verfahren für die Beschaffung von Rüstungsgütern zu verbessern. Gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale hat die grosse Kammer die parlamentarische Initiative Burkhalter (FDP/NE) mit 126 zu 62 Stimmen abgelehnt; SVP, SP, Grüne und BDP sprachen sich gegen den Vorschlag von FDP und Liberalen aus. Die Initiative schlägt vor, dass der Bundesrat Rüstungsprogramme zukünftig in Form von Rahmenkrediten mit einer Laufzeit von vier Jahren dem Parlament vorlegen sollte. Ziel des Vorstosses ist es, die finanzielle Stabilität und Planungssicherheit für die Armee zu erhöhen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen:** Entgegen seinem ursprünglichen Entscheid beschloss der Nationalrat, der Forschung am Menschen verfassungsmässige Leitplanken zu setzen. Er folgte damit einem Kompromissvorschlag des Ständerates. Ein Minderheitsantrag der SVP, der an der reinen Kompetenznorm festhalten wollte, wurde mit 107 gegen 55 Stimmen bei 27 Enthaltungen klar abgelehnt. Mit 140 zu 31 Stimmen hielt der Nationalrat zudem daran fest, dass der Bund beim übergeordneten ersten Absatz die Forschungsfreiheit wahrt und der Bedeutung der
-

Forschung für Gesundheit und Gesellschaft Rechnung trägt. Der Ständerat strich diesen Passus teilweise. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück in den Ständerat. Dieser wird unter anderem darüber zu befinden haben, ob und was für materielle Konsequenzen die vom Nationalrat beschlossene sprachliche Anpassung des Begriffes „biomedizinische Forschung“ in „Forschung in der Biologie und der Medizin“ für den Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen hat.

- › **Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin. Zusatzprotokoll:** Der Nationalrat will die Würde der Patienten bei Organ- und Gewebetransplantationen schützen. Mit 156 zu 7 Stimmen genehmigte er ein Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin. In den Prinzipien deckt sich das Zusatzprotokoll über die Transplantation menschlicher Organe und Gewebe mit dem schweizerischen Transplantationsgesetz. Bei drei Aspekten der Lebendspende ist die schweizerische Gesetzgebung liberaler als das Anfang Mai 2006 in Kraft getretene Zusatzprotokoll. Zu diesen Punkten wird die Schweiz deshalb bei der Ratifizierung Vorbehalte anbringen. Das Zusatzprotokoll muss noch vom Ständerat genehmigt werden.
 - › **Kulturförderungsgesetz gutgeheissen:** Der Nationalrat setzte seine in der Herbstsession 2008 unterbrochene Debatte über das Kulturförderungsgesetz fort. Im Zentrum der Diskussion stand die zusätzliche finanzielle Unterstützung sogenannter Leuchttürme (Kulturinstitutionen und Festivals mit internationaler Ausstrahlung) durch den Bund sowie die Schaffung eines Kulturrates. Beide Konzepte wurden vom Nationalrat abgelehnt. Gegen den Willen des Bundesrates wurde allerdings ein Antrag der WBK-N gutgeheissen, der die neue gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit der Kulturstiftung Pro Helvetia in das Kulturförderungsgesetz integrieren will. Die Schaffung von (weiteren) Sonderregeln für Freischaffende in der beruflichen Vorsorge lehnte der Nationalrat hingegen ab. Das Kulturförderungsgesetz wurde im Sinne der FDP-Liberale Fraktion mit 125 zu 50 Stimmen gutgeheissen. Das Geschäft geht an den Ständerat.
 - › **Familienergänzende Kinderbetreuung wird weitergeführt:** Der Nationalrat hat mit 115 zu 56 Stimmen im Sinne der Fraktion FDP-Liberale eine Motion der WBK-N gutgeheissen, mit welcher der Bundesrat aufgefordert wird, dem Parlament bis Ende 2009 eine Revision des Gesetzes über die Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung sowie einen neuen Zahlungsrahmen ab 2011 vorzulegen. Gleichzeitig verzichtete der Rat auf Antrag seiner Kommission darauf, den Bund mittels Verfassungsauftrag auf die Bereitstellung von familienergänzender Kinderbetreuung zu verpflichten. Fünf gleichlautende parlamentarische Initiativen, die dies forderten, wurden abgeschrieben.
 - › **Neues Museumsgesetz von Nationalrat verabschiedet:** Der Nationalrat hat als Zweitrat das Bundesgesetz über Museen und Sammlungen des Bundes mit 153 zu 5 Stimmen verabschiedet. Das Gesetz verpflichtet erstens sämtliche Museen und Sammlungen des Bundes auf gemeinsame Ziele und erteilt ihnen einen einheitlichen Grundauftrag. Zweitens bildet es die Rechtsgrundlage für ein Schweizerisches Nationalmuseum. Kontrovers diskutiert wurde einzig die Frage, ob die Museumsgruppe „Nationalmuseum“ oder „Landesmuseum“ heissen sollte. Der Rat entschied sich mit 117 zu 52 Stimmen für die Version „Nationalmuseum“.
 - › **Offizieller Beitritt der Schweiz zum Forschungsprogramm ITER:** Als zweite Kammer hat der Nationalrat mit 140 zu 30 Stimmen die Beteiligung am Versuchsreaktor ITER in Frankreich gutgeheissen. ITER basiert auf einem Abkommen zwischen Euratom, Russland, China, Japan, Korea, Indien und den USA. Der Versuchsreaktor soll im südfranzösischen Cadarache gebaut werden und den letzten Entwicklungsschritt von der Kernfusion zu einer fusionsbasierten Energieproduktion vollziehen. Laut Bundesrat wird ITER das weitaus wichtigste Element der europäischen Fusionsforschung sein. Die Schweiz will sich deshalb mit vollen Rechten daran beteiligen. Sie arbeitet im Bereich der Fusionsforschung schon seit 1978 mit der Europäischen Atomgemeinschaft zusammen.
 - › **ETH-Rat. Leistungsperiode 2004-2007:** Der Nationalrat hat am Dienstag den Bericht des ETH-Rats zur Leistungsperiode 2004-2007 genehmigt. Die ETH sei ein Flaggschiff für die Bildung in der Schweiz, lautete der Tenor. Die Kritik zielte auf den tiefen Frauenanteil und den Wissenstransfer.
-

- › **Keine Bedenkfrist bei Scheidung:** Wenn sich beide Ehepartner einig sind, sollen sie nicht mehr zwei Monate auf die Scheidung warten müssen. Ein Hinauszögern der Scheidung gegen den Willen der Beteiligten ist ein unnötiger Leerlauf. Im Sinne der Fraktion FDP-Liberale sprach sich der Nationalrat überaus deutlich (mit 142 zu 16 Stimmen) für die Abschaffung der Bedenkfrist aus.
 - › **Anpassung des Strafrechts an Römer Statut:** Die Schweiz ist 2001 dem Römer Statut zur Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beigetreten. Die hierfür notwendigen Gesetzesänderungen sind bereits erfolgt. In einem zweiten Schritt geht es nun darum, Anpassungen im Strafrecht vorzunehmen und die Strafverfolgung effizienter zu gestalten. Der Nationalrat hat die Vorlage im Sinne der Fraktion FDP-Liberale mit 123 zu 39 Stimmen gutgeheissen. Der Nationalrat übernahm weitgehend die Vorlage des Bundesrats. Mit 95 zu 67 Stimmen folgte er aber in einem abweichenden Punkt der Mehrheit der Rechtskommission und legte fest, dass Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit mindestens mit einer zehnjährigen Freiheitsstrafe bestraft werden sollen. Das Geschäft geht an den Ständerat.
 - › **Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat die Vorlage zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien beraten und in der Gesamtabstimmung mit 123 zu 46 Stimmen angenommen. Private sollen künftig Zuwendungen an politische Parteien von den Steuern abziehen können (10'000 Franken bei der direkten Bundessteuer; bei den Kantonssteuern soll der Kanton die Maximalbeträge festlegen). Anders als der Ständerat sprach sich der Nationalrat gegen einen entsprechenden Steuerabzug für juristische Personen aus. Der Bundesrat hatte in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass Unternehmen bereits heute finanzielle Beiträge abziehen können. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
 - › **Vorstösse zur Regierungsreform angenommen:** Der Nationalrat hat am letzten Tag der Session zwei FDP-Vorstösse (von Ständerat Didier Burkhalter, übernommen von Nationalrat Jacques Bourgeois) zur Regierungsreform überwiesen. Das erste Postulat verlangt eine Departementsumbildung gemäss langfristigen Prioritäten; der zweite Vorstoss schlägt eine Stärkung des Bundespräsidiums vor (z.B. durch eine längere Amtszeit).
 - › **Gültigkeit von Volksinitiativen:** Der Nationalrat hat sich in der zweiten Sessionswoche mit der Frage befasst, wie mit völkerrechtswidrigen Volksinitiativen zu verfahren ist. Anlass hierfür war eine parlamentarische Initiative Vischer (Grüne/ZH), der eine strengere Beurteilung von Volksinitiativen verlangt. Der Nationalrat überwies diese Initiative in einer ersten Phase mit 96 zu 72 Stimmen. Die Vorlage geht an den Ständerat, der diese in einer ersten Runde abgelehnt hatte.
 - › **Massnahmen gegen Scheinehen:** Künftig soll nur noch heiraten dürfen, wer sich rechtmässig in der Schweiz aufhält. So will der Nationalrat Scheinehen bekämpfen. Er hat einer Revision des Zivilgesetzbuches (ZGB) mit 104 zu 68 Stimmen zugestimmt. Heute können sich abgewiesene Asylsuchende der Ausreise aus der Schweiz entziehen, wenn sie sich beim Standesamt für eine Heirat oder eine eingetragene Partnerschaft anmelden. Künftig sollen ausländische Brautleute vor der Heirat ihren rechtmässigen Aufenthalt in der Schweiz nachweisen müssen. Bundesrätin Widmer-Schlumpf erläuterte, dass die Vorlage verfassungs- und EMRK-konform sei. Sie betonte, dass die neuen Vorschriften verhältnismässig anzuwenden seien. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Teilweise Öffnung des Briefmonopols:** Der Nationalrat hat mit 89 zu 83 Stimmen eine Motion abgelehnt, die eine Senkung der Monopulgrenze bei der Briefpost verhindern wollte. Im Sinne der Fraktion FDP-Liberale setzt der Nationalrat hiermit ein Zeichen für die Senkung des Briefmonopols von heute 100 Gramm auf 50 Gramm per 1. Juli 2009.
 - › **Set-Top-Boxen in Zukunft frei wählbar:** Mit 124 zu 48 Stimmen hiess der Nationalrat eine von der KVF-N überarbeitete Motion des Ständerates zur Verschlüsselung von Set-Top-Boxen gut. Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesgrundlage zu schaffen, um ein Verbot der Verschlüsselung freier TV-Kanäle im Grundangebot erlassen zu können. Bei der Verschlüsselung sollen die TV-Kunden das Empfangsgerät in Zukunft zu angemessenen Bedingungen frei wählen können. Das
-

Anbieten von Programmen über Internet (z. B. Bluewin-TV) soll dabei nicht unnötig erschwert werden und Wettbewerbsverzerrungen zwischen TV-Kabelnetzen und Telefon / Internet sollen vermieden werden.

- › **Wiederzulassung von Formel 1-Autorennen:** Rundstreckenrennen sollen in der Schweiz wieder erlaubt werden. Gegen den Widerstand des Stände- und des Bundesrates hat der Nationalrat am Donnerstag mit 103 zu 75 Stimmen an der Initiative Giezendanner festgehalten. Die grosse Kammer bleibt damit bei ihrer Forderung, das Verbot von Autorennen auf Rundkursen aus dem Strassenverkehrsgesetz zu streichen. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.
- › **Sicherheit vor Naturgefahren:** Der Bund soll für den Schutz vor Naturgefahren mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Der Rahmenkredit 2008-2011 für den Hochwasserschutz soll um 189 Mio., derjenige für Schutzwälder um 30 Mio. Franken erhöht werden. Der Nationalrat hat eine entsprechende Motion mit 108 zu 48 Stimmen angenommen. Ein Konzept soll zudem die Sicherheit vor Naturgewalten langfristig gewährleisten. Das Geschäft geht an den Ständerat.
- › **Überprüfung der Einspeisevergütung:** Der Bundesrat muss nächstes Jahr die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) überprüfen. Das neue Fördersystem für grünen Strom ist seit Anfang 2009 in Betrieb und hat bereits zahlreiche Schwachstellen erkennen lassen. Der Nationalrat hat drei Postulate stillschweigend überwiesen.
- › **Ja zu Doppelbesteuerungsabkommen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat ein Doppelbesteuerungsabkommen mit Kolumbien relativ knapp – mit 86 zu 72 Stimmen – gutgeheissen. Die Ratslinke opponierte mit dem Argument der Menschenrechtssituation in Kolumbien gegen das Abkommen. Bundespräsident Merz erklärte in der Debatte, dass es sich beim Abkommen um eine technische Übereinkunft handle, die gute Rahmenbedingungen für Schweizer Unternehmen schaffe.
- › **Kein Gegenvorschlag zur Tieranwaltsinitiative:** Der Nationalrat hat es im Sinne der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt, der Volksinitiative für Tierschutzanwälte einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber zu stellen. Mit 91 zu 64 Stimmen lehnte der Rat eine entsprechende parlamentarische Initiative der WBK-N ab. Die Mehrheit der Kommission wollte das Anliegen der Initianten mit einer Änderung des Tierschutzgesetzes erfüllen.

Ständerat

- › **Ja zum Abbau von technischen Handelshemmnissen:** Waren, die in einem EU-Land zugelassen sind, sollen in der Schweiz ohne Zusatzkontrollen vermarktet werden dürfen. Der Ständerat hat dem Cassis-de-Dijon-Prinzip ohne Gegenstimmen (bei 5 Enthaltungen) zugestimmt. Einstimmig sprach sich der Rat zudem für die Revision des Produktesicherheitsgesetzes aus. Mit der Revision des Bundesgesetzes über technische Handelshemmnisse soll das Cassis-de-Dijon-Prinzip für Importe aus dem Europäischen Wirtschaftsraum eingeführt werden. Die Ratsmehrheit sprach sich gegen den Willen der FDP-Liberalen aber mit 23 zu 14 Stimmen dafür aus, im Lebensmittelbereich eine Ausnahme zu machen. Demnach brauchen Lebensmittel, die nicht nach schweizerischen Vorschriften produziert wurden, eine Bewilligung. Für längere Diskussionen sorgte der Punkt betreffend die Vermeidung der Inländerdiskriminierung. Gemäss der vom Ständerat vorgeschlagenen Lösung sollen inländische Produzenten, die nach EU-Vorschriften produzieren und deren Produkte in der EU rechtmässig vertrieben werden, ihre Ware auch auf dem Schweizer Markt verkaufen dürfen. Das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse sowie das Produktesicherheitsgesetz gehen zur Behandlung in den Nationalrat.
 - › **Stärkung der Innovationsagentur:** Die Förderung der anwendungsorientierten Forschung erhält eine neue Gesetzesgrundlage. Der Ständerat hat als Erstrat die Teilrevision des Forschungsgesetzes gutgeheissen. Damit erhält die Kommission für Technologie und Innovation (KTI), die bisher dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie angegliedert ist, mehr Autonomie und Kompetenzen; die KTI wird zu einer verwaltungsunabhängigen Behördenkommission mit eigenen Entscheidungsbefugnissen. Die Vorlage entspricht weitgehend den Forderungen der FDP und
-

berücksichtigt die zentralen Anliegen der Wirtschaft (mehr Entscheidungskompetenzen für die KTI, keine Auftrennung der KTI, Nutzung von Synergien usw.). Im Rahmen der Beratungen zum revidierten Forschungsgesetz hat der Ständerat einstimmig ein Postulat der WBK-S angenommen, in welchem der Bundesrat ersucht wird zu prüfen, ob ein rasches Vorantreiben der Forschungs- und Innovationsförderung in der Schweiz zweckmässig und, insbesondere mit einem schrittweisen Ausbau der Mittel, für den Schweizerischen Nationalfonds SNF und für die KTI realisierbar ist. Die Kommission versteht diese Massnahmen als einen Beitrag zur Bekämpfung des Konjunkturrückganges.

- › **Erhöhung der Wasserzinsen ab 2011:** Die Wasserzinsen sollen nach dem Willen des Ständerates stärker steigen als die Teuerung. Einstimmig sprach sich die kleine Kammer dafür aus, dass der Höchstwert der Wasserzinsen 2011 von heute 80 auf 100 Franken pro Kilowatt installierte Bruttoleistung angehoben wird. 2015 soll der Betrag auf 110 Franken steigen. Der Bundesrat hatte vorgeschlagen, diesen zweiten Erhöhungsschritt ein Jahr später (also 2016) vorzunehmen. Laut Bundesrat Moritz Leuenberger liegen die nun vorgeschlagenen Maxima an der oberen Grenze. Die vorgeschlagenen Erhöhungen der Wasserzinsmaxima könnten mittelfristig um ein Prozent höhere Strompreise für die Endkunden bedeuten. Die Vorlage geht nun zur weiteren Beratung an den Nationalrat.
 - › **Ausbau der Eisenbahninfrastruktur:** Der Ständerat hat sich ein weiteres Mal mit dem Ausbau der Bahninfrastruktur befasst. Nach langer Diskussion hat die kleine Kammer auf regionale Vorentscheide verzichtet und ist dem Nationalrat gefolgt. Dieser hatte sich bei der zweiten Etappe (die „Bahn 2030“ genannt wird) für eine offene Projektliste ohne Priorisierung ausgesprochen. Umstritten blieb in der Frühlingssession die Höhe des Kredits für Lärmschutzmassnahmen: Der Ständerat hielt an seiner Fassung fest, wonach der Beitrag für die Lärmsanierung um 500 Mio. Franken auf 1,3 Mrd. Franken gesenkt werden soll, da die gesetzlichen Vorgaben der Lärmsanierung dank technischer Innovation billiger realisiert werden können. Der Nationalrat sprach sich entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale mit 87 zu 81 Stimmen für das höhere Kreditvolumen von 1,8 Mrd. Franken aus. Aufgrund dieses Entscheids wird im Rahmen der Vorlage zum Weiterausbau der Bahninfrastruktur auf eine Kreditkürzung verzichtet.
 - › **Konzept zum Bau einer zweiten Gotthardröhre:** Gegen 2020 muss der Gotthard-Strassentunnel für eine grosse Sanierung gesperrt werden. Im Hinblick darauf und zur Verbesserung der Sicherheit forderten die Tessiner Ständeräte Dick Marty (FDP/TI) und Filippo Lombardi (CVP/TI) eine zweite Tunnelröhre. Sie zogen ihre Vorstösse aber zugunsten eines Postulats der Verkehrskommission zurück. Dieses Postulat wurde vom Plenum oppositionslos und im Einverständnis mit dem Bundesrat überwiesen. Die Landesregierung soll bis Ende 2010 in einem Konzept darlegen, wie und wann sie die Sanierungsarbeiten im Tunnel vornehmen lassen will. Geklärt werden sollen zudem Voraussetzungen, Kosten und Auswirkungen einer zweiten Röhre.
 - › **Ständerat fordert nationales Entführungsalarmsystem:** Der Ständerat hat mit 38 zu 1 Stimme und entgegen der Meinung des Bundesrates eine Motion von Didier Burkhalter (FDP/NE) angenommen, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, eine Partnervereinbarung auszuarbeiten, um auf Bundesebene ein Entführungsalarmsystem einzurichten. Dieses System hat sich in anderen Ländern (USA, Kanada, Frankreich) sehr bewährt. Die ersten Stunden nach einer Entführung sind entscheidend. Hier liegt die Stärke des Entführungsalarmsystems, das innerhalb kürzester Zeit aktiviert werden kann. Der Bundesrat ist angesichts des klaren Willens des Ständerats nun zu raschem Handeln aufgerufen.
 - › **Werbeverbot für Alkohol im Fernsehen:** Der Ständerat hat sich als Erstrat mit dem MEDIA-Abkommen für die Teilnahme am EU-Förderprogramm der audiovisuellen Produktion für die Jahre 2007-2013 beschäftigt. Während dieses Abkommen ohne Opposition den Rat passierte, war die mit dem Abkommen verknüpfte Frage, ob das Werbeverbot für Alkohol am Fernsehen gelockert oder verschärft werden soll, stark umstritten. Seit zwei Jahren ist es Regional- und Lokalfernsehsendern erlaubt, für Wein und Bier Spots zu schalten, nicht aber der SRG und ausländischen Sendern in Schweizer Werbefenstern. Die EU stört sich an dieser Regelung und verlangt eine nicht
-

diskriminierende Regelung. Der Bundesrat hat vor diesem Hintergrund die Zulassung von Bier- und Weinwerbung für alle Sender vorgeschlagen. Mit 22 zu 19 Stimmen entschied sich die Mehrheit des Ständerats jedoch für den Weg des totalen Verbots von Alkoholwerbung für alle TV-Sender. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

- › **Teilrevision des Fernmeldegesetzes:** Der Ständerat hat mit 19 zu 12 Stimmen eine Motion von Ständerätin Erika Forster (FDP/SG) gutgeheissen. Die Motion verlangt, dass die Eidg. Kommunikationskommission (ComCom) künftig rascher und von Amtes wegen eingreifen kann, falls sie Anhaltspunkte dafür hat, dass ein Anbieter seinen Konkurrenten den Zugang zu den Netzen nicht rechtskonform gewährt. Heute kann die ComCom lediglich eingreifen, wenn eine Klage eines Anbieters vorliegt. Die Motion geht nun an den Nationalrat. Der Ständerat hat des Weiteren einstimmig das Postulat 09.3002 überwiesen, das bis spätestens Mitte 2010 einen Bericht verlangt, der den gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Fernmeldewesen umreissen soll.
 - › **Mehr Transparenz bei Swissmedic:** Das Heilmittelinstitut Swissmedic soll nach dem Willen des Ständerats transparenter und aktiver über die eigenen Aktivitäten informieren. Gegen den Willen des Bundesrates hat die kleine Kammer eine entsprechende Motion von Hans Altherr (FDP/AR) überwiesen. Der Bundesrat wurde beauftragt, im Rahmen der bevorstehenden Teilrevision des Heilmittelgesetzes eine Änderung vorzuschlagen, die das Institut bei Arzneimittelzulassungsverfahren zu mehr Transparenz verpflichtet.
 - › **Keine Nachfolgeregelung Ärztestopp:** Der Ständerat überlässt es dem Nationalrat, eine Nachfolgeregelung für den Ende 2009 auslaufenden Zulassungsstopp zu suchen. Die kleine Kammer lehnte eine Motion von Erika Forster (FDP/SG) mit 17 zu 10 Stimmen ab. Mit diesem Vorstoss sollte der Bundesrat zur Ausarbeitung eines dualen Versicherungsmodells beauftragt werden. Die SGK-N schlägt entgegen der Haltung der Fraktion FDP-Liberale eine weitere Verlängerung des Ärztestopps um zwei Jahre vor, dieser würde aber nur die Spezialärzte betreffen. Die Vorlage wird voraussichtlich in der Sommersession 2009 behandelt. Der Bundesrat hat auf den gleichen Zeitpunkt dringliche Massnahmen zur Stabilisierung der Gesundheitskosten angekündigt, diese Massnahmen aber bisher nicht näher spezifiziert.
 - › **Kein Aufschub von Sanierungsmassnahmen bei Pensionskassen:** Die Mehrheit des Ständerats hat sich im Sinne der FDP-Liberalen gegen ein Moratorium für Sanierungsmassnahmen bei Pensionskassen in Unterdeckung ausgesprochen. Die kleine Kammer hat eine Motion Fetz (SP/BS) mit 23 zu 7 Stimmen deutlich abgelehnt.
 - › **Differenzbereinigung bei der Militärgesetzgebung:** Der Ständerat hat im Sinne der FDP-Liberalen an seiner bisherigen Linie bei der Revision des Militärgesetzes festgehalten. Umstritten sind folgende drei Punkte: die Möglichkeit, Wiederholungskurse für einzelne Truppenverbände im Ausland anzuordnen; die parlamentarische Genehmigung für friedensfördernde Einsätze im Ausland sowie die Konsultationspflicht für Botschaftsüberwachungen im Ausland. Das Geschäft geht ein weiteres Mal zurück an den Nationalrat.
 - › **Innere Sicherheit:** Der Ständerat steht präventiven Überwachungsmaßnahmen kritisch gegenüber. Ohne Gegenantrag beschloss die kleine Kammer, auf das Gesetz zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) einzutreten, dieses aber an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Auftrag an den Bundesrat lautet, die Mittel zur Überwachung zu überdenken und die Verfassungsmässigkeit der Vorlage zu überprüfen. Ferner verlangt der Ständerat Präzisierungen zu den geschützten Rechtsgütern, zu den Verdachtsmomenten sowie zu den unscharfen Begriffen „innere und äussere Sicherheit“, welche die präventive Überwachung rechtfertigen sollen. Der Nationalrat war in der Wintersession 2008 aufgrund einer Mehrheit aus SP, Grünen und SVP gar nicht auf die Vorlage eingetreten.
 - › **Gesamtübersicht Friedensförderung:** Der Ständerat hat ein Postulat gutgeheissen, welches vom Bundesrat einen Gesamtbericht über die Strategie der zivilen und militärischen Friedensförderung verlangt. Hierbei soll auch geprüft werden, ob die verschiedenen Massnahmen in einem einzigen Rahmenkredit zusammengefasst werden sollen.
-

- › **Fakultativprotokoll gegen Folter kann ratifiziert werden:** Der Ständerat hat die letzten Differenzen bei der Genehmigung und innerstaatlichen Umsetzung des Fakultativprotokolls gegen Folter bereinigt. Die kleine Kammer ist im Sinne der Fraktion FDP-Liberale dem Nationalrat gefolgt, welcher die Kontrolltätigkeit im Sinne des Protokolls verbindlicher gefasst hat als der Ständerat in seiner ersten Fassung. Das Geschäft ist damit bereinigt.
- › **UNO-Übereinkommen gegen Korruption:** Das Übereinkommen verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Bestrafung verschiedener Formen der Korruption. Inhaltlich geht die Konvention jedoch nicht weiter als bisherige regionale Abkommen. Das geltende Schweizerische Recht genügt den Anforderungen der Konvention bereits. Vor diesem Hintergrund hiess der Ständerat das Übereinkommen als Zweitrat gut.
- › **Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen:** Anlässlich einer Interpellation von Anne Seydoux-Christe (CVP/JU) befasste sich der Ständerat mit der vom Bundesrat vor wenigen Wochen in Aussicht gestellten eventuellen Aufnahme von freigelassenen Häftlingen aus dem amerikanischen Gefangenenlager Guantanamo. Die Meinungen über das bundesrätliche Vorgehen gingen im Rat diametral auseinander. Derzeit prüft eine interdepartementale Arbeitsgruppe die sicherheitsrelevanten und juristischen Aspekte einer möglichen Aufnahme von freigelassenen Häftlingen aus Guantanamo.
- › **Kein Wahlkreis für Auslandschweizer:** Nach Meinung des Nationalrates sollten die Auslandschweizer aufgrund ihrer starken Zunahme in den vergangenen Jahren eine eigene Deputation ins Parlament entsenden können. Der Ständerat lehnte die parlamentarische Initiative des Genfer SP-Nationalrates Carlo Sommaruga jedoch mit 26 zu 11 Stimmen ab. Die Initiative wird damit abgeschrieben. Das letzte Wort in Sachen Vertretung der Auslandschweizer ist insofern noch nicht gesprochen, als eine Motion von SP-Nationalrat Mario Fehr weiterhin hängig ist.
- › **Rehabilitation der Spanienkämpfer:** Rund 650 Schweizerinnen und Schweizer haben in den internationalen Brigaden gegen die Faschisten unter General Franco in Spanien gekämpft. Viele von ihnen wurden nach der Rückkehr in die Schweiz wegen fremder Kriegsdienste verurteilt. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat die Rehabilitation dieser Spanienkämpfer beschlossen und einen entsprechenden Gesetzestext ohne Gegenstimme (bei drei Enthaltungen) verabschiedet.
- › **Bundesverwaltungsgericht:** Die Zahl der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht soll von 64 auf 65 erhöht werden. Dies hat der Ständerat als Erstrat beschlossen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die FDP-Fraktion hat in der Frühlingssession 2009 folgende acht Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Strategie zur Stärkung des Finanzplatzes:** Der Bundesrat wird beauftragt, bis zur Sommersession 2009 konkrete Vorschläge vorzulegen, wie der Finanzplatz Schweiz gestärkt und dessen Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden kann. Elemente der Strategie sind insbesondere: Einführung des Rechtsinstituts des Trusts, steuerliche und regulatorische Verbesserungen, Verbesserung des Marktzugangs von Schweizer Finanzdienstleistern im Ausland, Vorschläge zur Stärkung der FINMA.
- › **Quellensteuer als Alternative zur erweiterten Amtshilfe:** Der Bundesrat wird beauftragt, neben seiner Strategie zur Neuverhandlung der Doppelbesteuerungsabkommen bezüglich erweiterter Amtshilfe auch eine Strategie betreffend die bilateralen Verträge zur gegenseitigen Erfassung und Überweisung von Quellensteuern zu prüfen, um dieses System interessierten Ländern als Alternative zur erweiterten Amtshilfe anzubieten.
- › **Eigentum stärken, Energie sparen, Eigenmietwert senken:** Mit diesem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, eine Änderung der Eigenmietwertbesteuerung vorzusehen. Demnach wird, wer wertvermehrende energetische Sanierungen an seinem Grundeigentum tätigt, während einer angemessenen Zeitdauer teilweise von der Eigenmietwertbesteuerung befreit. Schliesslich sollen entsprechende Vergünstigungen auch beim Steuerwert vorgesehen werden, damit auch vermietete,

sich nicht im Eigenbesitz befindliche Liegenschaften von entsprechenden Vergünstigungen profitieren können.

- › **Raschere Amts- und Rechtshilfverfahren:** Der Bundesrat wird beauftragt, das Bundesrecht so abzuändern, dass Amts- und Rechtshilfverfahren massiv verkürzt werden. Die Verkürzung der Verfahren ist durch eine Beschränkung der Rechtsmittel zu erreichen, falls es keine andere Möglichkeit gibt, die Verfahren entsprechend zu beschleunigen.
- › **Mehr Selbstverantwortung durch Stärkung der Säule 3a:** Mit dieser Motion wird der Bundesrat beauftragt, das Bundesrecht so abzuändern, dass die maximalen Steuerfreibeträge für Einzahlungen in die Säule 3a gegenüber heute substantiell erhöht werden. Das stärkt die Eigenverantwortung und setzt die richtigen Anreize für die individuelle Vorsorge. Die staatliche und berufliche Vorsorge wird dadurch nicht negativ tangiert. Im Gegenteil: eine robustere Säule der privaten Vorsorge stärkt das gesamte Vorsorgesystem.
- › **Stromsicherheit erhöhen:** Mit diesem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, eine Strategie zur Erhöhung der Stromsicherheit vorzulegen. Dabei sollen die notwendigen Massnahmen getroffen werden, um die auslaufenden Stromverträge zu sichern. Zudem wird auch ein Stromabkommen mit der EU im Bereich Strom gefordert.
- › **Dringliche Interpellation zur FINMA:** Mit dieser Interpellation wird der Bundesrat um Auskunft darüber gebeten, ob die FINMA genügend qualifiziertes Personal für die Erfüllung ihrer Aufgaben hat bzw. auf dem Arbeitsmarkt rekrutieren kann.
- › **Interbankenmarkt mit Liquidität versorgen:** Der Interbankenmarkt funktioniert ungenügend und verschiedene Institute verfügen über viel Überschussliquidität. Der Bundesrat hat mit der Änderung der Pfandbriefverordnung ein geeignetes Instrument für die Rückführung der Mittel geschaffen. Die angepasste Verordnung erlaubt es u. a. der Postfinance, verbriefte Schweizer Hypotheken vor allem von Grossbanken zu erwerben und diesen damit indirekt Geld zur Verfügung zu stellen. Die Interpellation stellt vor diesem Hintergrund Fragen zum Funktionieren des Interbankenmarkts und zur Strategie des Bundesrates in Bezug auf die Postfinance.

Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 17 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 186 zu 5 Stimmen und 1 Enthaltung (Nationalrat) bzw. 43 zu 0 (Ständerat) das dringliche Bundesgesetz zur befristeten Erweiterung der Leistungen der Exportrisikoversicherung im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets;
 - › mit 123 zu 51 und 3 Enthaltungen bzw. 40 zu 0 und 3 Enthaltungen eine dringliche Änderung des Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetzes im Rahmen des zweiten Konjunkturpakets;
 - › mit 129 zu 61 und 2 Enthaltungen bzw. 33 zu 9 die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes, mit der die Schuldenbremse auf den ausserordentlichen Haushalt ausgedehnt wird;
 - › mit 135 zu 59 bzw. 43 zu 0 die neue schweizerische Jugendstrafprozessordnung;
 - › mit 190 zu 3 und 1 Enthaltung bzw. 43 zu 0 das Patentanwaltsgesetz;
 - › mit 194 zu 0 bzw. 43 zu 0 das Patentgerichtsgesetz;
 - › mit 193 zu 0 bzw. 43 zu 0 die Verordnung über die Richter und Richterinnen am Patentgericht;
 - › mit 182 zu 0 und 12 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 das Bundesgesetz über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur;
 - › mit 157 zu 34 und 3 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 das Bundesgesetz zur Bahnreform 2, mit dem mehrere Erlasse über den öffentlichen Verkehr geändert werden;
-

- › mit 173 zu 14 und 7 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 die Verordnung zur Änderung des Reglements des Fonds für die Eisenbahngrossprojekte;
- › mit 194 zu 0 bzw. 41 zu 1 und 1 Enthaltung die Änderung des Umweltschutzgesetzes, mit der die Frist für Abgeltungen zur Sanierung von Schiessanlagen verlängert wird;
- › mit 134 zu 46 und 8 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 die Gesetzesgrundlage für die finanzielle Unterstützung der Schweizer Staatsangehörigen im Ausland;
- › mit 183 zu 10 und 1 Enthaltung bzw. 43 zu 0 der Bundesbeschluss über die Genehmigung und den Vollzug eines Fakultativprotokolls zur Uno-Konvention gegen Folter;
- › mit 169 zu 21 und 4 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 das Uno-Übereinkommen gegen Korruption;
- › mit 133 zu 50 und 11 Enthaltungen bzw. 35 zu 4 und 2 Enthaltungen das Bundesgesetz zur Rehabilitierung der Schweizer Freiwilligen im Spanischen Bürgerkrieg;
- › mit 152 zu 29 und 3 Enthaltungen bzw. 43 zu 0 zwei Abkommen zur Teilnahme der Schweiz am Fusionsforschungsprojekt ITER;
- › mit 192 zu 0 bzw. 43 zu 0 eine Verordnungsänderung betreffend den Zugang der Fraktionssekretariate zu Kommissionsunterlagen im Extranet.

Das Bundesgesetz über die Sicherheitsorgane im öffentlichen Verkehr wurde vom Ständerat mit 32 zu 0 und 11 Enthaltungen angenommen, vom Nationalrat aber mit 99 zu 85 abgelehnt. Dieses Gesetz ist damit gescheitert.

2.2. Sondersession NR 2009 (27.-30. April)

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

In der Sondersession hat der Nationalrat im Sinne der Fraktion FDP-Liberale beschlossen, die Folgen der kalten Progression jährlich auszugleichen. Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat dem einseitigen Abbau von technischen Handelshemmnissen zugestimmt. Ebenfalls gefolgt ist er dem Ständerat beim indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Lebendiges Wasser“, indem er dieser Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellen möchte. Des Weiteren möchte der Nationalrat die Wählerungshilfe weiterführen und im Sachenrecht den Register-Schuldbrief einführen. Schliesslich hat der Nationalrat den Bundesrat beauftragt, rasch ein nationales Alarmsystem bei Entführungen zu errichten.

Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Der Nationalrat hat beschlossen, die kalte Progression jährlich auszugleichen und ist damit einer Forderung der *FDP.Die Liberalen* gefolgt.
- › Der Nationalrat hat den Bundesrat einstimmig beauftragt, rasch ein nationales Alarmsystem bei Entführungen zu errichten und eine entsprechende Motion von SR Burkhalter (FDP/NE) gutgeheissen.
- › Der Nationalrat hat das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse weitgehend gemäss den Vorstellungen der FDP-Liberalen beschlossen.
- › Der Nationalrat hat ein Postulat der Fraktion angenommen, welches eine intelligentere Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer verlangt. Dagegen hat der Rat die parlamentarische Initiative „Kein Missbrauch des Gastrechts“ der Fraktion abgelehnt.
- › Die Fraktion hat in der Sondersession drei Fraktionsvorstösse eingereicht.

Geschäfte der Sondersession Nationalrat

- › **Sofortiger Ausgleich der kalten Progression:** Seit neun Monaten kämpft die *FDP.Die Liberalen* für den raschen und jährlichen Ausgleich der kalten Progression. Ohne diesen Ausgleich geraten die Steuerzahlenden wegen des Teuerungsausgleiches in eine höhere Progressionsstufe und bezahlen somit mehr Steuern als sie verdienen. Von der Steuerentlastung von 500 Mio. Franken profitiert vor allem die Mittelschicht: Von den 500 Mio. Franken gehen 40% an Einkommen unter 100'000 Fr. und 45% an Einkommen zwischen 100'000 und 200'000 Fr. Die Steuerentlastung stützt somit den Konsum, Investitionen und damit Arbeitsplätze. Umstritten war im Nationalrat der Anpassungsrhythmus. Linke und CVP wollten auf halbem Weg stehen bleiben und die Teuerungsschwelle von heute 7 auf neu 3 Prozent senken. Die FDP-Liberale Fraktion sowie die SVP sprachen sich für einen automatischen jährlichen Ausgleich aus. Diese Lösung setzte sich mit 96 zu 77 Stimmen durch. Der sachlich nicht begründbare Antrag der CVP, den Ausgleich der kalten Progression zeitlich an die Reform der Familienbesteuerung zu knüpfen, wurde von der grossen Kammer mit 107 zu 63 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 112 zu 48 Stimmen (der SP und der Grünen) angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
- › **Cassis-de-Dijon-Prinzip wird eingeführt:** Der Nationalrat hat sich als Zweitrat wie zuvor der Ständerat dafür ausgesprochen, im Verkehr mit den EWR-Ländern das Cassis-de-Dijon-Prinzip anzuwenden. Die Grundidee des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG) – welches von der *FDP.Die Liberalen* unterstützt wird – ist es, Importe von Produkten zuzulassen, die im EWR-Raum rechtmässig in Verkehr gebracht wurden. Um zu verhindern, dass Schweizer Hersteller durch diese Regelung diskriminiert werden, sieht die Vorlage vor, dass diese künftig auch nach den Vorschriften eines europäischen Landes produzieren können. Im Bereich der Lebensmittel sieht die Vorlage eine Bewilligungspflicht für Produkte vor, die nicht Schweizer Standards entsprechen. Durch den Abbau der technischen Handelshemmnisse ergeben sich für die Schweizer Wirtschaft Einsparungen von rund 2 Milliarden Franken (bei Gesamtimporten von rund 139 Milliarden Franken). Der Nichteintretensantrag

der SVP-Fraktion sowie die Rückweisungsanträge der SVP und der Grünen wurden vom Rat abgelehnt. Die SVP, die für mehr Abschottung und weniger Wettbewerb eintrat, liess einmal mehr Zweifel an ihrer wirtschaftspolitischen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit aufkommen. Die Grünen machten sich mit ihrer Ablehnung der Einführung des Cassis-de-Dijon ebenfalls unglaubwürdig, hatte die Partei die Vorlage in der Vernehmlassung doch noch unterstützt. Der Nationalrat stimmte der Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 95 zu 73 Stimmen zu. Diskussionslos mit 115:51 Stimmen hat der Nationalrat die Einführung des Produktesicherheitsgesetzes, das zusammen mit dem THG behandelt wurde, angenommen. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.

- › **Der Nationalrat fordert nationales Entführungsalarmsystem:** Der Nationalrat hat einstimmig eine Motion von Didier Burkhalter (FDP/NE) angenommen, mit welcher der Bundesrat beauftragt wird, eine Partnervereinbarung auszuarbeiten, um auf Bundesebene ein Entführungsalarmsystem einzurichten. Dieses System hat sich in anderen Ländern (USA, Kanada, Frankreich) sehr bewährt. Die ersten Stunden nach einer Entführung sind entscheidend. Hier liegt die Stärke des Entführungsalarmsystems, das innerhalb kürzester Zeit aktiviert werden kann. Das System soll gemäss Angaben der Justizministerin bis Ende Jahr aufgebaut werden. Der Entscheid des Nationalrats ist ein Erfolg für die FDP, die seit 2007 für die Einführung eines solchen Alarmsystems kämpft. Die Partei tut dies auch auf kantonaler Ebene: Bis heute sind in 17 Kantonen entsprechende parlamentarische Interventionen von Kantonalparteien der FDP eingereicht oder bereits überwiesen worden.
 - › **Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative:** Die grosse Kammer hat sich mit dem indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ (Renaturierungsinitiative) befasst. Die Gesetzesvorlage bezweckt einen Ausgleich zwischen Schutz und Nutzung der Gewässer. Während der Ständerat die Vorlage einstimmig angenommen hat, war diese im Nationalrat umstrittener. Ein Nichteintretensantrag – der von der Mehrheit der Fraktion FDP-Liberale unterstützt worden ist – wurde mit 94 zu 60 Stimmen abgelehnt. Die Sprecher der Fraktion FDP-Liberale argumentierten, dass es keinen Gegenvorschlag zur Initiative brauche und bemängelten, dass der Gegenvorschlag den Hochwasserschutz vernachlässige. In der Detailberatung wurden unter anderem Bestimmungen zugunsten der Bauern aufgenommen. So möchte die Mehrheit des Nationalrats Entschädigungen und Abgeltungen vorsehen für Landwirtschaftsflächen, die zum Zweck des Gewässerschutzes nicht mehr oder nur noch extensiv genutzt werden können. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 104 zu 68 Stimmen angenommen. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
 - › **Änderungen im Sachenrecht:** Der Nationalrat hat als Zweitrat die Teilrevision des Zivilgesetzbuches in Bezug auf das Immobiliarsachenrecht beraten. Kernstück der Vorlage ist die Einführung des Register-Schuldbriefs, der neben den bisherigen Schuldbrief in Papierform tritt. Der Register-Schuldbrief war in der grossen Kammer unbestritten. Umstritten war dagegen insbesondere die Ausgestaltung des Bauhandwerkerpfandrechts. Dabei stimmte der Rat dem Antrag von Werner Messmer (FDP/TG) zu, den Handwerkern vier statt wie bisher drei Monate Zeit einzuräumen, um das Pfandrecht eintragen zu lassen. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag von Philipp Müller (FDP/AG), wonach der nicht direkt vom Eigentümer beauftragte Handwerker nur dann einen Anspruch auf Errichtung eines Grundpfandrechts erhält, wenn er den Eigentümer vorgängig über seine Mitarbeit am Bau informiert. Schliesslich sprach sich der Nationalrat dafür aus, für die vertragliche Errichtung von Grunddienstbarkeiten eine öffentliche Beurkundung zu verlangen. Der Rat hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 110 zu 48 Stimmen gutgeheissen. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.
 - › **Vereinfachung des Informationsaustauschs:** Der Nationalrat hat sich für den erleichterten polizeilichen Informationsaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden der Schengen-Staaten ausgesprochen. Die Vorlage bezweckt eine Erleichterung des Informationsaustauschs. Gestützt auf das neue Gesetz werden aber keine Daten ausgetauscht, die nicht bereits nach geltendem Recht weitergegeben werden dürfen. Der Nationalrat sprach sich im Sinne der FDP-Liberale Fraktion mit 87 zu 42 Stimmen für das entsprechende Bundesgesetz aus. Ein Nichteintretensantrag sowie weitere Anträge der SVP-Fraktion, die auf eine Einschränkung des Informationsaustauschs zielten, wurden abgelehnt.
 - › **Gesetz über die innere Sicherheit zurück an den Bundesrat:** Der Nationalrat hat mit 104 zu 44 Stimmen – im Sinne der Fraktion RL – beschlossen, auf das Gesetz zur Wahrung der inneren
-

Sicherheit (BWIS) einzutreten, dieses aber an den Bundesrat zurückzuweisen. Der Nationalrat hat sich damit der kleinen Kammer angeschlossen. In der Wintersession 2008 war der Nationalrat aufgrund einer Mehrheit von SP, Grünen und SVP gar nicht auf die Vorlage eingetreten. Nach dem Wechsel an der Spitze des VBS ist die SVP in der Sondersession umgeschwenkt. Materiell ist die Vorlage im Vergleich zum Nichteintretensentscheid vom Dezember 2008 unverändert. Der Auftrag (der mit der Rückweisung verbunden ist) an den Bundesrat lautet, die Mittel zur Überwachung zu überdenken und die Verfassungsmässigkeit der Vorlage zu überprüfen. Ferner werden Präzisierungen verlangt zu den geschützten Rechtsgütern, zu den Verdachtsmomenten sowie zu den unscharfen Begriffen „innere und äussere Sicherheit“, welche die präventive Überwachung rechtfertigen sollen.

- › **Weiterführung der Währungshilfe:** Der Währungshilfebeschluss (WHB) vom 18. März 2004 legt die Obergrenze des Rahmenkredits für finanzielle Leistungen unter dem Währungshilfegesetz (WHG) fest. Zur Förderung der Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems stehen dem Bund Mittel im Umfang von 2,5 Milliarden Franken zur Verfügung, über deren Verwendung er jährlich Rechenschaft ablegen muss. Der Nationalrat hat mit 114 zu 4 Stimmen bei zwei Enthaltungen eine Weiterführung der internationalen Währungshilfe deutlich befürwortet. Er folgte damit dem Antrag der Aussenpolitischen Kommission und dem Bundesrat. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. In der Sommersession werden sich die Räte mit der befristeten Erhöhung der Kreditlimite befassen. Der Bundesrat hat beschlossen, dem Internationalen Währungsfonds eine zeitlich befristete Kreditlinie von maximal 10 Milliarden Dollar zu gewähren.
 - › **Nationalstrassenabgabegesetz gutgeheissen:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit dem Nationalstrassenabgabegesetz befasst und dieses in der Gesamtabstimmung mit 106 zu 50 Stimmen gutgeheissen. Dabei hat er im Sinne der Fraktion FDP-Liberale beschlossen, den Preis der Vignette unverändert bei 40 Franken zu belassen. Der Rat lehnte einen Erhöhungsantrag der Grünen auf 120 Franken ebenso ab wie die Einführung eines elektronischen Systems (anstelle der Klebevignette). Dagegen hat sich der Rat für die Verdoppelung der Busse für das Befahren der Autobahn ohne Vignette ausgesprochen. Wer sich künftig ohne Vignette auf der Autobahn erwischen lässt, zahlt eine Busse von 200 Franken (bisher 100 Franken). Der Nationalrat hat die Vorlage in der Gesamtabstimmung mit 106 zu 50 Stimmen bei 15 Enthaltungen angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
 - › **Verbrauch statt Fahrzeuge besteuern:** Der Nationalrat hat ein Postulat der Fraktion FDP-Liberale angenommen, das den Bundesrat beauftragt, Besteuerungsmodelle im Bereich der Motorfahrzeuge auszuarbeiten, welche neu auf dem Treibstoffverbrauch der Motorfahrzeuge basieren anstatt wie bisher auf dem Fahrzeug selbst. Auf diese Weise sollen verbrauchsarme Fahrzeuge steuerlich bevorzugt werden, ohne die Steuern zu erhöhen (Bedingung: Besteuerungsmodell muss ertragsneutral ausgestaltet werden).
 - › **Nationalrat lehnt Lösungsvorschlag zur Ausländerkriminalität ab:** Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative der Fraktion FDP-Liberale mit 103 zu 63 Stimmen abgelehnt, welche die zwingende Ausschaffung von Ausländern im Falle schwerer Delikte verlangt. Der Vorstoss bezweckt die effiziente Lösung tatsächlicher Probleme und ist die Alternative zur untauglichen und rechtswidrigen Ausschaffungsinitiative der SVP.
 - › **Auslegeordnung Verfassungsgerichtsbarkeit:** Der Nationalrat will prüfen, ob es in der Schweiz ein Verfassungsgericht geben soll. Die grosse Kammer hat in einer ersten Phase eine entsprechende parlamentarische Initiative von alt Nationalrat Heiner Studer (EVP/AG) mit 80 zu 67 Stimmen gutgeheissen.
 - › **Wiedereinführung des Handzeichens abgelehnt:** Wer einen Fussgängerstreifen überqueren möchte, soll auch in Zukunft kein Handzeichen geben müssen. Der Nationalrat hat eine entsprechende parlamentarische Initiative mit 94 zu 58 Stimmen abgelehnt.
-

Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Sondersession 2009 folgende drei Vorstösse eingereicht:

- › **Gesamtstrategie zur Interessenwahrung:** Der Bundesrat will die Anpassung der Amtshilfepraxis an die international geltenden Regeln durch Neuverhandlung der bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) herbeiführen. Mit den EU-Staaten bestehen neben den DBA bekanntlich weitere bilaterale Abkommen. Die FDP-Liberale Fraktion fordert eine übergeordnete und koordinierte Verhandlungsstrategie, die grundsätzlich alle bestehenden Abkommen und auch die Forderung von Gegenleistungen mit einbezieht. Zu diesem Zweck hat die Fraktion eine Interpellation eingereicht.
 - › **Fragen zur deutschen Steuerpolitik:** Deutschland hat einerseits ein Steuerbetrugsbekämpfungsgesetz beschlossen und treibt andererseits bei in der Schweiz praktizierenden Ärzten Steuern ein, die nicht dem Doppelbesteuerungsabkommen entsprechen. Die Fraktion RL fragt den Bundesrat, wie er die Auswirkungen des Steuerbetrugsbekämpfungsgesetzes auf die Schweiz beurteilt und wie er gegen die Verletzung des DBA zu reagieren gedenkt.
 - › **Handlungsbedarf im Strafrecht:** Mit einer Interpellation wird der Bundesrat aufgefordert aufzuzeigen, in welchen Bereichen des Strafrechts (Allgemeiner und Besonderer Teil) er Handlungsbedarf sieht und in welchen nicht.
-

2.3. Sommersession 2009 (25. Mai – 12. Juni)

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Die Sommersession stand im Zeichen gewichtiger sozial-, gesundheits- und wirtschaftspolitischer Dossiers und Debatten. Das Parlament hat die Mehrwertsteuererhöhung für die IV-Finanzierung um ein Jahr verschoben. National- und Ständerat haben den Zulassungsstopp um zwei weitere Jahre verlängert, diesen aber eingeschränkt. In Rekordzeit wurde der erste Teil der Mehrwertsteuerreform verabschiedet.

Aussenwirtschaftlich wurden zwei wichtige Entscheide getroffen. Zum einen hat das Parlament das Cassis-de-Dijon-Prinzip im Verhältnis mit den EU-Ländern eingeführt. Zum anderen wurde ein Freihandelsvertrag mit Japan gutgeheissen. Schliesslich hat das Parlament die teilweise Umwandlung der CO₂-Abgabe in eine neue Energiesteuer beschlossen. Die Revision des Militärgesetzes ist an einer Allianz aus SVP, SP und Grünen gescheitert. Schliesslich bestätigten sowohl National- als auch Ständerat den Beschluss des Bundesrates, aus der Post keine Postbank zu machen.

Der Ständerat hat als Erstrat die Aktienrechtsrevision beraten und die sogenannte „Abzocker-Initiative“ zur Ablehnung empfohlen. Auf der Traktandenliste der kleinen Kammer standen zudem die 11. AHV-Revision sowie die 4. Revision der Arbeitslosenversicherung. Die kleine Kammer hat des Weiteren die befristete Aufstockung der Mittel für den Währungsfonds sowie eine Neuregelung der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft beschlossen.

Der Nationalrat hat eine dringliche Debatte zur Gesundheitspolitik sowie eine ausserordentliche Debatte zum Strafrecht durchgeführt. Auf die Revision des Mietrechts trat die grosse Kammer nicht ein. Entgegen dem Willen der FDP beschloss der Nationalrat die Wiedereinführung der Buchpreisbindung und die Schaffung eines Hundegesetzes. Während das Rüstungsprogramm den Rat problemlos passierte, wurde die Schaffung einer Bilanzreserve für die Landwirtschaft abgelehnt. Schliesslich beschloss die grosse Kammer, die Revision des Unfallversicherungsgesetzes in die zuständige Kommission zurückzuweisen.

Am letzten Tag der Session gab Bundesrat Pascal Couchepin bekannt, dass er auf Ende Oktober 2009 aus dem Bundesrat zurücktreten wird. Er beendet seine Karriere nach 41 Jahren Engagement für die Schweiz. Seit seiner Wahl in den Bundesrat 1998 war er verantwortlich für Politikbereiche, denen aus Sicht der Liberalen höchste Bedeutung zukommt: Wirtschaft sowie Gesundheit, Soziales, Bildung, Forschung und Kultur. Die FDP-Liberale Fraktion dankt Pascal Couchepin herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz im Dienst für die Schweiz.

Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Im Sinne der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL) wurde der erste Teil der Mehrwertsteuerreform bereinigt.
 - › Mit der Unterstützung der Fraktion RL beschloss das Parlament einen Freihandelsvertrag mit Japan und bereinigte die letzten Differenzen beim Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse. Dies ist ein wichtiges Zeichen gegen Protektionismus und für den Freihandel.
 - › Gegen den Willen der FDP-Fraktion beschloss der Nationalrat die Buchpreisbindung sowie die Teilzweckbindung beim CO₂-Gesetz.
 - › Der Nationalrat hat den Antrag der Einigungskonferenz bei der Revision des Militärgesetzes entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion abgelehnt und damit die gesamte Vorlage zum Scheitern gebracht.
 - › Der Ständerat schlägt bei der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft eine Lösung vor, welche die FDP in die Debatte eingebracht hat.
 - › National- und Ständerat haben mehrere Volksinitiativen im Sinne der Fraktion FDP-Liberale beurteilt: Der Ständerat lehnt die „Abzocker-Initiative“, die Anti-Minarettinitiative sowie die Volksinitiative gegen die Kriegsmaterialausfuhr ab. Der Nationalrat empfiehlt seinerseits die sogenannten Tandem-Initiativen zur „Rettung des Schweizer Bodens“ ab.
-

Vereinigte Bundesversammlung

- › **Gesamterneuerung und Neuwahlen Bundesstrafgericht:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat die Gesamterneuerungswahlen am Bundesstrafgericht durchgeführt. Alle kandidierenden 14 Richterinnen und Richter wurden problemlos wiedergewählt. Gleichzeitig wählte die Bundesversammlung drei neue Richter an das Bundesstrafgericht. Das beste Resultat erzielte mit 193 Stimmen Giuseppe Muschietti (FDP). Es folgt Joséphine Contu (FDP) mit 189 Stimmen sowie Nathalie Zufferey von den Grünen mit 180 Stimmen.

Geschäfte beider Räte

- › **Inkraftsetzung der Mehrwertsteuererhöhung um ein Jahr verschoben:** Die Mehrwertsteuer-Erhö-
hung zugunsten der IV wird um ein Jahr auf Anfang 2011 verschoben. Nach dem Ständerat hat auch
der Nationalrat mit 112 zu 8 Stimmen bei 74 Enthaltungen die Änderung der Abstimmungsvorlage vom
27. September gutgeheissen. Die von der Wirtschaftskommission des Ständerates lancierte Änderung
revidiert die Abstimmungsvorlage in einem Punkt: Der Mehrwertsteuerzuschlag von 0,4 Prozent soll
von 2011 bis 2017 statt von 2010 bis 2016 erhoben werden. Damit ändert sich über die gesamte Zeit
gesehen für die Finanzlage der IV und der AHV nichts. Der Bund trägt allerdings höhere Zinslasten
von rund 30 Millionen Franken pro Jahr. Mit der Verschiebung der Inkraftsetzung wird auf die weitere
Verschlechterung der Konjunktur reagiert. Dies ist im Sinne der Konsumenten, welche durch die be-
fristete Erhöhung der Mehrwertsteuer mehr belastet werden. Die Vorlage, die am zweitletzten Tag der
Session eingebracht worden war, wurde in der Schlussabstimmung mit 34 zu 4 beziehungsweise mit
114 zu 9 Stimmen bei 71 Enthaltungen angenommen.
- › **Staatsrechnung 2008:** Die Staatsrechnung 2008 weist als Finanzierungsergebnis ein Defizit von 3,6
Milliarden Franken aus. Dahinter verbergen sich zwei gegenläufige Extreme: Ein markanter Über-
schuss im ordentlichen Haushalt einerseits und hohe ausserordentliche Ausgaben andererseits. Das
ordentliche Finanzierungsergebnis übersteigt mit einem Überschuss von 7,3 Milliarden dasjenige des
Vorjahres (Verbesserung um 3,2 Mrd.) und des Voranschlags (Verbesserung um 6,2 Mrd.) und reiht
sich somit ein in den Trend der sukzessiven Verbesserung des Bundeshaushalts seit Einführung der
Schuldenbremse im Jahr 2003. Während der ordentliche Haushalt noch von einem insgesamt positi-
ven Gang der Schweizer Wirtschaft zeugt, fanden die dramatischen Ereignisse auf den internationalen
Finanzmärkten ihren Niederschlag im *ausserordentlichen Haushalt*. Im Rahmen der Massnahmen zur
Stärkung des schweizerischen Finanzsystems tätigte der Bund ausserordentliche Investitionsausga-
ben von 6 Milliarden für die Zeichnung der Pflichtwandelanleihe der UBS. Im Ständerat war die Staats-
rechnung unbestritten. Der Nationalrat genehmigte die Staatsrechnung mit 125 zu 41 Stimmen. Wie
zuvor der Ständerat hiess er zudem einen Nachtragskredit von 144 Millionen Franken gut. Anders als
in der kleinen Kammer ging das Geschäft aber nicht ohne Misstöne über die Bühne. In populistischer
Manier sprach sich die SVP-Fraktion gegen die Staatsrechnung aus, mit der Begründung, dass risiko-
gerechte Rückstellungen fehlten. Die Anträge der SVP wurden im Rat deutlich verworfen.
- › **Erster Teil der Mehrwertsteuerreform unter Dach:** Der erste Teil der umfassenden
Mehrwertsteuerreform ist bereinigt. In einer Rekordzeit von lediglich neun Monaten wurde dieses
hochkomplexe Geschäft beraten und kann somit auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten. Die Behand-
lung dieses Geschäfts beweist es: das schweizerische Milizparlament ist allen Unkenrufen zum Trotz
durchaus in der Lage, rasch, effizient und gründlich zu arbeiten. Dies war möglich, weil der politische
Wille zur Problemlösung vorhanden war. Stillschweigend hat der Ständerat in der dritten Sessions-
woche die letzten Differenzen zum Nationalrat ausgeräumt. In der umstrittenen Frage der privilegie-
renden Mindestumsatzgrenze für Sport- und andere Vereine einigten sich die Räte auf einen Kompro-
miss: Ab einem Umsatz von 150'000 Franken sollend diese Institutionen mehrwertsteuerpflichtig sein.
Die Revision soll auf den 1. Januar 2010 in Kraft treten. Das total revidierte Gesetz bringt für alle
Mehrwertsteuerpflichtigen namhafte Entlastungen, insbesondere beim Vorsteuerabzug. Hinzu kom-
men Verbesserungen bei der Rechtssicherheit und beim Abbau des Formalismus. Nach dem erfolgrei-

chen Abschluss des ersten Teils der Reform, gilt es nun den zweiten Teil in Angriff zu nehmen und dem Einheitssatz zum Durchbruch zu verhelfen.

- › **Cassis-de-Dijon-Prinzip wird eingeführt:** Das Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse ist nach mehrmaligem Hin und Her zwischen den Räten bereinigt worden. Die Grundidee des Bundesgesetzes – welches von der *FDP.Die Liberalen* unterstützt wird – ist es, Importe von Produkten zuzulassen, die im EWR-Raum rechtmässig in Verkehr gebracht wurden. Um zu verhindern, dass Schweizer Hersteller durch diese Regelung diskriminiert werden, sieht die Vorlage vor, dass diese künftig auch nach den Vorschriften eines europäischen Landes produzieren können. Durch den Abbau der technischen Handelshemmnisse ergeben sich für die Schweizer Wirtschaft Einsparungen von rund 2 Milliarden Franken (bei Gesamtimporten von rund 139 Milliarden Franken). In der Schlussabstimmung wurde das Geschäft mit 43 zu 2 Stimmen im Ständerat sowie mit 101 zu 82 Stimmen im Nationalrat gutgeheissen.
 - › **Zulassungsstopp verlängert:** Der Ende Jahr auslaufende Zulassungsstopp soll nach Ansicht der Räte um zwei Jahre verlängert werden. Die Räte wollen den Zulassungsstopp auf die Spezialärzte beschränken und die Grundversorger ausnehmen. Neu eingeschlossen sind auch die in Spitalambulatorien tätigen Spezialisten. Als Erstrat sprach sich der Nationalrat mit 95 zu 55 Stimmen für diese Lösung aus. Der Ständerat folgte diesem Beschluss ohne Änderungen mit 23 zu 8 Stimmen. Auch der Ständerat will den Zulassungsstopp für Ärzte um zwei Jahre verlängern. Ohne Änderungen ist die Kleine Kammer dem Entscheid des Nationalrats mit 23:8 Stimmen gefolgt. Wie der Nationalrat will auch der Ständerat den Stopp neu auf Spezialärzte beschränken und die sogenannten Grundversorger ausnehmen. Weiter soll der Zulassungsstopp auch auf Spezialärzte in Spitalambulatorien ausgedehnt werden.
 - › **Umwandlung der CO2-Abgabe in Steuer beschlossen:** Die parlamentarische Initiative Hegetschweiler will die CO2-Lenkungsabgabe in eine Zwecksteuer umwandeln. Ein Drittel der CO2-Abgabe (maximal 200 Mio. Franken jährlich), die seit letztem Jahr auf fossilen Brennstoffen (Heizöl, Erdgas, Kohle) erhoben wird, soll für die Förderung energetischer Gebäudesanierungen reserviert werden. Der Ertrag der CO2-Abgabe wird also nur noch zu zwei Dritteln gleichmässig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückerstattet. Der Ständerat hat sich mit 27 gegen 7 Stimmen für diese Teilzweckbindung und damit für die teilweise Umwandlung der CO2-Abgabe in eine neue Energiesteuer ausgesprochen. In der Detailberatung nahm der Ständerat diverse Änderungen gegenüber dem Vorschlag des Nationalrats vor. So wollte der Ständerat beim nationalen Programm für Gebäudesanierungen von den Kantonen nicht zwingend eine finanzielle Beteiligung fordern. In der Frage der erneuerbaren Energien sollen die Mittel auch für Gebäudetechnik und Abwärmenutzung verwendet werden dürfen. Um dem Bundesrat beim Vollzug mehr Flexibilität einzuräumen, sollen zudem jährlich maximal ein Drittel der Mittel - also etwa 67 Millionen Franken - in Programme für erneuerbare Energien fließen. Der Nationalrat schloss sich in der Differenzbereinigung in diesen Punkten dem Ständerat an. Die Fraktion FDP-Liberale sprach sich gegen die Teilzweckbindung aus. Denn damit wird das politische Versprechen gebrochen, wonach die CO2-Abgabe als kostenneutrale, reine Lenkungsabgabe erhoben werden soll. Aus Sicht der FDP-Liberalen sollten energetische Sanierungen mit Steueranreizen anstelle von Subventionen gefördert werden.
 - › **Ständerat hält an Werbeverbot für Alkohol am Fernsehen fest:** Der Bundesrat hat mit der EU im Sinne eines Kompromisses eine Änderung des Abkommenstextes vereinbart: Die strengeren Werbevorschriften können im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens durchgesetzt werden, vorausgesetzt sie sind verhältnismässig, nicht diskriminierend und im öffentlichen Interesse. Das Verbot religiöser und politischer Werbung sowie der Werbung für Spirituosen und Mischgetränke wie Alcopops kann dank diesem Verfahren aufrechterhalten werden. Anders ist es bei der Werbung für Bier und Wein. Diese ist nach dem RTVG für lokale TV-Veranstalter bereits zugelassen. Der Ständerat hat sich in der Frühjahrssession für die radikale Lösung entschieden, dass jede Werbung für Alkoholika in TV-Programmen der SRG, der Privaten und der ausländischen Werbefenster in Schweizer Medien unzulässig ist. Der Nationalrat lehnte es im Sinne der FDP-Fraktion mit 91 zu 78 Stimmen ab, Werbung für alkoholische Getränke ganz zu verbieten. In der Gesamtabstimmung passierte die RTVG-Revision mit 92 zu 30 Stimmen bei 43 Enthaltungen. Der Ständerat beharrt allerdings auf einem generellen Alkohol-Wer-
-

beverbot für alle Fernsehsender. Bei der zweiten Lesung des MEDIA-Abkommens mit der EU sprach er sich mit 21 zu 19 Stimmen erneut gegen den Bundesrat und den Nationalrat aus, die das Werbeverbot für Bier und Wein aufheben wollen. Das Geschäft geht wieder zurück an den Nationalrat.

- › **Revision des Militärgesetzes gescheitert:** Der Nationalrat hat die Revision des Militärgesetzes begraben. Entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale hat eine Allianz aus SVP, SP und Grünen das Gesetz 108 zu 63 Stimmen zu Fall gebracht. Die Einigungskonferenz hatte es zuvor nicht geschafft einen Konsens herzustellen. In ihrem Vorschlag ist sie dem Nationalrat und damit der ablehnenden Mehrheit weit entgegen gekommen. Am Obligatorium für Ausbildungsdienste im Ausland hielt die Einigungskonferenz aber fest, da sonst das Gesetz der letzten Substanz beraubt worden wäre. Einmal mehr hat die „unheilige Allianz“ eine armeepolitische Vorlage zu Fall gebracht.
 - › **Noch keine Einigung beim Verfassungsartikel Forschung am Menschen:** National- und Ständerat halten an der Differenz beim Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen fest. Der Ständerat hält aus staats- und verfassungsrechtlichen Gründen daran fest, die Wahrung der Forschungsfreiheit nicht speziell zu verankern, da diese bereits unter dem Oberbegriff der Wissenschaftsfreiheit (Art. 20 BV) subsumiert werden könne. Der Nationalrat hat im Differenzbereinigungsverfahren deutlich – mit 119 zu 40 Stimmen – an der speziellen Verankerung der Forschungsfreiheit festgehalten. Mit dem Entwurf eines neuen Artikels 118a der Bundesverfassung und mit dem Gesetzesentwurf über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz) soll der Bund eine ausdrückliche Zuständigkeit für das gesamte Gebiet der Forschung am Menschen im Gesundheitsbereich erhalten. Das Geschäft geht nochmals zurück an den Ständerat.
 - › **Genehmigung von zwei Freihandelsabkommen:** Nachdem der Nationalrat in der ersten Sessionswoche das Freihandelsabkommen mit Japan einstimmig genehmigt hatte, folgte der Ständerat diesem Beschluss in der dritten Sessionswoche. Das Abkommen mit Japan ist aussenwirtschaftlich äusserst bedeutsam. Japan ist nach der EU und den USA der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz. Das Freihandelsabkommen stärkt die Position der Schweizer Wirtschaft in Japan und fördert den wirtschaftlichen Austausch. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und den damit verbundenen protektionistischen Tendenzen von grosser Bedeutung. Als Erstrat hat der Nationalrat des Weiteren das Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Kolumbien mit 113 zu 65 Stimmen gutgeheissen. Dem Entscheid ging eine längere Grundsatzdebatte zum Freihandel und zum Menschenrechtsengagement. Die Linke wollte das Geschäft mit Verweis auf die Menschenrechtssituation an den Bundesrat zurückweisen. Von Seiten der Fraktion RL betonte Nationalrätin Brunshwig Graf, dass ein Verzicht auf das Freihandelsabkommen die Menschenrechtssituation nicht verbessere. Vielmehr werde die Lage durch intensivere Freihandelsbeziehungen gefördert.
 - › **Keine Banklizenz für die Post:** Der Nationalrat lehnt die Schaffung einer Postbank mit 98 zu 69 Stimmen ab. Er sprach sich im Sinne der Fraktion RL gegen eine Parlamentarische Initiative aus, die verlangte, dass es der Post zu erlauben sei, Betriebs- und Hypothekarkredite zu gewähren. Die Mehrheit des Rates beurteilte es als ordnungspolitisch falsch, wenn der Staat Bankgeschäfte betreiben würde. Auch besteht für kleinere und mittlere Unternehmen derzeit keine Kreditklemme. Der Bundesrat hatte bereits am 6. Mai 2009 eine Erweiterung der Geschäftstätigkeiten von PostFinance zur Stabilisierung der Konjunktur abgelehnt. Ein Einstieg der PostFinance ins Kreditgeschäft hätte für den Steuerzahler hohe Risiken zur Folge. Die Kantonalbankenliquidationen Ende der 1990er Jahre zeigen deutlich, dass das Kreditgeschäft nicht ohne Risiken ist. In der dritten Sessionswoche befasste sich auch der Ständerat mit der Frage Postbank. Wie zuvor der Nationalrat, lehnte der Ständerat einen Vorstoss, der auf die Erteilung einer Banklizenz für die Post abzielte, mit 21 zu 14 Stimmen ab.
 - › **Finanzierungslücke bei FinöV-Projekten:** Der Nationalrat hat im Sinne der Fraktion RL eine Motion der nationalrätlichen Verkehrskommission mit 89 zu 83 Stimmen abgelehnt, die den Bundesrat beauftragen wollte, im Rahmen eines dritten Konjunkturprogramms Massnahmen zu treffen, damit die wegen Rezession im FinöV-Fonds entstandene Finanzierungslücke geschlossen oder verringert wird. Dagegen hat der Ständerat die gleichlautende Motion der ständerätlichen Verkehrskommission mit 26 zu 2 Stimmen gutgeheissen.
-

- › **Geschäftsbericht des Bundesrates 2008:** Die beiden Räte haben den Geschäftsbericht des Bundesrates für das Jahr 2008 behandelt. In den Debatten wurden unter anderem die widersprüchlichen Äusserungen der Bundesratsmitglieder in der Öffentlichkeit sowie das Fehlen einer einwandfreien Rechtsgrundlage für das bereits dreimal verlängerte Al-Kaida-Verbot bemängelt.
- › **Zustimmung zu neuem Trassenpreissystem:** National- und Ständerat haben je eine Motion überwiesen, welche eine grundlegende Reform des Trassenpreissystems bezwecken. Das System soll von der Gewichtsbasierung in Richtung Markt reformiert werden. Dabei sollen unter anderem folgende Kriterien berücksichtigt werden: Priorität im Netz, Belegung der Strecken, Qualität der Trassen und Transporteffizienz. Trotz des deutlichen politischen Willens zur Reform, ist Skepsis angezeigt. Denn das Bundesamt für Verkehr hat bereits höhere Trassenpreise in Aussicht gestellt. Dies würde den Güterverkehr noch schlechter stellen.
- › **Parlament lehnt neue Unvereinbarkeits- und Ausstandsregeln ab:** Wer in einer Krankenkasse eine Führungsfunktion ausübt, soll weder vom Parlament ausgeschlossen werden noch bei Geschäften, welche die Krankenkassen betreffen, in den Ausstand treten müssen. Die beiden Räte lehnten entsprechende Vorstösse von Anita Fetz (SP/BS) und Jaqueline Fehr (SP/ZH) jeweils deutlich ab. Den Abstimmungen ging jeweils eine Debatte über das Wesen des Milizsystems voraus.

Geschäfte des Nationalrats

- › **Dringliche Debatte zu den Gesundheitskosten:** In einer dringlichen Debatte hat der Nationalrat am Mittwoch Rezepte gegen die steigenden Gesundheitskosten diskutiert. Anlass für die Debatte bildeten insgesamt fünf Vorstösse aus dem bürgerlichen und dem linksgrünen Lager. Diese nahmen - in der einen oder andern Form - alle Bezug auf die jüngste Ankündigung einer Erhöhung der Prämien bis zu 20 Prozent und verlangten deshalb Massnahmen zur Bekämpfung des Kostenwachstums im schweizerischen Gesundheitswesen. Den von Grünen und SVP geforderten Prämienstopp wies Bundesrat Pascal Couchepin richtigerweise als untauglich zurück. Er verteidigte seinen Kurs und verwies bei seinen Ausführungen mehrfach auf das vom Bundesrat erste Ende Mai vorgelegte Paket mit dringlichen Massnahmen gegen die Kosten- und Prämienexplosion. Das Paket soll unter dem Strich Einsparungen von mehreren hundert Millionen Franken bringen.
 - › **Ausserordentliche Session zu Verschärfungen des Strafrechts:** Der Nationalrat hat in der zweiten Sessionswoche eine ausserordentliche Session zum Thema Strafrecht durchgeführt und dabei rund 80 Vorstösse behandelt. In der Debatte wurden härtere Sanktionen für Delikte gegen Leib und Leben oder die sexuelle Integrität verlangt. Kritisiert wurden des Weiteren auch die bedingten Geldstrafen im neuen Strafrecht. Dieses Thema hatte die FDP-Liberale Fraktion als erste aufgegriffen und bereits vor Jahresfrist einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. In der Debatte sprachen sich die Vertreter/innen der FDP-Liberale Fraktion für Verbesserungen des Strafrechts aus, warnten aber vor unüberlegten Schnellschüssen.
 - › **Mietrechtsrevision gescheitert:** Am ersten Sessionstag hat es der Nationalrat im Sinne der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt, auf die Mietrechtsrevision einzutreten. Der Rat folgte damit der Rechtskommission. Die Botschaft des Bundesrates sah vor, die Mieten von den Hypothekarzinsen zu entkoppeln und an die Teuerung zu binden. Die Vorlage basierte auf einem Kompromiss der Vermieter- und Mieterverbände. Der Bundesrat veränderte den Kompromiss in einem wesentlichen Punkt: Für die Berechnung der Teuerung sollte nicht der übliche Landesindex der Konsumentenpreise massgebend sein, sondern ein eingeschränkter Index. Die Vermieter-, aber auch Teile der Mieterverbände distanzieren sich daraufhin von der Vorlage. Der Nationalrat beschloss mit 119 zu 61 Stimmen Nichteintreten auf die Vorlage.
 - › **Forschungsgesetz noch nicht verabschiedet:** Der Nationalrat hat als Zweitrat der Teilrevision des Forschungsgesetzes mit 115 zu 53 Stimmen zugestimmt. Die Förderagentur für Innovation des Bundes (KTI) erhält damit mehr Autonomie und einen grösseren Zuständigkeitsbereich. Seit 1943 unterstützt der Bund Projekte von Wirtschaft und Wissenschaft, aktuell mit gut 100 Millionen Franken jährlich. Mit der Teilrevision wird die KTI als Behördenkommission aus der Verwaltung gelöst. Ihr soll das
-

Recht gegeben werden, selbst zu entscheiden, welche Förderprojekte sie unterstützen will. Auch die übrigen Aufgaben der Innovationsförderung wie die Unterstützung von Start-up-Firmen sollen zur KTI gehören. In der Gesamtabstimmung lehnte die SVP das Gesetz ab. Ihre Anträge für noch mehr Transparenz und Berichterstattung waren samt und sonders abgelehnt worden. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.

- › **Nein zur Bilanzreserve für die Landwirtschaft:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Schaffung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft für den Fall von Liberalisierungsschritten. Die Botschaft des Bundesrates sieht vor, die Zolleinnahmen der Jahre 2009-2016 aus den Einfuhren von Lebensmitteln für die Finanzierung von Begleitmassnahmen zu reservieren. Solche Massnahmen sollten für den Fall des Abschlusses eines Freihandelsabkommens mit der EU sowie für den Fall eines Durchbruchs bei den WTO-Verhandlungen verwendet werden. Der Nationalrat beschloss mit 111 zu 60 Stimmen bei 13 Enthaltungen, nicht auf die Vorlage einzutreten. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Dieser wird sich in Kenntnis des Berichts der vom Bundesrat eingesetzten Arbeitsgruppe über die Ausgestaltung der Begleitmassnahmen mit dem Geschäft befassen.
 - › **Nationalrat beschliesst Wiedereinführung der Buchpreisbindung:** Für Bücher sollen in der Schweiz wieder verbindliche Preise gelten. Der Nationalrat hat den Schutz des Kulturgutes Buch höher gewertet als den freien Wettbewerb. Er stimmte der Gesetzesvorlage entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale mit 103 gegen 74 Stimmen zu. Die Gesetzesvorlage war aufgrund einer parlamentarischen Initiative des inzwischen verstorbenen Nationalrates Jean-Philippe Maitre (CVP/GE) ausgearbeitet worden. Die Wettbewerbskommission hatte die Buchpreisbindung bereits 1999 als unzulässig taxiert, eine Auffassung, die im März 2007 vom Bundesgericht bestätigt wurde. Im Mai 2007 lehnte der Bundesrat das Gesuch des Schweizer Buchhändler- und Verlegerverbands (SBVV) ab, die Buchpreise vom Kartellverbot auszunehmen. Das Geschäft geht an den Ständerat.
 - › **Unfallversicherungsgesetz zurück an die Kommission:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Revision der Unfallversicherung befasst. Die Vorlage des Bundesrates sah lediglich punktuelle Anpassungen des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) vor. Namentlich am Teilmonopol der SUVA sollte nicht gerüttelt werden. In der Kommission wurde das Geschäft während rund 60 beraten. Dennoch kam keine mehrheitsfähige Vorlage zustande, weshalb die zuständige Kommission dem Nationalrat Nichteintreten auf die Vorlage beantragte. Der Nationalrat folgte seiner Kommission jedoch nicht, sondern beschloss – im Sinne der Fraktion FDP-Liberale – auf das Geschäft einzutreten, dieses aber an die Kommission zur Überarbeitung zurückzuweisen. Der Entscheid viel mit 102 zu 80 Stimmen und mit der Unterstützung der FDP, SVP und BDP. Mit 93 zu 56 Stimmen beschloss die grosse Kammer des Weiteren, die Beratungen über den zweiten, weitgehend unbestrittenen Teil der Vorlage auszusetzen, bis Klarheit über das Schicksal des ersten Teils besteht.
 - › **Tandem-Initiativen zur „Rettung des Schweizer Bodens“ abgelehnt:** Der Nationalrat hat als Erstrat die sogenannten Tandem-Initiativen des Umweltschützers Franz Weber behandelt und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Die erste Initiative verlangt, den Anteil von Zweitwohnungen auf 20 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes zu begrenzen. Die zweite Initiative verlangt, dass umwelt- und landschaftsbelastende Anlagen nur gebaut werden dürften, wenn „aus bildungs- oder gesundheitspolitischer, natur- oder landschaftsschützerischer Sicht gesamtschweizerisch ein dringendes Bedürfnis besteht.“ Dies würde de facto einem Baustopp für zahlreiche Projekte gleichkommen. Der Nationalrat lehnte die beiden Volksinitiativen nach längerer Debatte mit 121 zu 39 beziehungsweise mit 116 zu 33 Stimmen deutlich ab.
 - › **Rüstungsprogramm klar angenommen:** Nach den Turbulenzen um das Rüstungsprogramm 2008 hat der Nationalrat die diesjährigen Beschaffungen mit 122 zu 55 Stimmen klar gutgeheissen. Im Vergleich zu anderen Jahren nimmt sich das Rüstungsprogramm 2009 mit 496 Millionen Franken eher bescheiden aus. Allerdings sind darin die Kosten für den Teilersatz der Kampfflugzeuge (ca. 2. Milliarden Franken) nicht enthalten. Auf Kritik stiess die Beschaffung einer 123 Millionen Franken teuren Simulationsplattform, mit welcher der Einsatz in überbautem Gelände geübt werden kann. Ein Antrag zur Streichung der Anlage scheiterte mit 122 zu 58 Stimmen, nachdem BR Maurer garantiert hatte, die
-

Armee niemals gegen, sondern stets nur zum Schutze der Schweizer Bürger einzusetzen. Das Geschäft geht an den Ständerat.

- › **WEF in Davos:** Der Nationalrat hat als Erstrat den Einsatz der Armee am World Economic Forum in Davos für die kommenden drei Jahre mit 114 zu 55 Stimmen genehmigt. Der Antrag von Hildegard Fässler (SP/SG), dass die privaten Gastgeber selber für die Sicherheit des „Debattierklubs“ aufkommen sollten, wurde ebenso abgelehnt wie der Antrag von Josef Lang (GP/ZG), den Einsatz nur für das nächste Jahr zu bewilligen.
 - › **Hundegesetz gutgeheissen:** Gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale hat der Nationalrat mit 97 zu 72 Stimmen bei 7 Enthaltungen ein nationales Hundegesetz gutgeheissen. Die Ratsmehrheit erhofft sich dadurch ein problemloseres Zusammenleben von Menschen und Hunden. Der umstrittene Erlass sorgt jedoch nicht für einheitliche Regeln, da die Kantone nach wie vor strengere Vorschriften beschliessen können. Ausserdem finden sich viele der Bestimmungen bereits in der Tierschutzverordnung. Damit auf nationaler Ebene überhaupt ein Hundegesetz erlassen werden kann, bedarf es einer Verfassungsänderung, der Volk und Stände zustimmen müssen. Aufgrund der Opposition seitens des Tierschutzes sowie der Hundelobby ist zudem ein Referendum gegen das Gesetz zu erwarten. Die Vorlage geht an den Ständerat.
 - › **Nationalrat lehnt Tieranwaltsinitiative ab:** Nachdem das Parlament bereits beim Tierschutzgesetz sowie bei der neuen Strafprozessordnung die Einführung eines Tieranwalts abgelehnt hatte, musste der Nationalrat über eine Volksinitiative des Schweizerischen Tierschutzes befinden, die ein Tieranwalts-Obligatorium für alle Kantone in der Bundesverfassung verankern möchte. Der Nationalrat lehnte diese Initiative deutlich mit 107 zu 47 Stimmen ab. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Vorstösse im Steuerbereich:** Der Nationalrat hat gegen den Widerstand der politischen Linken eine Motion von alt Ständerat Thomas Pfistereter (FDP/AG) mit 99 zu 58 Stimmen überwiesen, die eine Vereinfachung des Steuersystems für natürliche Personen verlangt. Ebenfalls überwiesen wurde eine auf einen Vorstoss von Filippo Leutenegger (FDP/ZH) zurückgehende Motion der WAK-N überwiesen, welche verlangt, dass energetische Sanierungen steuerlich über mehrere Jahre in Abzug gebracht werden können. Diese Motion, die der Ständerat in einem ersten Anlauf in einen Prüfungsauftrag umgewandelt hatte, wurde deutlich mit 115 zu 52 Stimmen angenommen.
 - › **Verschärfungen im Bürgerrecht:** Wer das Schweizer Bürgerrecht erwerben will, muss künftig über gute Kenntnisse einer Landessprache verfügen. Der Nationalrat hat stillschweigend eine Motion angenommen, die den Bundesrat beauftragt, das Gesetz in diesem Sinn zu ändern. Mit 115 zu 56 Stimmen sprach sich der Nationalrat des Weiteren für strengere Regeln in Bezug auf die Nichtigerklärung von Einbürgerungen aus. Wer falsche Angaben macht oder Tatsachen verschweigt, um das Schweizer Bürgerrecht zu erlangen, dem soll dieses künftig während acht Jahren (bisher fünf Jahre) entzogen werden können.
 - › **Kein Rückführungsstopp für tamilische Asylsuchende:** Abgewiesene tamilische Asylsuchende sollen weiterhin nach Sri Lanka ausgeschafft werden können. National- und Ständerat haben eine Motion der aussenpolitischen Kommission deutlich abgelehnt, die einen generellen Rückführungsstopp verlangte. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf warnte, dass ein genereller Rückführungsstopp eine Signalwirkung hätte. Sie versicherte, dass jedes Asylgesuch individuell geprüft werde und Personen weggewiesen würden, die den Schutz der Schweiz nicht benötigten.
 - › **Kriterien für Hochspannungsleitungen:** Nach dem Ständerat fordert auch der Nationalrat vom Bundesrat präzise Kriterien für die Verkabelung von Hochspannungsleitungen. Der Kriterienkatalog soll dazu dienen, die Frage zu klären, wann Hochspannungsleitungen in den Boden verlegt werden sollen.
-

Geschäfte des Ständerats

- › **Sondersession des Ständerates:** Die kleine Kammer wird am 10. und 11. August eine Sondersession zur Familienbesteuerung und zum Ausgleich der kalten Progression durchführen. Die WAK des Ständerates hatte es abgelehnt, die von der FDP geforderte und vom Nationalrat gutgeheissene Vorlage über den automatischen Ausgleich der kalten Progression zu behandeln. Auf diese Weise wurde verhindert, dass die Vorlage in der Sommersession behandelt werden konnte. Die kleine Kammer beschloss aufgrund eines Ordnungsantrags, den Ausgleich der kalten Progression sowie die kürzlich vom Bundesrat verabschiedete Botschaft zur Familienbesteuerung in einer Sondersession zu behandeln.
 - › **Aktienrechtsreform beraten und „Abzocker-Initiative“ abgelehnt:** Der Ständerat beschäftigte sich in der Sommersession als Erstrat mit der Revision des Aktienrechts sowie mit der sogenannten „Abzocker-Initiative“ von Thomas Minder. Die untaugliche Volksinitiative hatte im Ständerat keine Chance und wurde mit 26 zu 10 Stimmen zur Ablehnung empfohlen. Die vielen Vorschriften, Verbote und Strafdrohungen der Initiative würden die Standortattraktivität der Schweiz für börsennotierte Unternehmen schwächen. Die negativen Folgen wären für die ganze Schweizer Wirtschaft spürbar. In der vom Bundesrat als Gegenvorschlag konzipierten Aktienrechtsrevision wurden zahlreiche Punkte der Initiative Minder aufgenommen, wobei der Ständerat einige wichtige und richtige Korrekturen am Entwurf der Rechtskommission vorgenommen hat. Zu den Neuerungen des Vorschlages gehört, dass neue die Aktionäre über das Honorar des Verwaltungsrats bestimmen sollen. Zu den Löhnen der vom Verwaltungsrat angestellten Geschäftsleitung sollen sich die Aktionäre jedes Jahr im Rahmen einer zwingenden Konsultativabstimmung äussern. Statutarisch soll es den Aktionären überdies sogar ermöglicht werden, auch den Lohn der Mitglieder der Geschäftsleitung zu bestimmen. Mit seiner Zustimmung zum Nominiee-Modell will der Ständerat zudem das Problem, dass sich eine zunehmende Anzahl von Aktionären nicht registrieren und damit auch nicht mit Abstimmungsmaterial versorgt werden kann, einer Lösung zuführen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.
 - › **AHV-Revision:** Der Ständerat hat in der Gesamtabstimmung die 11. AHV-Revision mit 16:10 Stimmen bei zwölf Enthaltungen gutgeheissen und damit der vorgeschlagenen Leistungsrevision zugestimmt. In der Detailberatung hat er sich mit 29:7 Stimmen für die Erhöhung des AHV-Rentenalters der Frau auf 65 Jahre ausgesprochen. Mit der Vereinheitlichung des Rentenalters, dem veränderten Rhythmus der Rentenanpassung und der Möglichkeit zur Rentenverbesserung durch die Berücksichtigung der Beiträge im Rentenalter kann die AHV-Rechnung um rund 800 Mio. Franken pro Jahr entlastet werden. Damit wurden wichtige und notwendige Massnahmen zur finanziellen Sicherung der AHV getroffen. Die Revision schafft zudem mehr Flexibilität und bringt die erwünschte Gleichstellung der Geschlechter. Entgegen der Haltung der Fraktion FDP-Liberale hat der Ständerat gleichzeitig eine subventionierte und auf zehn Jahre befristete Vorruhestandsleistung beschlossen. Damit wird der Rentenvorbezug für Einkommen bis 82'000 Franken vergünstigt. Es entstehen Mehrkosten von insgesamt 4 Mrd. Franken. Die jährlichen Kosten von 400 Mio. Franken soll der Bund tragen. Weil die Vorruhestandsleistung bereits ab 2011, die Angleichung des Rentenalters der Frauen aber erst nach einer Übergangszeit von vier Jahren in Kraft tritt, wird die AHV unter dem Strich erst nach 2020 entlastet. Das ursprüngliche Ziel der Revision, die Finanzierung bis 2020 zu sichern, rückt damit in weite Ferne. Mit dem Entscheid des Ständerats wurde die Chance verpasst, das eingesparte Geld für eine nachhaltige Finanzierung zu nutzen. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat.
 - › **4. Revision der Arbeitslosenversicherung:** Der Ständerat hat als Erstrat die Weichen für eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung gestellt. In der Gesamtabstimmung sprach sich die kleine Kammer mit 30 zu 8 Stimmen für die Vorlage aus. Der Rat folgte weitgehend den Anträgen der des Bundesrates. Der Beitragssatz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird von 2 auf 2,2 Prozent erhöht. Für den Schuldenabbau werden zeitlich befristet eine zusätzliche Beitragserhöhung von 0.1 Prozentpunkten sowie ein sogenanntes Solidaritätsprozent auf höhere Einkommen erhoben. Die Beitragsdauer wird sich künftig auf den Bezug von Arbeitslosengeldern auswirken. Mit einer Beitragszeit von 12 Monaten sollen neu nur noch 260 Taggelder bezogen werden. Über 55-Jährige können neu 520 Taggelder beziehen, wenn sie 22 Monate lang Beiträge gezahlt haben. Für junge Erwachsene bis zum
-

30. Lebensjahr soll der Begriff einer „zumutbaren Arbeit“ in Zukunft weiter gefasst werden. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

- › **Weiterführung und befristete Aufstockung der Währungshilfe:** Der Ständerat befasste sich in der Sommersession mit der Weiterführung der Währungshilfe sowie mit der ausserordentlichen, zeitlich befristeten Aufstockung der Mittel für den Währungsfonds. Mit der ersten Vorlage wird ein Rahmenkredit von 2500 Millionen Franken bewilligt. Auf dieser Grundlage kann der Bundesrat bei Störungen des internationalen Währungssystems oder zugunsten einzelner Staaten Währungshilfe in Form von Darlehen, Garantieverpflichtungen und A-fonds-perdu-Beiträgen leisten. Der Ständerat sprach sich als Zweitrat oppositionslos für die Weiterführung des laufenden Rahmenkredits bis Ende 2013. Bei der zweiten Vorlage handelt es sich um einen zusätzlichen Rahmenkredit von 12,5 Milliarden Franken; dieser ausserordentliche Beitrag ist auf zwei Jahre befristet und dient der Mittelaufstockung des Internationalen Währungsfonds (IWF) bis zu höchstens 10 Milliarden US-Dollar zur Bewältigung der Weltfinanzkrise. Der Ständerat stimmte dieser Vorlage im Sinne der *FDP.Die Liberalen* mit 28 zu 4 Stimmen zu. Diese Vorlage geht nun an den Nationalrat.
 - › **Entscheid über „Lohndeckel“ vertagt:** Auf Antrag von Christoffel Brändli (SVP/GR) hat der Ständerat mit 21 zu 17 Stimmen entschieden, die vom Nationalrat gegen den Willen der Fraktion RL angenommen Motion „Weniger Risiken für den Finanzmarkt“ an die WAK-S zurückzuweisen. Die Motion verlangt eine staatlich verordnete Begrenzung von Managerlöhnen bei Unternehmen, die staatliche Unterstützung erhalten. Zudem soll das Klumpenrisiko für die Schweiz durch Trennung der Bankaktivitäten reduziert werden. Die Kommission ist nun aufgefordert, den Punkt betreffend die Salärstruktur des obersten Managements von Finanzinstituten, die Staatshilfe erhalten, nochmals zu überprüfen und allenfalls den Antrag anzupassen. Dagegen überwies die kleine Kammer eine Motion der Finanzkommission, welche den Bundesrat beauftragt, von der FINMA zu verlangen, dass sie die Weisungen zur Vergütungspolitik der Schweizer Banken bis Ende Mai 2009 veröffentlicht. Die FINMA hat diese Weisungen fristgerecht der Öffentlichkeit vorgestellt.
 - › **Nein zu Initiative gegen Kriegsmaterialausfuhr:** Der Ständerat lehnt die Volksinitiative „Für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“ deutlich mit 23 zu 3 Stimmen ab. Diese verlangt ein Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Kriegsmaterial, besonderen militärischen Gütern sowie Immaterialgütern einschliesslich Technologien zur Entwicklung, Herstellung oder Verwendung dieser Güter. Der Ständerat folgt damit der Empfehlung des Bundesrates, welcher die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfiehlt. Die Vertreter der FDP-Liberale Fraktion sprachen sich in der Debatte entschieden gegen die Initiative aus. Vor dem Hintergrund der schwierigen Wirtschaftslage würde das Exportverbot die mutwillige Gefährdung von Arbeitsplätzen bedeuten. Dies wäre wirtschafts- und sicherheitspolitisch unverantwortlich. Zudem besitzt die Schweiz eine strenge und effiziente Kontrolle im Bereich der Kriegsmaterialausfuhr sowie im Bereich der Dual-Use-Güter.
 - › **Minarettinitiative gültig, aber untauglich:** Der Ständerat hat sich als Zweitrat mit der Volksinitiative „gegen den Bau von Minaretten“ befasst. Die Initiative möchte den Satz „der Bau von Minaretten ist verboten“ in der Verfassung verankern. Der Rat sprach sich nach längerer Debatte mit 24 zu 16 Stimmen für die Gültigkeit der Initiative aus. Die Empfehlung an die Stimmbürger lautet auf Ablehnung. Mit 36 zu 3 Stimmen beschloss der Ständerat diese Empfehlung und folgte damit seiner vorberatenden Kommission. In der vergangenen Frühjahrsession hatte auch der Nationalrat nach einer teilweise hitzigen Debatte die Initiative mit 129:50 Stimmen abgelehnt.
 - › **Neuregelung der Unterstellung der Bundesanwaltschaft:** Als Folge der neuen schweizerischen Strafprozessordnung, die 2010 in Kraft treten soll, muss auch die Organisation der Strafbehörden des Bundes angepasst werden. Der Ständerat hat sich als Erstrat mit dem Gesetz befasst. Zu diskutieren gab insbesondere die Frage der Aufsicht über die Bundesanwaltschaft. Der Rat folgte dem Vorschlag der Kommission, den Bundesanwalt durch die Bundesversammlung und die Bundesanwaltschaft der Aufsicht einer gemischten, unabhängigen Behörde zu unterstellen. Der Vorschlag des Bundesrates, diese Aufsicht bei ihm anzusiedeln wurde klar verworfen. Die vom Ständerat nun vorgeschlagene Lösung entspricht der Haltung der *FDP.Die Liberalen*. In der Vernehmlassung vom Dezember 2007 hat
-

die Partei vorgeschlagen, die Aufsicht der Bundesanwaltschaft einem gemischten Aufsichtsorgan – einem „Conseil de la Magistrature“ zu übertragen.

- › **Vierjährige Rüstungsprogramme:** Der Ständerat hat es verpasst, das heutige unbefriedigende Verfahren für die Beschaffung von Rüstungsgütern zu verbessern. Gegen den Willen der FDP-Vertreter hat die kleine Kammer die parlamentarische Initiative von Didier Burkhalter (FDP/NE) mit 21 zu 16 Stimmen abgelehnt. Die Initiative schlug vor, dass der Bundesrat Rüstungsprogramme zukünftig in Form von Rahmenkrediten mit einer Laufzeit von vier Jahren dem Parlament vorlegen sollte. Ziel des Vorstosses ist es, die finanzielle Stabilität und Planungssicherheit für die Armee zu erhöhen.
 - › **Ökologische Steuerreform:** Der Ständerat will, dass der Bundesrat die ökologische Steuerreform vorantreibt. Oppositionslos beauftragte er den Bundesrat, Vorschläge auszuarbeiten, um das Steuerwesen umweltgerechter auszugestalten. Konkret soll die Regierung zuerst einen Bericht vorlegen über die Wirksamkeit der bestehenden Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Daraus soll er dann eine Vorlage ausarbeiten, um die Rahmenbedingungen zu verbessern.
 - › **Kulturförderungsgesetz:** Der Ständerat hat das Kulturförderungsgesetz ohne Opposition verabschiedet. Die Nachwuchsförderung soll dabei gemäss der Vorlage des Bundesrats von Pro Helvetia wie vom Bundesamt für Kultur wahrgenommen werden. Der NR wollte diese Aufgabe allein der Pro Helvetia übertragen. Weiter entschied der Ständerat, dass der Bundesrat die strategischen Ziele für die Stiftung festlegen soll und nicht die Pro Helvetia. Die Motion 09.3469 zur Verbesserung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden wurde entgegen dem Willen des Bundesrats angenommen. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat.
 - › **Museumsgesetz bereinigt:** Das Gesetz verpflichtet erstens sämtliche Museen und Sammlungen des Bundes auf gemeinsame Ziele und erteilt ihnen einen einheitlichen Grundauftrag. Zweitens bildet es die Rechtsgrundlage für ein Schweizerisches Nationalmuseum. Der Ständerat hat die Differenzen zum Nationalrat bereinigt.
 - › **Vereinfachung des Informationsaustauschs:** Der Ständerat hat sich als Zweitrat für den erleichterten polizeilichen Informationsaustausch mit den Strafverfolgungsbehörden der Schengen-Staaten ausgesprochen. Die Vorlage bezweckt eine Erleichterung des Informationsaustauschs. Gestützt auf das neue Gesetz werden aber keine Daten ausgetauscht, die nicht bereits nach geltendem Recht weitergegeben werden dürfen. Das Geschäft ist damit bereinigt.
 - › **Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen:** Der Ständerat hat die letzten Differenzen bei der Vorlage zur steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien bereinigt. Private sollen künftig Zuwendungen an politische Parteien von den Steuern abziehen können (10'000 Franken bei der direkten Bundessteuer; bei den Kantonssteuern soll der Kanton die Maximalbeträge festlegen). Die kleine Kammer schloss sich beim Steuerabzug von juristischen Personen dem Nationalrat und dem Bundesrat an, die sich bereits früher gegen einen solchen Abzug ausgesprochen haben, da Unternehmen bereits heute finanzielle Beiträge abziehen können. Die Vorlage ist damit bereinigt.
 - › **Bedingter Rückzug von Volksinitiativen:** Der Ständerat hat sich in der dritten Sessionswoche einstimmig für den Vorschlag der Staatspolitischen Kommission ausgesprochen, wonach künftig ein bedingter Rückzug einer Volksinitiative möglich sein soll. Ein Initiativkomitee soll eine Initiative demnach unter dem Vorbehalt zurückziehen können, dass ein vom Parlament ausgearbeiteter indirekter Gegenvorschlag später auch tatsächlich in Kraft tritt. Die *FDP.Die Liberalen* hatten sich in der Vernehmlassung zu dieser Vorlage gegen den bedingten Rückzug ausgesprochen.
 - › **Ständerat fordert Regierungsreform:** Der Ständerat hat eine Motion von Didier Burkhalter (FDP/NE) einstimmig gugeheissen, in welcher der Bundesrat beauftragt wird, in der nächsten Legislaturplanung eine Neuorganisation der Regierungsaufgaben vorzulegen. In der Debatte äusserten mehrere Ständeräte ihren Unmut, dass der Bundesrat das Thema Regierungsreform vor sich herschiebt, obwohl zahlreiche parlamentarische Vorstösse überwiesen wurden, die Reformen fordern. Der Bundesrat – der die Motion noch nicht formell beantwortet hat, verwies auf eine Aussprache zu diesem Thema, welche im August 2009 stattfinden soll.
-

- › **Kein Sicherheitsgesetz:** Der Ständerat ist mit 26 zu 7 Stimmen nicht auf ein neues Gesetz zur Prüfung und Kontrolle der technischen Sicherheiten eingetreten. Kommissionssprecher Rolf Büttiker (FDP/SO) begründet die Ablehnung mit den Kosen für die Wirtschaft und administrativen Mehraufwand. Zudem funktioniere die Kontrolle heute befriedigend. Ein entsprechendes Gesetz war nach dem schweren Seilbahnunglück auf der Riederalp gefordert worden. Die Vorlage geht an den Nationalrat.
 - › **Parlamentarische Immunität:** SVP-Präsident Toni Brunner bleibt ein Strafverfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung im Fall Blocher/Roschacher erspart. Der Ständerat hat die Immunität des St. Galler Nationalrats ein zweites Mal geschützt. Auch die Immunität von Christoph Mörgeli, Lucrezia Meier-Schatz und Jean-Paul Glasson wird nach dem Willen des Ständerates nicht aufgehoben.
 - › **Unrealistische Forderungen im Bereich der Solarenergie:** Der Ständerat will Solarenergie zur Warmwasseraufbereitung stärker fördern. Mit 20 gegen 13 Stimmen – und gegen den Willen der FDP – befürwortete er eine Motion, welche eine Milliarde Franken für die Förderung von Sonnenkollektoren verlangt. Der bis 2012 befristete Fonds soll zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel durch die Stromwirtschaft finanziert werden. Wer in eine thermische Solaranlage investieren will, soll mit 20 Prozent Investitionsbeiträgen unterstützt werden. Vollkommen unklar ist, woher das Bundesgeld kommen soll.
 - › **Anschubfinanzierung für Krippen:** Der Ständerat heisst eine vom Nationalrat überwiesene Motion der WBK-NR gut, die fordert, dass der Bund auch nach der bis Anfang 2011 befristeten „Anschubfinanzierung“ Finanzhilfen an neue Kinderbetreuungsplätze leistet. Mit 20 zu 19 Stimmen unterlag ein Antrag, das Engagement des Bundes zeitlich zu befristen.
 - › **Set-Top-Boxen:** Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen das Empfangsgerät im digitalen Kabelfernsehen zu angemessenen Bedingungen frei wählen können. Das Parlament verlangt vom Bundesrat, dazu die Gesetzesgrundlagen auszuarbeiten. Stillschweigend hiess der Ständerat eine vom Nationalrat abgeänderte Motion gut.
 - › **Konsumentenschutz:** Der Ständerat will die Konsumenten von missbräuchlichen Klauseln im „Kleingedruckten“ schützen. Er beharrt auch auf einer Verbesserung des Konsumentenschutzes bei Einkäufen über Internet oder Telefon, dies unter anderem mit einem befristeten Widerrufsrecht, wie es die EU kennt. Der Ständerat hat drei entsprechende Parlamentarische Initiativen oppositionslos unterstützt. Der Nationalrat hatte die Vorstösse zum Online- und Telefonhandel abgelehnt; er muss sich nun ein zweites Mal damit befassen.
 - › **Unterbindung von Scheinehen:** Als Zweitrat hat der Ständerat eine Änderung der Vorschriften über die Eheschliessung gutgeheissen. Damit soll sichergestellt werden, dass nur noch Brautleute getraut werden, die sich rechtmässig in der Schweiz aufhalten.
 - › **Keine „Einschweizerung“ von ausländischen Namen:** Der Ständerat hält nichts davon, die Änderung ausländischer Namen bei der Einbürgerung zu erleichtern, damit Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt weniger diskriminiert werden. Er hat mit 23 zu 6 Stimmen ein entsprechendes Postulat abgelehnt. Der Ständerat folgt damit dem Bundesrat, der an den strengen Voraussetzungen für eine Namensänderung nicht rütteln will. Danach wird eine Änderung nur bewilligt, wenn der Name als lächerlich, hässlich oder anstössig erscheint oder immer wieder verstümmelt wird. Subjektive Gründe sind laut Bundesgericht grundsätzlich bedeutungslos.
 - › **Rundstreckenrennen:** Rundstreckenrennen sollen in der Schweiz verboten bleiben. Der Ständerat ist zum zweiten Mal nicht auf eine parlamentarische Initiative von Ulrich Giezendanner (SVP/AG) eingetreten, welche die Wiedereinführung von Formel-1-Rennen verlangte.
-

Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Sondersession 2009 folgende Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Postulat Observatorium internationale Finanzplätze:** Dieser Vorstoss bezweckt die Stärkung des Finanzplatzes Schweiz. Der Bundesrat wird gebeten, die Schaffung eines Observatoriums der internationalen Finanzplätze zu prüfen.
- › **Dringliche Interpellation zur Gesundheitspolitik:** Die FDP-Liberale Fraktion setzt sich dafür ein, dass das Gesundheitswesen leistungsfähig bleibt, die hohe Qualität gehalten und verbessert sowie die Wahlfreiheit der Patienten garantiert wird. Vor diesem Hintergrund stellte die Fraktion dem Bundesrat mehrere Fragen betreffend die Strategie in der Gesundheitspolitik.

Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 17 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 114 zu 9 Stimmen bei 71 Enthaltungen (Nationalrat) und 34 zu 4 bei 4 Enthaltungen (Ständerat) die Änderung der Abstimmungsvorlage vom 27. September über die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der IV (Verschiebung des Inkrafttretens um ein Jahr auf Anfang 2011),
 - › mit 131 zu 63 und 35 zu 7 bei 3 Enthaltungen den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“ empfiehlt;
 - › mit 132 zu 51 bei 11 Enthaltungen und 39 zu 3 bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „gegen den Bau von Minaretten“ empfiehlt;
 - › mit 186 zu 5 bei 2 Enthaltungen und 41 zu 0 bei 4 Enthaltungen das total revidierte Mehrwertsteuergesetz;
 - › mit 102 zu 74 bei 16 Enthaltungen und 32 zu 10 die Änderung des CO₂-Gesetzes (Teilzweckbindung);
 - › mit 101 zu 82 bei 10 Enthaltungen und 43 zu 2 bei 2 Enthaltungen das Bundesgesetz über technische Handelshemmnisse, mit dem das Cassis-de-Dijon-Prinzip eingeführt wird;
 - › mit 135 zu 56 bei 3 Enthaltungen und 45 zu 0 das Produktesicherheitsgesetz;
 - › mit 186 zu 1 und 6 Enthaltungen und 45 zu 0 Enthaltungen das Bundesgesetz über die Museen und Sammlungen des Bundes;
 - › mit 107 zu 74 bei 4 Enthaltungen und 37 zu 5 bei 2 Enthaltungen die Verlängerung des Ärzttestops bis Ende 2011;
 - › mit 123 zu 68 bei 3 Enthaltungen und 32 zu 13 die Änderung des Zivilgesetzbuches in Bezug auf die Unterbindung von Scheinehen;
 - › mit 140 zu 43 bei 11 Enthaltungen und 37 zu 4 bei 3 Enthaltungen das Bundesgesetz über die steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien;
 - › mit 120 zu 68 bei 2 Enthaltungen und 43 zu 0 bei 2 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die Teilnahme am EU-Filmförderungsprogramm MEDIA;
 - › mit 188 zu 3 bei 2 Enthaltungen und 42 zu 0 bei 1 Enthaltung eine Änderung des Freizügigkeitsgesetzes, die den Vorsorgeschutz von Arbeitnehmern verbessert, deren Arbeitsverhältnis kurz vor dem ordentlichen Rentenalter aufgelöst wird;
 - › mit 190 zu 0 bei 3 Enthaltungen und 45 zu 0 ein Zusatzprotokoll betreffend Organspende zum Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin;
 - › mit 95:60 bei 38 Enthaltungen und 42:0 bei 1 Enthaltung die Übernahme des Schengen-Besitzstandes bei der Vereinfachung des Informationsaustauschs zwischen Strafverfolgungsbehörden;
-

- › mit 192:0 und 43:0 der Rahmenvertrag mit Liechtenstein über die polizeiliche Zusammenarbeit im Grenzraum;
 - › mit 156:34 bei 3 Enthaltungen und 43:0 die Verordnung der Bundesversammlung über die Erhöhung der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht.
-

2.4. Sondersession SR 10./11. August 2009

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Vom Ständerat beratende Geschäfte

In der Sommersession konnte die von der FDP-Fraktion eingebrachte und vom Nationalrat bereits in der Frühlingssession verabschiedete Vorlage zum raschen und automatischen Ausgleich der kalten Progression nicht behandelt werden, da die zuständige Kommission es entgegen dem Willen der FDP abgelehnt hatte, diese Vorlage zu behandeln. Per Ordnungsantrag beschloss daraufhin der Ständerat die Vorlage zur kalten Progression sowie die Botschaft zur Familienbesteuerung im Rahmen einer Sondersession zu behandeln. Dies, um eine Inkraftsetzung dieser Vorlagen für das Jahr 2010 zu ermöglichen. Die Sondersession fand am 10. und 11. August 2009 statt.

- › **Reform der Familienbesteuerung:** Ziel der Reform ist die Verbesserung der horizontalen Steuergerechtigkeit. Steuerpflichtige mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sollen steuerlich gleichbehandelt werden. Im Vordergrund steht dabei einerseits die Verbesserung der horizontalen Steuergerechtigkeit zwischen Steuerpflichtigen mit Kindern und solchen ohne Kinder. Andererseits sollen auch erwerbstätige Eltern, welche ihre Kinder fremdbetreuen lassen, und Haushalte, bei denen ein Elternteil die Kinder selbst betreut, steuerlich nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit möglichst gleichbehandelt werden.

Der Ständerat lehnte zu Beginn der Debatte einen Rückweisungsantrag Reimann (SVP / AG) mit 34 zu 6 Stimmen klar ab. Dieser hatte seinen Antrag damit begründet, dass der vorgesehene Kinderbetreuungsabzug Eltern diskriminiere, die ihre Kinder selber betreuen. Erika Forster (FDP / SG) wies diese Argumentation richtigerweise zurück und erinnerte daran, dass bisher jene Familien, in denen beide Elternteile voll- oder teilzeitlich arbeiten, steuerlich benachteiligt werden. Denn die externe Kinderbetreuung ist für diese Familien Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit. Diese Kosten können bisher nicht von der direkten Bundessteuer abgezogen werden. Des Weiteren hat ein erzielttes Mehreinkommen bei der Berufstätigkeit des Zweitverdieners steuerlich negative Auswirkungen (Steuerprogression, Verlust von einkommensabhängigen Krippensubventionen und Verbilligungen bei Krankenversicherungsprämien). Der Ständerat schloss sich der Argumentation der FDP an und sprach sich für einen solchen Abzug in Höhe von maximal 12'000 Franken aus. Dieser Abzug muss aber belegt werden und gilt nur bis zum 14. Lebensjahr. Ein Minderheitsantrag, den Abzug auf maximal 8500 Franken festzusetzen wurde mit 25 zu 15 Stimmen verworfen.

Deutlich weniger umstritten war die zweite Neuerung. Diese sieht einen so genannten Elterntarif vor. Hierbei erhalten Familien einen Rabatt von 170 Franken pro Kind. Der Bundesrat hatte dieses Modell dem von der FDP favorisierten Kombimodell vorgezogen. Schliesslich hatte die kleine Kammer über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung zu befinden. Mit 22 zu 19 Stimmen sprach sich der Rat dafür aus, die Inkraftsetzung auf 2011 zu verschieben. Die Mehrheit der vorberatenden Kommission hatte eine Inkraftsetzung auf 2010 befürwortet. Die kantonalen Finanzdirektoren hatten sich gegen diese frühere Inkraftsetzung ausgesprochen. Rechtlich hätte die Inkraftsetzung auf 2010 eine rückwirkende Inkraftsetzung bedeutet, da die Räte die Vorlage frühestens im September fertig beraten können und es noch eine 100-tägige Referendumsfrist einzuhalten gilt. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.
 - › **Ausgleich der kalten Progression:** Nach dem Nationalrat hat sich nun auch der Ständerat für den jährlichen Ausgleich der kalten Progression ausgesprochen. Dies ist ein Erfolg für die FDP, welche diesen jährlichen Ausgleich seit geraumer Zeit fordert. Bis anhin wird die kalte Progression erst ausgeglichen, wenn 7 Prozent Teuerung aufgelaufen sind. Dadurch zahlen die Steuerzahlenden über mehrere Jahre zu viel Steuern. Mit 28 zu 11 Stimmen sprach sich die kleine Kammer für den jährlichen Ausgleich und gegen die vom Bundesrat favorisierte Ausgleichsschwelle von 3 Prozent. Die Steuerlast reduziert sich durch den automatischen Ausgleich der kalten Progression um rund 500 Millionen Franken. Wie bei der Familienbesteuerung beschloss der Ständerat aber eine spätere Inkraftsetzung und folgte in diesem Punkt insbesondere der Ansicht der Kantone. Nach dem Willen des Ständerats
-

soll der Ausgleich der kalten Progression 2011 in Kraft treten. Mit dieser Differenz geht die Vorlage zurück in den Nationalrat.

- › **Ja zur Individualbesteuerung:** Im Zusammenhang mit der Familienbesteuerung hat der Ständerat auch mehrere Vorstösse betreffend eine grundlegende Reform der Besteuerung von natürlichen Personen beraten. Die kleine Kammer sprach sich hierbei im Sinne der *FDP.Die Liberalen* für zwei Motionen der FDP-Fraktion aus, die einen Wechsel zu einer zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung verlangen. Ebenso gab der Ständerat drei Standesinitiativen von Zürich, Bern und Basel-Stadt Folge, die ebenfalls einen solchen Übergang fordern. Die Forderung „eine Person – eine Steuererklärung“ ist ein urliberales Anliegen, das von der FDP seit geraumer Zeit (zusammen mit der Forderung nach Vereinfachung des Steuersystems) vertreten wird. Die Individualbesteuerung betont die Eigenständigkeit der Person und besteuert diese nach ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit. Entgegen dem Willen der FDP-Deputation hielt der Ständerat allerdings auch einem Vorstoss der CVP fest, welcher die Einführung eines Teilsplittings für Ehepaare fordert.
- › **Keine Lohn-Fesseln für Finanzinstitute:** Der Ständerat hat sich im Sinne der FDP gegen eine organisatorische Aufspaltung der Grossbanken ausgesprochen. Eine solche Massnahme wurde zu Recht als untauglich befunden, um die Risiken für den Staat zu minimieren. Die kleine Kammer sprach sich ebenfalls gegen einen Eingriff in die Lohnstruktur von Unternehmen aus. Stattdessen soll das Eidgenössische Finanzdepartement die Angemessenheit der Vergütungen der oberen Führung sowie die Einhaltung der Regeln der Good Governance überprüfen, solange ein Finanzinstitut Bundeshilfe beansprucht. Hierbei soll auch die Wettbewerbsfähigkeit des betroffenen Instituts berücksichtigt werden. Die in diesem Sinne abgeänderte Motion der WAK-N geht zurück an den Nationalrat. Dieser hatte dank einer unheiligen Allianz von SVP, SP und Grünen eine Aufteilung von Finanzinstituten sowie einen Lohndeckel gefordert.

2. Vorstoss zur Stärkung des Finanzplatzes

- › **Verrechnungssteuer durch Quellensteuer ersetzen:** Im Juni 2009 hat die Delegiertenversammlung der FDP ein Positionspapier zur Stärkung des Finanzplatzes beschlossen. Darin wird unter anderem der Ersatz der heutigen Verrechnungssteuer durch eine Quellensteuer mit Abgeltungscharakter gefordert. Ständerat Schweizer hat hierzu eine von mehreren FDP-Ständeräten mitunterzeichnete Motion eingereicht, in welcher der Bundesrats beauftragt wird, die Verrechnungssteuer durch eine Quellensteuer mit Abgeltungscharakter auf die in der Schweiz gehaltenen Depotvermögen zu ersetzen und die entsprechenden Gesetzesänderungen vorzunehmen. Zudem soll die neue Regelung anderen Staaten als Zahlstellensteuer angeboten werden.
-

2.5. Herbstsession 2009 (7.-25. September 2009)

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Die Herbstsession 2009 stand ganz im Zeichen der Bundesratsersatzwahl, die aufgrund des Rücktritts von Bundesrat Pascal Couchepin notwendig geworden war. Der FDP.Die Liberalen gelang es, den Bundesratssitz gegen die Angriffe von Seiten der CVP zu verteidigen. Die Vereinigte Bundesversammlung wählte den FDP-Ständerat Didier Burkhalter zum Nachfolger von Pascal Couchepin. Der neu gewählte Bundesrat Burkhalter wird das Departement des Innern (EDI) übernehmen.

Das Parlament verabschiedete in der Herbstsession einige wichtige Geschäfte definitiv. Die Folgen der kalten Progression werden in Zukunft jährlich ausgeglichen. Entgegen dem Willen der FDP, welche diese Forderung bereits 2008 erhoben hat, tritt die entsprechende Gesetzesänderung erst 2011 (und nicht wie von der FDP gefordert 2010) in Kraft. Gleichzeitig tritt auch eine Änderung der Familienbesteuerung in Kraft. Diese bringt Entlastungen für Familien. Namentlich wird es in Zukunft möglich sein, maximal 10'000 Franken für die externe Kinderbetreuung abzuziehen. Des Weiteren verabschiedete das Parlament entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion ein drittes Konjunkturprogramm und lehnte es – ebenfalls entgegen der Haltung der FDP – ab, ein Kontingent von 30 Mann zum Schutz von Schweizer Schiffen vor der Küste Somalias zu entsenden.

Der Nationalrat verabschiedete während der Herbstsession dringliche Massnahmen gegen die steigenden Gesundheitskosten, führte eine ausserordentliche Debatte zum Thema „Konjunktur und Arbeitslosigkeit“ durch, verabschiedete mehrere Doppelbesteuerungsabkommen, sprach sich für einen Kohäsionsbeitrag für Rumänien und Bulgarien aus und beschloss eine Revision des Bundesgesetzes über die berufliche Vorsorge.

Der Ständerat sprach sich für Begleitmassnahmen zugunsten der Landwirtschaft im Zusammenhang mit einem Freihandelsvertrag mit der EU aus, verabschiedete das Rüstungsprogramm 2009, lehnte es ab, auf die Revision des Güterkontrollgesetzes einzutreten und beschloss einen Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative.

Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Die FDP.Die Liberalen verteidigte mit Didier Burkhalter den Sitz im Bundesrat. Dieser wurde von der Vereinigten Bundesversammlung zum Nachfolger von Pascal Couchepin gewählt.
 - › Die Folgen der kalten Progression werden in Zukunft (ab 2011) jährlich ausgeglichen. Damit findet eine seit geraumer Zeit von der FDP erhobene Forderung Eingang in die Gesetzgebung.
 - › Entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale verabschiedete das Parlament ein drittes Konjunkturprogramm.
 - › Das Parlament hat den Einsatz NAVFOR Atalanta entgegen dem Willen der FDP abgelehnt.
 - › Die Verfassungsbestimmung über die Forschung am Menschen wurde im Sinne der FDP verabschiedet.
 - › Die Teilrevision des Forschungsgesetzes wurde von den Räten im Sinne der Anträge der FDP verabschiedet.
 - › Das MEDIA-Abkommen mit der EU wurde im Sinne der FDP angenommen und Werbeverbote für Bier und Wein abgelehnt.
 - › Der Nationalrat hat den Kohäsionsbeitrag für Rumänien und Bulgarien entsprechend der Ansicht der FDP.Die Liberalen gutgeheissen.
 - › Die Fraktion FDP-Liberale hat fünf Fraktionsvorstösse erarbeitet und eingereicht.
-

Vereinigte Bundesversammlung

- › **FDP.Die Liberalen verteidigen Bundesratssitz mit Didier Burkhalter:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat am Mittwoch der zweiten Sessionswoche Ständerat Didier Burkhalter (FDP / NE) zum Nachfolger des zurücktretenden Bundesrats Pascal Couchepin und zum 112. Bundesrat in der Geschichte der Eidgenossenschaft gewählt. Im ersten Wahlgang erreichte Ständerat Dick Marty (FDP / TI) 34 Stimmen, der sich danach zurückzog, die Bundesversammlung aber dazu aufrief, über die Vertretungen der Landesteile in der Regierung nachzudenken. Nach dem dritten Wahlgang zog Christian Lüscher (FDP / GE), der zu diesem Zeitpunkt stimmenmässig hinter Burkhalter zurücklag, seine Kandidatur zugunsten des chancenreicheren Kandidaten Burkhalter zurück. Im vierten Wahlgang setzte sich der Neuenburger Ständerat klar mit 129 gegen 106 Stimmen gegen Urs Schwaller (CVP / FR) durch.
Die Vereinigte Bundesversammlung hat mit der Wahl von Didier Burkhalter ein klares Bekenntnis zur Konkordanz und zu den Institutionen in diesem Land abgegeben. Sie anerkannte ausserdem den berechtigten Anspruch der lateinischen Schweiz auf zwei Sitze in der Landesregierung. Das liberale Gedankengut wird somit auch in Zukunft angemessen im Bundesrat vertreten sein. Der ausgewiesene Anspruch der FDP, mit 17.7% Wähleranteile die klar drittstärkste Partei der Schweiz, auf zwei Bundesratssitze wurde von der Parlamentsmehrheit über die Parteigrenzen hinweg anerkannt. Die FDP ist erfreut, dass die Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung ihre Verantwortungen gegenüber den institutionellen Prinzipien und dem nationalen Zusammenhalt der Schweiz wahrgenommen haben. Die Wahl von Didier Burkhalter ist ein Bekenntnis zur Stabilität unseres Landes.
- › **Richterwahlen:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat Christian Hermann (SVP) zum neuen Bundesrichter gewählt. Er ersetzt den Ende Oktober zurücktretenden Pierre Ferrari (FDP). Hermann setzte sich mit 128 Stimmen gegen die von der Fraktion FDP-Liberale vorgeschlagene Kandidatin Danièle Brahier Franchetti (FDP) durch. Letztere erhielt 89 Stimmen. Für die neu geschaffene Richterstelle italienischer Muttersprache am Bundesverwaltungsgericht wurde Daniele Cattaneo (FDP) gewählt. Des Weiteren wurden Andreas Keller und Daniel Kipfer Fasciati zum Präsidenten bzw. Vizepräsidenten des Bundesstrafgerichts für die Jahre 2010 und 2011 gewählt.

Geschäfte beider Räte

- › **Kalte Progression wird erst 2011 ausgeglichen:** Bis anhin wird die kalte Progression erst ausgeglichen, wenn 7 Prozent Teuerung aufgelaufen ist. Dadurch zahlen die Steuerzahlenden über mehrere Jahre zu viel Steuern. Die Steuerlast reduziert sich durch den automatischen Ausgleich der kalten Progression um rund 500 Millionen Franken. In der Sondersession vom August 2009 hatte sich der Ständerat dem Nationalrat angeschlossen und sich für den jährlichen Ausgleich der kalten Progression ausgesprochen. Strittig blieb die Frage, wann die Vorlage in Kraft treten sollte. Während der Ständerat für ein Inkrafttreten 2011 plädierte, sprach sich der Nationalrat im Sinne der *FDP.Die Liberalen* mit 115 zu 61 Stimmen dafür aus, dass die kalte Progression 2010 erstmals ausgeglichen werde sollte. Da der Ständerat in der Folge aber auf der Inkraftsetzung 2011 beharrte und die Einigungskonferenz der kleinen Kammer folgte, blieb dem Nationalrat nichts anderes übrig, als sich diesem Beschluss anzuschliessen. Die FDP bedauert diese Verzögerung, müssen die Steuerpflichtigen doch unnötig ein weiteres Jahr auf die fällige Entlastung warten; die FDP hatte ursprünglich gefordert, die Folgen der kalten Progression auf den 1. Januar 2009 auszugleichen. Positiv zu werten ist allerdings, dass die kalte Progression in Zukunft automatisch und jährlich ausgeglichen wird.
- › **Vorlage zur Familienbesteuerung bereinigt:** Ziel der Reform ist die Verbesserung der horizontalen Steuergerechtigkeit. Steuerpflichtige mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sollen steuerlich gleichbehandelt werden. Im Vordergrund steht dabei einerseits die Verbesserung der horizontalen Steuergerechtigkeit zwischen Steuerpflichtigen mit Kindern und solchen ohne Kinder. Andererseits sollen auch erwerbstätige Eltern, welche ihre Kinder fremdbetreuen lassen, und Haushalte, bei denen

ein Elternteil die Kinder selbst betreut, steuerlich nach Massgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit möglichst gleichbehandelt werden.

Nachdem der Ständerat die Vorlage in der Sondersession vom August 2009 behandelt hatte, befasste sich der Nationalrat als Zweitrat mit der Vorlage. Am umstrittensten war der Kinderbetreuungsabzug. Die SVP wollte allen Eltern einen Kinderbetreuungsabzug zusprechen, unabhängig, ob sie die Kinder selber betreuen oder durch Dritte betreuen lassen. Die Vertreter der FDP-Liberale Fraktion wandten sich gegen dieses Ansinnen. Denn bisher sind jene Familien in denen beide Elternteile voll oder teilzeitlich arbeiten steuerlich benachteiligt. Denn die externe Kinderbetreuung ist für diese Familien Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit. Diese Kosten können bisher nicht von der direkten Bundessteuer abgezogen werden. Des Weiteren hat ein erzielttes Mehreinkommen bei der Berufstätigkeit des Zweitverdieners steuerlich negative Auswirkungen (Steuerprogression, Verlust von einkommensabhängigen Krippensubventionen und Verbilligungen bei Krankenversicherungsprämien). Die Mehrheit des Nationalrates folgte dieser Argumentation, beschloss aber entgegen dem Willen der FDP, den Kinderbetreuungsabzug von 12'000 auf 10'000 Franken zu reduzieren. Im Gegenzug wurde beim so genannten Elterntarif ein Rabatt von 250 Franken auf den Steuerbetrag beschlossen; der Ständerat und der Bundesrat hatten hier 170 Franken vorgeschlagen. Gemäss dem Willen der Mehrheit des Nationalrates sollte die Vorlage auf Anfang 2010 in Kraft treten. Im Differenzbereinigungsverfahren schloss sich der Ständerat beim Kinderbetreuungsabzug und beim Kinderabzug dem Nationalrat an. Dagegen beharrte die kleine Kammer entgegen dem Willen der FDP darauf, die Vorlage erst auf den 1. Januar 2011 in Kraft zu setzen.

- › **Intensives Ringen um drittes Konjunkturprogramm:** Das Parlament hat in der Herbstsession intensiv und hart um das vom Bundesrat beschlossene Konjunkturprogramm gerungen, mit dem die Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit bekämpft werden soll. Unbestritten war lediglich eine Massnahme, welche die Wirtschaftskommission beider Räte eingefügt hatten: die beschleunigte Rückerstattung der Erträge der CO₂-Abgabe an Private und Unternehmen. Nach dem Willen des Parlaments sollen die Erträge der Jahre 2008-2010 im nächsten Jahr zurückverteilt werden. Die Rückverteilung erhöht sich dadurch von 220 Millionen auf 860 Millionen Franken. Die übrigen Massnahmen waren dagegen insbesondere im Nationalrat äusserst umstritten. Parteipräsident Fulvio Pelli (FDP / TI) kritisierte das Massnahmenpaket als wirkungslose Augenwischerei. Entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale entschied der Rat mit 93 zu 91 Stimmen auf die Vorlage einzutreten. Danach strich die grosse Kammer unter anderem die Finanzierung von befristeten Einsätzen bei Nonprofitorganisationen im Umfang von 238 Millionen Franken. An der Ausgabenbremse scheiterten Beiträge für die Weiterbildung von stellenlosen Lehrabgängern sowie Weiterbildungsbeiträge während der Kurzarbeit. Die kleine Kammer fügte diese Massnahmen in der Differenzbereinigung wieder in den Gesetzestext ein, im Nationalrat scheiterten sie aber auch im dritten Umgang an der Ausgabenbremse. Schliesslich hatten die Räte über einen Kompromissvorschlag der Einigungskonferenz zu befinden. Für den umstrittensten Punkt – Subventionen für befristete Einsätze von Langzeitarbeitslosen – schlug die Einigungskonferenz vor, diese Subventionen erst zu sprechen, wenn die Arbeitslosenquote 5 Prozent erreicht. Zudem sollen die Gelder nur für Einsätze in öffentlichen Verwaltungen sowie in Unternehmen, die mehrheitlich dem Staat gehören oder mit denen eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen wurde, fliessen. Die Einschränkungen verkleinern den Umfang des Konjunkturprogramms um rund 120 Millionen auf 300 Millionen Franken. Diesem Paket stimmte der Nationalrat schliesslich mit 103 zu 87 Stimmen zu; dies entgegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale. Denn nach Ansicht der FDP ist auch das redimensionierte Programm nicht Ziel führend und leistet keinen nachhaltigen Beitrag zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit.
 - › **Unheilige Allianz versenkt Operation NAVFOR Atalanta:** Der Ständerat hat die Beteiligung am Einsatz NAVFOR Atalanta vor Somalia als Erstrat behandelt und hat diesen mit 35 zu 5 Stimmen klar gutgeheissen. Die Debatte in der kleinen Kammer drehte sich vor allem um die Frage ob das geltende Militärgesetz eine hinreichende Rechtsgrundlage für die Beteiligung am Anti-Piraten-Einsatz biete. Die Mehrheit des Rates war der Ansicht, dass die aktuelle Gesetzgebung den Einsatz abdecke. Entsprechend verzichtete der Ständerat mit 22 zu 12 Stimmen, auf eine vom Bundesrat parallel zum Einsatz NAVFOR Atalanta verabschiedete Militärgesetzrevision einzutreten.
-

Der Nationalrat hat den Einsatz – entgegen der Haltung der FDP-Liberale Fraktion – in der ersten Beratungsrunde mit 103 zu 84 Stimmen abgelehnt. Eine Allianz aus SVP, Grünen und Teilen der SP votierte aus unterschiedlichen Motiven für Nichteintreten auf die Vorlage. Die kleine Kammer bekräftigte in der dritten Sessionswoche ihren Willen, an der EU-Operation Atalanta festzuhalten. Mit 29 zu 9 Stimmen sprach sich die Ständekammer für Eintreten auf die Vorlage aus. Die Vorlage hatte trotz der deutlichen Mehrheiten im Ständerat keine Chancen in der grossen Kammer. Mit 102 gegen 81 Stimmen, beschloss die grosse Kammer ein zweites Mal Nichteintreten auf die Vorlage. Eine unheilige Allianz aus SVP und linksgrünen Kreisen hat damit einen gut begründeten Einsatz zum Schutz schweizerischer Interessen verhindert. Dieser Nichteintretensentscheid ist aus sicherheits- und aussenpolitischen Gründen bedauerlich und ist ein schlechtes Signal an das Ausland. Denn es wäre fraglos im Interesse der Exportnation Schweiz gewesen, einen Beitrag zur Sicherung von Seetransportwegen zu leisten.

- › **Parlament lehnt TV-Werbeverbot für Alkohol ab:** Der Bundesrat hat mit der EU im Sinne eines Kompromisses eine Änderung des Abkommenstextes vereinbart: Die strengeren Werbevorschriften können im Rahmen eines Schlichtungsverfahrens durchgesetzt werden, vorausgesetzt sie sind verhältnismässig, nicht diskriminierend und im öffentlichen Interesse. Das Verbot religiöser und politischer Werbung sowie der Werbung für Spirituosen und Mischgetränke wie Alcopops kann dank diesem Verfahren aufrechterhalten werden. Anders ist es bei der Werbung für Bier und Wein. Diese ist nach dem RTVG für lokale TV-Veranstalter bereits zugelassen. In der Sommersession konnte die Differenz bei der Alkoholwerbung im Media-Abkommen nicht bereinigt werden. Der Ständerat hielt an einem allgemeinen Werbeverbot für alkoholische Getränke am TV fest, während der Nationalrat ein solches Werbeverbot ablehnte. Schliesslich gab der Ständerat nach und stimmte dem Antrag der Einigungskonferenz zu, die Werbung für Bier und Wein zuzulassen. Im Nationalrat wurde ein Antrag auf Ablehnung des Vorschlags der Einigungskonferenz deutlich mit 113 zu 69 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft ist somit bereinigt; dies im Sinne der Fraktion FDP-Liberale.
- › **Aufstockung am Bundesverwaltungsgericht:** Das Bundesverwaltungsgericht kann zur Bewältigung der erwarteten Beschwerdeflut im UBS-Amtshilfeverfahren mit den USA befristet auf zwei Jahre maximal fünf zusätzliche Richter einstellen. National- und Ständerat haben eine Änderung der entsprechenden Parlamentsverordnung gutgeheissen.
- › **Anpassung des Waffenrechts:** Im Rahmen Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes muss das schweizerische Waffenrecht angepasst werden. Neu unterliegt auch die kleinste Verpackungseinheit von Munition einer Markierungspflicht. Um die Rückverfolgbarkeit von Waffen innerhalb der Gemeinschaft der Schengen-Staaten zu verbessern, wird eine gesetzliche Grundlage für kantonale Informationssysteme zur Bearbeitung von Daten über den Erwerb von Waffen geschaffen. Der Ständerat hat die Vorlage einstimmig gutgeheissen. Der Nationalrat sprach sich mit 107 zu 51 Stimmen für die Vorlage aus. Auf die Einführung eines von der Ratslinken geforderten zentralen Waffenregisters wurde verzichtet.

Geschäfte des Nationalrats

- › **Neues Ratsmitglied vereidigt:** Andreas Brönnimann (EDU / BE) hat vor dem Nationalrat das Gelübde abgelegt. Er tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Christian Waber an. Brönnimann hat sich der SVP-Fraktion angeschlossen.
 - › **Debatte zu Konjunktur und Arbeitslosigkeit:** Der Nationalrat führte eine von der Ratslinken verlangte ausserordentliche Session zum Thema Konjunktur und Arbeitslosigkeit durch. Dies notabene nachdem der Rat bereits zuvor lange Debatten zum dritten Konjunkturpaket geführt hatte. Der Rat debattierte dabei unter anderem eine Motion des Ständerats, die den Bundesrat beauftragt, im Rahmen eines dritten Konjunkturprogramms Massnahmen zu treffen, damit die wegen Rezession im FinöV-Fonds entstandene Finanzierungslücke geschlossen oder verringert wird. Die FDP-Liberale Fraktion sprach sich entschieden gegen die Motion aus, da es alles andere als sicher ist, dass es überhaupt eine Finanzierungslücke gibt. Der Vorstoss wurde mit 92 zu 89 Stimmen abgelehnt. In der
-

Debatte forderten die Sprecher der Fraktion FDP-Liberale, dass Reformen angepackt werden, um die Schweiz für den härter werdenden Wettbewerb zu rüsten. Im Rahmen der Debatte wurden über 50 parlamentarische Vorstösse behandelt und darüber entschieden.

- › **Dringliche Massnahmen in Gesundheitswesen:** Eintreten auf die Vorlage zur Kosteneindämmung im Gesundheitswesen war im Nationalrat, welcher sich als Erstrat mit der Vorlage beschäftigte, unbestritten. Mit rasch wirksamen Massnahmen sollen die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und die für das Jahr 2010 angekündigten Prämien erhöhungen eingedämmt werden. Das Sparpaket soll Anfang 2010 in Kraft treten und bis Ende 2012 befristet sein. Im Sinne der Fraktion FDP-Liberale lehnte der Nationalrat die einmalige Aufstockung der Prämienverbilligung um 200 Millionen Franken als untaugliche Massnahme klar ab. Knapp abgelehnt wurde der Versuch, die Vertragsfreiheit zwischen Ärzten und Versicherern im Rahmen des dringlichen Massnahmenpakets festzuschreiben. Der Nationalrat sprach sich mit 87 zu 80 Stimmen gegen dieses Ansinnen aus. Das Kernstück der Vorlage, die Einführung eines differenzierten Selbstbehalts, wurde vom Rat dagegen angenommen. Die Versicherten sollen einen Anreiz erhalten, sich zunächst an einen Hausarzt zu wenden. Wer dagegen direkt zum Spezialisten oder in ein Spitalambulatorium geht, soll künftig einen Selbstbehalt von 20 Prozent bezahlen. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Praxisgebühr von 30 Franken pro Arztbesuch war im Nationalrat chancenlos. Ebenfalls abgelehnt hat der Rat einen Einzelantrag von Claude Ruey (FDP / VD), den Kantonen bessere Lenkungsmöglichkeiten im Bereich der ambulanten Tätigkeit der Spitäler zu geben. Angenommen wurde der Vorschlag, dass bei der Wahl einer höheren Franchise eine Vertragsdauer von drei Jahren zu gelten habe. Damit soll das Rosinenpicken für Versicherte unterbunden werden, die beispielsweise bei einer geplanten Operation ihre Franchise im betreffenden Jahr senken, um sie nach der Behandlung wieder anzuheben. Der Nationalrat hat das Gesamtpaket in der GesamtAbstimmung mit 113 zu 58 Stimmen verabschiedet. Das Geschäft, das ursprünglich während der Herbstsession von beiden Räten hätte bereinigt werden sollen, geht nun an den Ständerat.
 - › **Kohäsionsbeitrag für Rumänien und Bulgarien:** Der Nationalrat hat sich mit 113 zu 52 Stimmen für den Schweizer Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der um Rumänien und Bulgarien erweiterten EU ausgesprochen. Der Umfang des Beitrags beträgt 257 Millionen Franken (181 Millionen für Rumänien, 76 Millionen für Bulgarien). Der Rat lehnte den Nichteintretensantrag der SVP-Fraktion im Sinne der Fraktion FDP-Liberale deutlich mit 109 zu 51 Stimmen ab. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag der SVP die Mittel erst freizugeben, wenn alle EU-Mitglieder die Steuerhoheit der Schweiz anerkennen. Walter Müller (FDP / SG) meinte zu diesem Antrag, dass es ein unwürdiger Kniefall wäre, wenn man die Steuerhoheit von anderen Ländern abhängig machen würde.
 - › **Mehrere Doppelbesteuerungsabkommen gutgeheissen:** Als Zweitrat hatte der Nationalrat mehrere Doppelbesteuerungsabkommen zu beraten, die noch vor dem Beschluss des Bundesrates zur erleichterten Amtshilfe ausgehandelt worden waren. Unbestritten war, dass die Abkommen mit Frankreich und Türkei an die neuen Gegebenheiten anzupassen sind. Beide Abkommen wurden stillschweigend an den Bundesrat zurückgewiesen. Das neue Abkommen mit Frankreich ist bereits unterzeichnet. Bundespräsident Merz betonte in diesem Zusammenhang, dass das Abkommen die vom Bundesrat festgelegten Eckwerte vollumfänglich berücksichtige und „fishing expeditions“ ausschliesse. Uneinigkeit herrschte im Nationalrat in Bezug auf die Frage, ob die Schweiz weiterhin Doppelbesteuerungsabkommen abschliessen soll, die nach altem Modell ausgestaltet sind, also keine Amtshilfe bei Verdacht auf Steuerhinterziehung vorsehen. Konkret ging es um entsprechende Abkommen mit Chile, Bangladesch und Ghana. Die Ratslinke argumentierte, dass die Schweiz alle Staaten gleich behandeln müsse. Deshalb seien die Abkommen zurückzuweisen und gemäss den OECD-Kriterien zu überarbeiten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wandten sich gegen die Rückweisung, denn es gebe Länder wie Ghana und Bangladesch, die an einer erweiterten Amtshilfe nicht interessiert seien. In solchen Fällen sei ein nicht OECD-konformes Abkommen die bessere Lösung als gar kein Abkommen. Bundespräsident Merz betonte, dass die Schweiz allen Staaten die erleichterte Amtshilfe anbieten. In diesem Sinne könne das Abkommen mit Chile zu einem späteren
-

Zeitpunkt angepasst werden. Der Nationalrat schloss sich dieser Argumentation an und genehmigte die Abkommen mit Chile, Bangladesch und Ghana klar.

- › **Bedingter Rückzug von Volksinitiativen:** Der Nationalrat hat die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte mit 84 zu 72 Stimmen gutgeheissen. Demnach, soll künftig ein bedingter Rückzug einer Volksinitiative möglich sein. Ein Initiativkomitee soll eine Initiative demnach unter dem Vorbehalt zurückziehen können, dass ein vom Parlament ausgearbeiteter indirekter Gegenvorschlag später auch tatsächlich in Kraft tritt. Die Mehrheit der FDP sowie die SVP sprachen sich gegen die Änderung aus, weil diese die Volksrechte nicht stärkt, sondern verkompliziert. Der Ständerat hatte sich bereits in der Sesssion einstimig für den bedingten Rückzug der Volksinitiative ausgesprochen. Konkreter Auslöser für die Vorlage war die Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ des Fischereiverbandes.
 - › **BVG-Revision:** Der Nationalrat hat als Erstrat die BVG-Revision beraten, mit welcher zweite Säule gestärkt werden soll. Ziel der Revision ist es, bei den Pensionskassen mehr Transparenz und eine verbesserte Aufsicht zu schaffen. Die Reform umfasst zwei Teile. Der erste Teil beinhaltet die Kantonalisierung der direkten Aufsicht sowie die Stärkung der Oberaufsicht durch die Schaffung einer eidgenössischen Oberaufsichtskommission. Im zweiten Teil geht es konkret um zwei Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung von älteren Arbeitnehmern. Die Beteiligung der älteren Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt soll dank diesen zwei Massnahmen gefördert werden. Die Volkskammer folgte im Wesentlichen den Anträgen der Kommission und verabschiedete die Vorlage in der Gesamtabstimmung einstimig (166 Stimmen). Die BVG-Revision geht nun an den Ständerat.
 - › **Kulturförderungsgesetz:** In der Differenzbereinigung hat der Nationalrat an seinen Forderungen nach einer Stärkung der Stiftung Pro Helvetia gegenüber dem Bundesamt für Kultur festgehalten. Für Diskussionen sorgte im Einzelnen die Frage, ob der Bundesrat die strategischen Ziele der Stiftung bloss genehmigen oder aber festlegen soll. Der Kompromissvorschlag von Ruedi Noser (FDP / ZH), wonach der Bund die Strategie von Pro Helvetia festlegen würde, aber explizit auf die operative und künstlerische Freiheit achtzugeben habe, wurde mit 101 zu 58 Stimmen abgelehnt. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.
 - › **Steuerabzüge für Weiterbildungskosten:** In der Schweiz sollen neue Steuerabzüge für berufliche Aus- und Weiterbildungskosten möglich werden. Der Nationalrat ist dem Ständerat gefolgt und hat eine entsprechende Motion aus mit 157 gegen 3 Stimmen gutgeheissen. Das Ziel des Vorstosses besteht darin, neu auch die Kosten für jene Ausbildungen abzugsberechtigt zu erklären, die zu einem Aufstieg im Beruf oder zu einer beruflichen Neuorientierung befähigen.
 - › **Telekommunikation:** Der Nationalrat hat eine Motion von Ständerätin Erika Forster (FDP / SG) mit 141 zu 21 Stimmen abgelehnt. Die Motion bezweckt, den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt mittels einer Änderung des Verfahrens zur Preisberechnung zu stärken. Dagegen hat die grosse Kammer ein Postulat, in welchem der Bundesrat beauftragt wird, bis Mitte 2010 eine Gesamtschau über die Entwicklung und den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt zu erstellen. Auf Basis des Berichts soll entschieden werden, ob und wie die Regulierung verstärkt und der Kommunikationskommission mehr Kompetenzen verliehen werden sollen.
 - › **Keine zusätzliche Hilfe für Sri Lanka:** Der Nationalrat hat eine Motion der APK-N mit 86 zu 75 Stimmen abgelehnt, die vom Bundesrat verlangte, aus der Verpflichtungsreserve für Katastrophen und Notlagen 5 Millionen Franken für die Nothilfe im Krisengebiet von Sri Lanka zur Verfügung zu stellen. Die Mehrheit des Rates folgte der Argumentation des Bundesrats, der darauf hinwies, dass seit Anfang Jahr bereits 4,4 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe in Sri Lanka eingesetzt worden sind und das Gesamtbudget für das Land aufgestockt worden ist.
 - › **Sicherheitskontrollgesetz gescheitert:** Nach dem Ständerat ist das Sicherheitskontrollgesetz auch im Nationalrat gescheitert. Die Volkskammer trat im Sinne der Fraktion FDP-Liberale mit Zweidrittelmehrheit gar nicht auf die Vorlage ein.
 - › **Visa-Kontrollen:** Der Nationalrat hat sich als Erstrat mit der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes im Bereich Visa beschäftigt. Dabei geht es um ein Visa-Informationssystem (Datenbank), welches das „Visa-Shopping“ verhindern, die Identität der Berechtigten überprüfen und
-

Betrug bekämpfen soll. Die grosse Kammer stimmte der Vorlage mit 90 zu 55 Stimmen zu. Dagegen wollte der Nationalrat nichts davon wissen, die Vorlage dringlich zu erklären. Der Antrag des Bundesrates hatte keine Chance und wurde mit 156 zu 4 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

- › **Vorstoss für eine Regierungsreform überwiesen:** Der Nationalrat hat als Zweitrat eine Motion des in den Bundesrat gewählten Ständerats Didier Burkhalter (FDP / NE) gutgeheissen, in welcher der Bundesrat beauftragt wird, in der nächsten Legislaturplanung eine Neuorganisation der Regierungsaufgaben vorzulegen.
 - › **Immobilienbotschaft:** Der Nationalrat hat das zivile Bauprogramm 2009 beraten und dabei den Kredit um 39,5 Millionen auf 314 Millionen Franken gekürzt. Die Kürzung betrifft den Umbau der Schweizer Botschaft in Moskau. Dieses Projekt wurde zurückgestellt, um genauere Angaben über das Projekt und dessen Kosten zu erhalten. Die grosse Kammer folgte mit 112 zu 49 Stimmen einem Kürzungsantrag der vorberatenden Kommission. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
 - › **Vorstösse zum Konsumentenschutz:** Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative von Pierre Bonhôte (SP / NE) für mehr Konsumentenschutz im Telefonverkauf entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion mit Stichentscheid der Ratspräsidentin gutgeheissen. Die zuständige Ständeratskommission wird diesbezüglich eine Gesetzesvorlage ausarbeiten. Dagegen hat der Nationalrat zwei weitere parlamentarische Initiativen. In der ersten verlangte Simonetta Sommaruga (SP / BE) einen Ausbau des Konsumentenschutzes im Bereich des E-Shoppings. Diese Initiative wurde vom Nationalrat zum zweiten Mal und somit endgültig mit 79 zu 74 Stimmen abgelehnt. In einem zweiten Vorstoss verlangte die Berner SP-Ständerätin einen besseren Schutz vor dem sogenannten „Kleingedruckten“ in Verträgen. Kurt Fluri (FDP / SO) verwies in diesem Zusammenhang, dass das Gesetz über unlauteren Wettbewerb bereits in Revision ist und somit kein weiterer Handlungsbedarf besteht. Der Vorstoss geht nochmals an den Ständerat, der diesen in einem ersten Durchgang unterstützt hatte.
 - › **Immunität der Bundesräte geschützt:** Nach dem Ständerat hat es auch der Nationalrat abgelehnt, die Immunität von Bundesratsmitgliedern aufzuheben. Zum einen ging es um eine gegen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey eingereichte Anzeige bei der Bundesanwaltschaft wegen Äusserungen im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Weiterführung der Personenfreizügigkeit und deren Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien. Zum anderen ging es um ein Begehren um Aufhebung der Immunität der amtierenden und ehemaligen Mitglieder des Bundesrates, welche den Entscheid zur Aktenvernichtung im Fall Tinner mitgetragen haben.
 - › **Allgemeinverbindlichkeit von Konkordaten:** Der Nationalrat hat gegen dem Willen der Fraktion FDP-Liberale einer parlamentarischen Initiative der SVP-Fraktion mit 80 zu 68 (bei 20 Enthaltungen) zugestimmt, welche die Streichung der Allgemeinverbindlichkeit von Konkordaten und interkantonalen Rahmenvereinbarungen aus der Verfassung verlangt. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.
 - › **Rahmengesetz für Risikosportarten:** Der Nationalrat hat als Erstrat eine Rahmengesetz für kommerziell angebotene Risikosportarten und das Bergführerwesen beraten, das auf eine parlamentarische Initiative von alt Nationalrat Cina (CVP / VS) zurückgeht. In Zentrum der Debatte stand die Frage, ob ein Gesetz überhaupt nötig sei. Entgegen dem Willen des Bundesrats sprach sich der Nationalrat äusserst knapp – mit 83 gegen 82 Stimmen – für die Vorlage aus. Diese geht nun an den Ständerat.
 - › **Erhöhung der Fraktionsbeiträge:** Der Nationalrat hat eine Erhöhung der Beiträge an die Fraktionen beschlossen. Demnach soll der Grundbeitrag pro Fraktion um 50'000 auf 144'500 Franken sowie der Beitrag pro Mitglied um 2500 auf 20'000 Franken erhöht werden. Die Erhöhung lässt sich durch die zunehmende Komplexität und Beschleunigung der politischen Prozesse und die gestiegenen Anforderungen an die Gesetzgebungsarbeit begründen. Die Erhöhung der Beiträge soll die Beratungsfähigkeit der Fraktionssekretariate sichern. Der Nationalrat sprach sich mit 109 zu 46 Stimmen für die Vorlage aus, die nun an den Ständerat geht.
-

Geschäfte des Ständerats

- › **Verfassungsartikel Forschung am Menschen verabschiedet:** Mit dem Entwurf eines neuen Artikels 118a der Bundesverfassung und mit dem Gesetzesentwurf über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz) soll der Bund eine ausdrückliche Zuständigkeit für das gesamte Gebiet der Forschung am Menschen im Gesundheitsbereich erhalten. Die letzte Differenz betraf die Forschungsfreiheit. Während sich der Nationalrat im Differenzbereinigungsverfahren mehrmals dafür ausgesprochen hatte, die Forschungsfreiheit explizit zu verankern, wollte der Ständerat aus staats- und verfassungsrechtlichen Gründen hierauf verzichten. Dies, weil die Forschungsfreiheit bereits unter dem Oberbegriff der Wissenschaftsfreiheit (Art. 20 BV) subsumiert werden könne. In der Herbstsession lenkte der Ständerat ohne Debatte ein und räumte so die letzte Differenz in diesem Geschäft aus. In der Schlussabstimmung sprach sich der Ständerat einstimmig, der Nationalrat mit 114 zu 61 Stimmen (die SVP-Fraktion stimmte Nein) für die Vorlage aus.
 - › **Forschungsgesetz bereinigt:** Der Ständerat hat die verbliebenen Differenzen im Forschungsgesetz stillschweigend bereinigt. Die Förderagentur für Innovation des Bundes (KTI) erhält damit mehr Autonomie und einen grösseren Zuständigkeitsbereich. Seit 1943 unterstützt der Bund Projekte von Wirtschaft und Wissenschaft, aktuell mit gut 100 Millionen Franken jährlich. Mit der Teilrevision wird die KTI als Behördenkommission aus der Verwaltung gelöst. Ihr soll das Recht gegeben werden, selbst zu entscheiden, welche Förderprojekte sie unterstützen will.
 - › **Freihandel im Bereich Landwirtschaft:** Der Ständerat hat sich als Zweitrat mit der Schaffung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen für die Landwirtschaft für den Fall von Liberalisierungsschritten. Die Botschaft des Bundesrates sieht vor, die Zolleinnahmen der Jahre 2009-2016 aus den Einfuhren von Lebensmitteln für die Finanzierung von Begleitmassnahmen zu reservieren. Solche Massnahmen sollten für den Fall des Abschlusses eines Freihandelsabkommens mit der EU sowie für den Fall eines Durchbruchs bei den WTO-Verhandlungen verwendet werden. Der Ständerat sprach sich deutlich, mit 28 zu 4 Stimmen für die Vorlage aus; dies ganz im Sinne der *FDP.Die Liberalen*. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat. Dieser war in der Sommersession gar nicht auf die Vorlage eingetreten.
 - › **Rüstungsprogramm verabschiedet:** Der Ständerat hat als Zweitrat das Rüstungsprogramm 2009 mit 32 zu 1 Stimmen gutgeheissen. Das Programm hat einen Umfang von 496 Mio. Franken und besteht im Wesentlichen aus Ersatz- und Folgeinvestitionen. Der grösste Posten des Programms ist mit 296 Mio. Franken ein neues Anflugsystem für fünf Militärflugplätze. Das Programm 2009 kostet nur rund die Hälfte des Vorjahresprogramms. Bundesrat Maurer erklärte in diesem Zusammenhang, dass man bereits für das Programm 2010 spare, in welchem der Teilersatz der Tiger-Kampfflugzeuge vorgesehen ist.
 - › **Keine „Lex Pilatus“:** Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen erlauben es, Exporte von Dual-Use-Gütern zu unterbinden, welche die Interessen der Schweiz gefährden könnten. Zudem hat der Bundesrat gestützt auf die Verfassung die Kompetenz, Exporte zu unterbinden, wenn die Landesinteressen hierfür sprechen. Dennoch wollte der Bundesrat das Güterkontrollgesetz ändern, um eine entsprechende Kompetenz darin zu verankern. Der Ständerat ist im Sinne der *FDP.Die Liberalen* nicht auf die Gesetzesvorlage eingetreten. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.
 - › **Tandem-Initiativen zur „Rettung des Schweizer Bodens“:** Der Ständerat hat als Zweitrat die sogenannten Tandem-Initiativen des Umweltschützers Franz Weber behandelt. Die erste Initiative verlangt, dass umwelt- und landschaftsbelastende Anlagen nur gebaut werden dürften, wenn „aus bildungs- oder gesundheitspolitischer, natur- oder landschaftsschützerischer Sicht gesamtschweizerisch ein dringendes Bedürfnis besteht.“ Dies würde de facto einem Baustopp für zahlreiche Projekte gleichkommen. Die zweite Initiative verlangt, den Anteil von Zweitwohnungen auf 20 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes zu begrenzen. Der Ständerat hat die erste der beiden Initiativen abgelehnt. Dagegen verzichtet die kleine Kammer vorläufig darauf, die zweite Initiative zu behandeln. Sie folgte damit dem Vorschlag der vorberatenden Kommission, die einen konkreten Gegenvorschlag zur Initiative ins Auge fassen möchte.
-

- › **Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative:** Der Ständerat hat sich in der Herbstsession mit dem indirekten Gegenentwurf zur Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ (Renaturierungsinitiative) befasst. Die Gesetzesvorlage bezweckt einen Ausgleich zwischen Schutz und Nutzung der Gewässer. Der Ständerat hat bei den Ausnahmen von der Restwasserpflcht einem Kompromissvorschlag seiner Kommission zugestimmt. Demnach sollen die Kantone für Abschnitte mit geringem ökologischen Potenzial zwischen 1500 und 1700 Metern tiefere Minima festlegen können. Die Vorlage geht zur Differenzvereinbarung zurück an den Nationalrat.
 - › **UNO-Sanktionen:** Der Ständerat hat den Bundesrat beauftragt, dem UNO-Sicherheitsrat mitzuteilen, dass er per 2010 gewisse im Rahmen der Terrorismusbekämpfung ausgesprochene Sanktionen gegen natürliche Personen nicht mehr umsetzen wird, wenn die betroffene Person keine Rekursmöglichkeit hatte, nie gegen sie Anklage erhoben wurde und seit drei Jahren keine neuen belastenden Elemente vorgebracht worden sind. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion von Dick Marty (FDP / TI) gegen den Willen des Bundesrats mit 28 zu 0 Stimmen überwiesen.
 - › **Keine Ausserkraftsetzung der CO₂-Abgabe:** Der Ständerat hat sich als Erstrat mit 23 zu 4 Stimmen gegen eine Motion von Hannes Germann (SVP / SH) ausgesprochen, die den Bundesrat auffordert, dem Parlament einen dringlichen Gesetzesentwurf zur Revision des CO₂-Gesetzes vorzulegen. Dieser soll erlauben, in Zeiten von Krisen und Notlagen die Erhebung der CO₂-Abgabe vorübergehend ausser Kraft zu setzen. Während der Gesetzesrevision seien auf die weiteren Erhöhungsschritte der CO₂-Abgabe bei Brennstoffen auf 24 Franken pro Tonne CO₂ im Jahre 2009 respektive auf 36 Franken pro Tonnen CO₂ im Jahre 2010 zu verzichten. Die Mehrheit des Rates war der Ansicht, dass man mit einer solchen Massnahme jene Unternehmen vor den Kopf stossen würde, die in den letzten Jahren Anstrengungen zur Reduktion der Schadstoffe unternommen haben.
 - › **Ständerat lehnt Tieranwaltinitiative ab:** Nachdem das Parlament bereits beim Tierschutzgesetz sowie bei der neuen Strafprozessordnung die Einführung eines Tieranwalts abgelehnt hatte, musste das Parlament über eine Volksinitiative des Schweizerischen Tierschutzes befinden, die ein Tieranwalts-Obligatorium für alle Kantone in der Bundesverfassung verankern möchte. Der Ständerat empfiehlt – wie in der Sommersession der Nationalrat – die Initiative zur Ablehnung.
 - › **Differenzen beim Nationalstrassenabgabegesetz:** Der Ständerat hat als Zweitrat das Gesetz über die Nationalstrassenabgabe beraten und einstimmig gutgeheissen. Die Abgabe, die sich auf einen alten Verfassungsartikel und eine Verordnung stützt, wird nun auf Gesetzesstufe geregelt. Inhaltlich ändert sich wenig. Die Vignette kostet weiterhin 40 Franken / Jahr und wird in Form eines Klebers abgegeben. Die Busse für Fahren ohne Vignette wird dagegen von 100 auf 200 Franken erhöht. Anders als der Nationalrat will der Ständerat es dem Finanzdepartement erlauben, die Strafverfolgung an Dritte zu übertragen. Die Vorlage geht zur Differenzvereinbarung zurück an den Nationalrat.
 - › **Kein Poststellenmoratorium:** Der Ständerat hat sich dagegen ausgesprochen, mit der Schliessung von Poststellen zu warten, bis die Revision des Postorganisationsgesetzes abgeschlossen ist. Die kleine Kammer hat einen entsprechenden Vorstoss von Philipp Stähelin (CVP / TG) mit 19 zu 11 Stimmen abgelehnt.
 - › **Positivliste in der Grundversicherung:** Nach geltendem Recht müssen die Krankenkassen alle ärztlichen Leistungen bezahlen, die nicht ausdrücklich von der obligatorischen Grundversicherung ausgeschlossen sind. Urs Schwaller (CVP / FR) fordert mit einer Motion einen Wechsel des Systems hin zu einer Positivliste. Demnach soll im gesetzlichen Leistungskatalog abschliessend aufgeführt werden, was von der Grundversicherung zu bezahlen ist. Bundesrat Couchepin wandte sich in seinem letzten Auftritt im Ständerat gegen den Vorschlag Schwaller, da die Festlegung einer Positivliste einen unverhältnismässigen Verwaltungsaufwand verursachen würde. Couchepin plädierte für einen konsequenteren Ausschluss der Leistungen, welche die WZW-Kriterien der Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit nicht erfüllten. Der Ständerat sprach sich mit 17 zu 13 Stimmen für die Motion aus.
 - › **Verschärfungen im Bürgerrecht:** Die Regeln für die Nichtigerklärung von Einbürgerungen werden verschärft. Wer falsche Angaben macht oder Tatsachen verschweigt, um das Schweizer Bürgerrecht
-

zu erlangen, dem soll dieses künftig während acht Jahren (bisher fünf Jahre) entzogen werden können. Der Ständerat hat als Zweitrat diese Änderungen mit 20 zu 6 Stimmen gutgeheissen.

- › **Ständerat für höhere Integrationsanforderungen:** Der Ständerat will höhere Anforderungen an die Integration von Ausländern in der Schweiz stellen. Er hat zwei Vorstösse aus dem Nationalrat an den Bundesrat überwiesen. Der erste Vorstoss, die fordert, dass Ausländer, die sich erwiesenermassen nicht integrieren wollen, die Niederlassungsbewilligung verlieren und abgeschafft werden können. Der zweite Vorstoss verlangt, dass gute Kenntnisse einer Landessprache sowie eine erfolgreiche Integration als Voraussetzungen für die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts gelten sollen.
- › **Bedenkfrist bei einvernehmlicher Scheidung entfällt:** Im Fall einer einvernehmlichen Scheidung wird die zweimonatige Bedenkfrist abgeschafft. Der Ständerat hat einer entsprechenden Änderung des Zivilgesetzbuches einstimmig (mit 27 Stimmen) zugestimmt und ist damit dem Nationalrat gefolgt.

Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Herbstsession 2009 folgende fünf Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Marktzutritt für Finanzdienstleister ermöglichen:** Bisher wurden in der Schweiz gegenüber der EU gewisse Marktzutritts Hindernisse im Bereich der Finanzmärkte in Kauf genommen, zugunsten einer weitgehenden Regulierungsautonomie. Angesichts der gegenwärtigen Regulierungsbestrebungen ausländischer Behörden und der Gefahr zusätzlicher Marktzutritts Hindernisse ist ein Abkommen für den Marktzutritt mit der EU auszuhandeln. Der Bundesrat wird mit dieser Motion beauftragt, der EU Verhandlungen im Bereich der Finanzdienstleistungen vorzuschlagen. Dies mit dem Ziel, gegenseitig grenzüberschreitende Finanzdienstleistungen zu ermöglichen.
 - › **IV-Sanierung vorantreiben:** Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzgebung im Rahmen der IV-Revision 6b so abzuändern, dass bei Personen mit schwer definierbaren körperlichen oder psychischen Erkrankungen die Leistungen der IV sich auf die Behandlungsqualität und auf die Eingliederungsmassnahmen konzentrieren und eine IV-Rente grundsätzlich nicht ausgesprochen wird. Der IV-Arzt soll in diesen Fällen allein die zweckmässigen Massnahmen entscheiden können.
 - › **Wertschöpfungspotenzial der Biotechnologie:** Der Bundesrat wird mit diesem Postulat beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie die Schlussfolgerungen des soeben erschienenen OECD-Berichtes über die Bedeutung der Biotechnologie bis ins Jahr 2030 durch Massnahmen im Inland und im Verhältnis der Schweiz zum Ausland (im Zusammenhang mit Entwicklungshilfe, Forschung, Innovation und Handel) umgesetzt werden können.
 - › **Gesunder Menschenverstand bei der Kinderbetreuung:** Der Entwurf für die neue Kinderbetreuungsverordnung aus dem Justizdepartement ist mit vielen Fehlern behaftet und schiesst weit über das Ziel. Die Eltern - und nicht die Behörden - sollen selbstständig und verantwortungsbewusst entscheiden können, wie und von wem ihre Kinder betreut werden sollen. Es ist nicht Aufgabe des Staates und der Behörden sein, in die vielfältigsten Lebenssituationen einzugreifen und diese bis ins letzte Detail zu regeln, vor allem wenn die wichtigsten Grundsätze des Kindeswohls bereits in den vorhandenen Gesetzesbestimmungen geregelt sind. Die Fraktion FDP-Liberale stellt dem Bundesrat in dieser Interpellation kritische Fragen zur geplanten Kinderbetreuungsverordnung.
 - › **eHealth-Strategie rasch umsetzen:** Die Umsetzung der eHealth-Strategie Schweiz soll das schweizerische Gesundheitswesen in das digitale Zeitalter führen, mehr Sicherheit und Qualität schaffen und zur Stabilisierung der Gesundheitskosten beitragen. Im Rahmen der Anhörung zum Bericht aus den Teilprojekten der eHealth-Strategie Schweiz wurde unter anderem auch die Frage der notwendigen Rechtsgrundlagen auf Stufen Bund und Kantone erörtert. Vor diesem Hintergrund bittet die Fraktion FDP-Liberale den Bundesrat um die Beantwortung mehrerer Fragen.
-

Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende zwölf Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 180 zu 9 Stimmen und mit 38 zu 0 Stimmen die Änderung des Zivilgesetzbuches, mit der die Bedenkfrist bei einvernehmlicher Scheidung abgeschafft wird.
 - › Mit 131 zu 63 Stimmen und mit 30 zu 9 Stimmen die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes, mit der die Frist zur Nichtigerklärung erschlichener Einbürgerungen von fünf auf acht Jahre verlängert wird.
 - › Mit 114 zu 61 Stimmen und mit 40 zu 0 Stimmen die Verfassungsbestimmung über die Forschung am Menschen.
 - › Mit 116 zu 67 Stimmen und mit 26 zu 8 Stimmen das MEDIA-Programm 2007-2013 (Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft).
 - › Mit 130 zu 50 Stimmen und mit 30 zu 6 Stimmen den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)“ empfiehlt.
 - › Mit 142 zu 41 Stimmen und mit 30 zu 3 Stimmen den Bundesbeschluss, der Volk und Ständen die Ablehnung der Volksinitiative „Gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen“ empfiehlt.
 - › Mit 196 zu 0 Stimmen und mit 40 zu Stimmen die Teilrevision des Forschungsgesetzes.
 - › Mit 106 zu 88 Stimmen und mit 40 zu 0 Stimmen die Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte, nach der Initianten ein Volksbegehren künftig unter Vorbehalt zurückziehen können, dass ein indirekter Gegenvorschlag auf Gesetzesstufe effektiv in Kraft tritt.
 - › Mit 189 zu 0 Stimmen und mit 37 zu 0 Stimmen die Gesetzesänderung, gemäss der die Folgen der kalten Progression bei der direkten Bundessteuer ab 2011 jährlich ausgeglichen werden.
 - › Mit 156 zu 28 Stimmen und mit 37 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz zur steuerlichen Entlastung von Familien mit Kindern.
 - › Mit 101 zu 93 Stimmen und mit 31 zu 5 Stimmen das befristete Bundesgesetz betreffend die konjunkturellen Stabilisierungsmassnahmen.
 - › Mit 133 zu 56 und 40 zu 0 Stimmen die Verordnung der Bundesversammlung, mit der die Zahl der Richterstellen am Bundesverwaltungsgericht im Zusammenhang mit den Amtshilfegesuchen der USA um maximal fünf erhöht wird.
-

2.6. Wintersession 2009 (23. November bis 11. Dezember 2009)

Von Jon A. Fanzun, Fraktionssekretär

Die Wintersession stand im Zeichen der Beratungen des Budgets 2010. Während der Ständerat dieses Geschäft zügig beraten hat, dauerte die Budgetdebatte im Nationalrat über 14 Stunden. Das definitive Budget wich trotz dieser langen Beratungszeit wenig vom Entwurf des Bundesrates ab.

Das Parlament verabschiedete in der Wintersession unter anderem das Kulturförderungsgesetz, den Bundesbeschluss zur eidgenössischen Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ (inklusive einem indirekten Gegenvorschlag), die Revision des Sachenrechts sowie die Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmer (BVG-Teilrevision). Dagegen konnte die KVG-Revision in der Wintersession nicht bereinigt werden. Nicht behandelt wurde ferner die 11. AHV-Revision.

Der Nationalrat hat in der Wintersession die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Sinne der FDP-Liberalen beraten und beschlossen. Des Weiteren beschloss der Nationalrat eine Erhöhung der Wasserzinsen, lehnte eine Neuordnung der Aufsicht der Bundesanwaltschaft ab und sprach sich gegen Gratis-Werbespots für Parteien in Radio und TV aus. Schliesslich lehnte es die grosse Kammer ab, drei Umsetzungsprotokolle zur Alpenkonvention zu genehmigen.

Der Ständerat hat sich in der Wintersession mit der Ausschaffungsinitiative der SVP beschäftigt, wies die Vorlage unter dem Eindruck der Abstimmung über die Anti-Minarett-Initiative zu einer vertieften Überprüfung aber an die vorberatende Kommission zurück. Die kleine Kammer verlängerte des Weiteren das Gentsch-Moratorium um drei Jahre, revidierte das Post- sowie das Postorganisationsgesetz, sprach sich für die Wiedereinführung der Buchpreisbindung aus und beschloss eine Minirevision des Militärgesetzes.

Bilanz aus der Sicht der Fraktion FDP-Liberale (Fraktion RL)

- › Die Revision der Arbeitslosenversicherung wurde dank einem Schulterschluss der bürgerlichen Fraktionen im Sinne der Fraktion FDP-Liberale beraten und beschlossen.
 - › Entgegen dem Willen der Fraktion RL beschloss der Nationalrat, die Bundesanwaltschaft weiterhin durch den Bundesrat beaufsichtigen zu lassen.
 - › Gegen den Willen der Fraktion FDP-Liberale wurde im Rahmen der Vorlage zur Erhöhung der Wasserzinsen eine Erhöhung der Einspeisevergütung für erneuerbare Energien beschlossen.
 - › Der Ständerat verlängerte das Gentsch-Moratorium gegen den Willen der FDP-Liberalen um weitere drei Jahre.
 - › Der Ständerat beschloss die Wiedereinführung der Buchpreisbindung; entgegen der Meinung der FDP-Liberale Fraktion.
 - › Der Ständerat konnte sich im Rahmen der Revision des Postgesetzes nicht zu einer Liberalisierung des Briefmarktes durchringen, wie ihn die *FDP.Die Liberalen* fordern.
 - › Im Sinne der Fraktion RL lehnte der Nationalrat die Vorlage „faire Abstimmungskampagnen“ ab.
 - › Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Wintersession 11 Fraktionsvorstösse erarbeitet und eingereicht.
-

Vereinigte Bundesversammlung

- › **Bundespräsidium gewählt:** Die Vereinigte Bundesversammlung wählte Bundesrätin Doris Leuthard mit 158 von 183 gültigen Stimmen zur neuen Bundespräsidentin. Neuer Vizepräsident ist Bundesrat Moritz Leuenberger. Er erzielte lediglich 128 von 187 gültigen Stimmen, ein im historischen Vergleich sehr mageres Resultat.
- › **Richterwahlen:** Die Vereinigte Bundesversammlung hat Thomas Stadelmann (CVP) mit 169 von 194 gültigen Stimmen zum neuen Bundesrichter gewählt. Er ersetzt den im März 2010 zurücktretenden Robert Müller (CVP). Des Weiteren hat die Bundesversammlung zwei bis Oktober 2011 befristete Stellen am Bundesverwaltungsgericht besetzt. Diese wurden bewilligt, um damit die Beschwerden im Zusammenhang mit dem Amtshilfesuch der USA in der UBS-Steueraffäre bewältigen zu können. Die Bundesversammlung wählte Daniel de Vries Reilingh (SP) sowie Charlotte Schoder (CVP) in diese Ämter.

Geschäfte beider Räte

- › **Budget 2010 und Nachtrag 2009 genehmigt:** Der Ständerat beugte sich als Erstrat über das Budget 2010 und hiess dieses einstimmig gut. Gegenüber dem Bundesrat nahm die kleine Kammer nur wenige Änderungen vor. So erhöhte der Rat die Mittel für die Denkmalpflege und reduzierte die budgetierte Steigerung des Personalaufwands der Bundesverwaltung um ein Prozent (40 Millionen Franken). Während das Budget im Ständerat zu relativ wenigen Diskussionen Anlass gab, debattierte der Nationalrat während über 14 Stunden das Budget. Die Volkskammer schuf dabei einige Differenzen zum Ständerat. So reduzierte die grosse Kammer – entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion – die Mittel für eine Public-Affairs Kampagne von Präsenz Schweiz in den USA. In der zweiten Runde der Differenzbereinigung folgte der Ständerat grösstenteils den Anträgen des Nationalrats. So wurden unter anderem die Beraterhonorare im Departement für Umwelt, Verkehr, Kommunikation und Energie (UVEK) reduziert. Beim Kredit für das Bundespersonal schloss sich der Nationalrat dem Ständerat an und kürzte den Kredit um 40 Millionen Franken.
Das Budget sieht nach den Beratungen im Parlament Einnahmen von 58,2 Milliarden Franken sowie Ausgaben von 60,7 Milliarden Franken vor. Daraus resultiert ein Defizit von 2,5 Milliarden Franken. Damit werden die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten, was für die Fraktion FDP-Liberale die Bedingung für die Unterstützung des Budgets war. Der Nationalrat hat des Weiteren eine Motion der SP-Fraktion, welche die Schuldenbremse ausgehebelt hätte, klar abgelehnt (mit 114 zu 58 Stimmen). Angenommen wurde auch ein Nachtragskredit zum Budget 2009 im Umfang von 450 Millionen Franken. Darunter befinden sich 84 Millionen für Massnahmen gegen die Grippe-Epidemie. Dieser Budgetposten wurde von links und rechts kritisiert. Dennoch stimmte der Nationalrat dem Nachtragskredit mit 131 zu 36 Stimmen deutlich zu.
 - › **Finanzplan 2011-2013 mit düsteren Zahlen:** Die Räte haben neben dem Budget den Finanzplan 2011-2013 zur Kenntnis genommen. Gemäss den Prognosen steigen die Defizite in den Jahren 2011-2013 auf jeweils über 4 Milliarden Franken an. Der Korrekturbedarf gemäss Schuldenbremse beträgt somit zwischen 2,5 Milliarden (2011) und 4 Milliarden Franken (2013). Hauptursache ist das Ausgabenwachstum, das deutlich über dem prognostizierten Einnahmenwachstum liegt. Sofern keine Gegenmassnahmen ergriffen werden, werden unabhängig vom Konjunkturverlauf Defizite anfallen, die nicht der Schuldenbremse entsprechen. Darum ist es besonders wichtig, dass das Reformprojekt „Aufgabenüberprüfung“ konsequent vorangetrieben wird. Die Fraktion FDP-Liberale hat hierzu einen Vorstoss eingereicht, in welchem der Bundesrat aufgefordert wird, bis März 2010 eine Verzichtsplannung im Umfang von mindestens 2,5 Milliarden Franken vorzulegen.
 - › **Massnahmenpaket im Gesundheitswesen:** Der Ständerat hat in der Wintersession die vom Nationalrat in der Herbstsession beschlossenen dringlichen Massnahmen beraten. Dabei beschloss der Ständerat, aus den dringlichen und befristeten Massnahmen eine ordentliche Revision zu machen sowie eine Managed-Care Vorlage vorzulegen. In einigen Punkten ist der Ständerat dem Nationalrat gefolgt. Wie der Nationalrat verzichtet auch der Ständerat mit 22 zu 17 Stimmen darauf, die Kantone im ambulanten Bereich tätig werden zu lassen. Auch sollen keine zusätzlichen Prämienverbilligungen verteilt werden. In einigen anderen Punkten wich der Ständerat aber von der Linie des Nationalrats ab. Ein Obligatorium für einen 24-Stunden-Telefondienst wurde mit 27 zu 12 Stimmen abgelehnt. Bei den Medikamentenpreisen entschied sich die kleine Kammer für ein weitergehendes Substitutionsmodell
-

als dasjenige des Nationalrats. Im Sinne von Bundesrat Didier Burkhalter, der seinen bundesrätlichen Einstand vor dem Parlament gab, entschied der Ständerat, einen Teil der Vorlage auszugliedern, um diesen mit der im Nationalrat hängigen Managed-Care-Vorlage zu verbinden. In diesem Teil der Vorlage sprach sich der Ständerat deutlich (mit 20 zu 6 Stimmen) für einen differenzierten Selbstbehalt aus. Wer sich nicht einem Managed-Care- oder Hausarzt-Modell anschliesst, soll statt der heutigen 10 neu 20 Prozent Selbstbehalt bezahlen.

Im Differenzbereinigungsverfahren hielt die grosse Kammer entgegen dem Beschluss des Ständerats und entgegen dem Willen der FDP-Liberalen an der Dringlichkeit fest, womit die Massnahmen bis 2013 befristet wären. Dementsprechend belies der Nationalrat auch die Massnahmen zum differenzierten Selbstbehalt in den Sofortmassnahmen, statt sie in die Managed-Care-Vorlage auszugliedern. Im Sparpaket verbleiben somit fünf Massnahmen mit einem Sparpotenzial von rund 240 Millionen Franken. Angesichts der Beschlüsse des Nationalrats entschied der Ständerat, die Differenzen bei den Sofortmassnahmen nicht mehr in der Wintersession zu beraten. Die Vorlage wird nun – zusammen mit der in der nationalrätlichen Kommission hängigen Managed-Care-Vorlage – in der Frühlingssession fertig beraten.

- › **Kulturförderungsgesetz bereinigt:** Das neue Kulturförderungsgesetz ist endlich bereinigt. In der Wintersession wurden die letzten Differenzen ausgeräumt. Dabei hat sich der Nationalrat bei der Aufgabenteilung zwischen dem Bundesamt für Kultur und der Stiftung Pro Helvetia dem Ständerat angeschlossen. Verzichtet wird auch auf die spezielle Erwähnung der „Volkskultur“. Die strategischen Ziele von Pro Helvetia werden vom Bundesrat festgelegt. In der letzten Differenz schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an. Dabei ging es um die Koordination der kulturellen Engagements im Ausland.
 - › **Gegenentwurf zur Renaturierungsinitiative bereinigt:** Der indirekte Gegenvorschlag zu der vom Fischereiverband lancierten Volksinitiative „Lebendiges Wasser“ ist von den Räten verabschiedet worden. Der Ständerat hat diskussionslos die letzten Differenzen zum Nationalrat ausgeräumt. Die Revision bezweckt einen Kompromiss zwischen dem Schutz und der Nutzung der Gewässer. Die Finanzierung erfolgt aus allgemeinen Steuermitteln und einem Strompreiszuschlag von 0,1 Rappen pro Kilowattstunde. Die Initiative wurde bereits früher von beiden Räten zur Ablehnung empfohlen. Angesichts des Gegenvorschlags wollen die Initianten ihr Volksbegehren zurückziehen.
 - › **Zustimmung zu Kredit für WTO-Umbau:** Seit rund einem Jahr beschäftigt sich das Parlament mit der Forderung der Welthandelsorganisation (WTO), die Schweiz möge sich am Umbau des WTO-Sitzes in Genf beteiligen. Für eine erste Bauetappe wurde bereits ein Kredit von 45 Millionen Franken gesprochen. In der Wintersession ging es um ein zinsloses Darlehen von 20 Millionen Franken. Stein des Anstosses und Gegenstand hitziger Debatten waren die Honorarkosten, die mit rund 21 Prozent des Kredits veranschlagt sind. Der Nationalrat verzichtete darauf, im Gesetzestext eine konkrete Beschränkung der Honorarkosten zu fixieren. Stattdessen belies er es bei der Formulierung, dass die Honorarkosten zu senken seien. Der Kredit wurde mit 122 zu 56 Stimmen genehmigt. In der Differenzbereinigung schloss sich der Ständerat dem Nationalrat an und stimmte dem Kredit einstimmig (mit 35 Stimmen) zu.
 - › **Weiterhin keine Einigung beim Nationalstrassenabgabegesetz:** Der Nationalrat hat es wegen einer Koalition von SP und SVP mit 89 zu 65 Stimmen abgelehnt, dem Finanzdepartement zu erlauben, die Kontrolle und Strafverfolgung an Dritte auszulagern. Der Ständerat hält diese Möglichkeit ganz im Sinne der FDP für sinnvoll und unbedenklich. Entsprechend hielt der Ständerat mit 28 zu 11 Stimmen an der Position fest, wonach die Kontrolle und Strafverfolgung an den Autobahngrenzübergängen an Dritte (etwa Securitas) übertragen werden darf. Die Vorlage geht damit ein weiteres Mal zurück an den Nationalrat.
 - › **Erhöhung der Fraktionsbeiträge:** Der Nationalrat hatte in der Herbstsession die Beiträge an die Fraktionen um rund 900'000 Franken angehoben. Die Erhöhung lässt sich durch die zunehmende Komplexität und Beschleunigung der politischen Prozesse und die gestiegenen Anforderungen an die Gesetzgebungsarbeit begründen. Der Ständerat hat diese Beiträge in der Wintersession entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion deutlich erhöht (um jährlich 2,6 Millionen Franken). Der Nationalrat folgte in der Differenzbereinigung der kleinen Kammer und sprach sich mit 98 gegen 75 Stimmen für die Erhöhung der Beiträge aus.
 - › **Visa-Informationssystem gutgeheissen:** Das Parlament hat die Übernahme des Visa-Informationssystems als Zweitrat gutgeheissen. Eine zentrale Visa-Datenbank soll das Visa-Shopping verhindern, die Identität der Berechtigten überprüfbar machen, den Betrug bekämpfen sowie den Datenschutz
-

stärken. Einzig die SVP lehnte diese Gesetzesanpassung ab, die aufgrund des von den Stimmbürgerinnen und -bürgern angenommenen Schengen-Übereinkommens notwendig geworden ist.

- › **Anpassung des Waffenrechts:** Im Rahmen der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstandes muss das schweizerische Waffenrecht angepasst werden. Der Nationalrat hielt im Differenzbereinigungsverfahren zwei Mal an der Position fest, wonach der Verleih von Sportwaffen durch Schützenvereine nicht bewilligungspflichtig sein soll. Zudem sollten nicht markierte Waffen nur beim grenzüberschreitenden Verkehr, nicht aber im Inland beschlagnahmt werden können. In der Einigungskonferenz setzte sich letztlich die Position des Ständerats durch. Demnach brauchen erwachsene Schützen, die eine Waffe ausleihen, einen Erwerbsschein, und nicht korrekt markierte Waffen können auch im Inland beschlagnahmt werden. Der Nationalrat stimmte dem entsprechenden Antrag der Einigungskonferenz mit 107 zu 57 Stimmen zu.
- › **Sachenrecht bereinigt:** Der Ständerat hat die letzten Differenzen bei der Teilrevision des Sachenrechts bereinigt. Die Vorlage sieht die Einführung des papierlosen Register-Schuldbriefs vor. Die letzte Differenz betraf die kantonalen Leistungskataster. Diese werden nicht als parallele Register neben dem Grundbuch zugelassen.
- › **Revidiertes Lugano-Übereinkommen angenommen:** Die beiden Räte haben ohne nennenswerte Opposition den Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung des revidierten Übereinkommens von Lugano angenommen. Das Abkommen regelt die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.

Geschäfte des Nationalrats

- › **Nationalratspräsidium gewählt:** Der Nationalrat hat mit 174 von 182 gültigen Stimmen Pascale Bruderer (SP / AG) zur Nationalratspräsidentin gewählt. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Jean-René Germanier (FDP / VS) gewählt. Auch er erzielte mit 170 von 177 gültigen Stimmen ein Spitzenresultat. Germanier wird turnusgemäss im Jahr 2011 das Präsidium übernehmen. Neuer zweiter Vizepräsident ist Hansjörg Walter (SVP / TG). Er erhielt 149 von 165 gültigen Stimmen.
- › **Debatte Milchpreis und Landwirtschaftspolitik:** Der Nationalrat führte eine von der SVP-Fraktion verlangte ausserordentliche Session zum Thema „Milchpreis und Landwirtschaftspolitik“ durch. Neben dem aktuellen Thema der Regulierung der Milchmenge stand die allgemeine Landwirtschaftspolitik der Schweiz zur Debatte. In einer mehrstündigen Debatte wurden rund 40 Vorstösse debattiert, die im Zusammenhang mit der Krise auf dem Milchmarkt und mit den Liberalisierungsvorhaben des Bundesrates eingereicht worden waren. Der agrarpolitische Kurs der Schweiz wurde dabei klar bestätigt. So wurden die protektionistischen Vorstösse, die grossmehrheitlich aus den Reihen der SVP stammten, abgelehnt. Der Nationalrat erteilte insbesondere der SVP-Forderung, die Agrarverhandlungen mit der EU abzubrechen, eine deutliche Abfuhr. Dies ganz im Sinne der FDP-Liberale Fraktion, die sich klar zu diesen Verhandlungen bekennt und die Liberalisierung befürwortet. Ebenfalls chancenlos blieb ein völlig unrealistischer Vorstoss von Luzi Stamm (SVP / AG), das Agrardossier aus den WTO-Verhandlungen auszuklammern. Im Unterschied zum Nationalrat dauerte die Diskussion zum Milchpreis und zur Landwirtschaftspolitik im Ständerat nur wenige Minuten, da keine Vorstösse vorlagen.
- › **Schulterschluss bei der Arbeitslosenversicherung:** In der vorberatenden Kommission war die Revision der Arbeitslosenversicherung noch an einer unheiligen Allianz gescheitert. Im Nationalratsplenum war die Situation anders. Die bürgerlichen Fraktionen verständigten sich auf eine reduzierte Beitragserhöhung und versetzten damit SP und Grüne in die Minderheit. Der Rat trat mit 126 zu 60 Stimmen auf die Vorlage ein und lehnte linke Rückweisungsanträge ab. Die Arbeitslosenversicherung soll gemäss dem Willen des Nationalrats auf der Ausgabenseite um rund 700 Millionen Franken, auf der Einnahmenseite um rund 650 Millionen Franken verbessert werden. Der Rat beschloss, dass unter 30-Jährige auch Arbeiten annehmen müssen, die nicht ihrer bisherigen Qualifikation entsprechen. Die umstrittenste Differenz zum Ständerat schuf der Nationalrat bei der Höhe der Taggelder. Mit 93 zu 88 Stimmen hiess die grosse Kammer einen Antrag von Johann Schneider-Ammann (FDP / BE) gut, wonach die Entschädigung nach einem Jahr (260 Tage) um 5 Prozent und nach 330 Tagen nochmals um 5 Prozent gekürzt wird. Bei der Bezugsdauer schloss sich der Nationalrat den Beschlüssen des Ständerats an. Ein Antrag von Peter Spuhler (SVP / TG), die Beitragsdauer in allen Kategorien markant zu kürzen, wurde deutlich mit 132 zu 51 Stimmen verworfen. Auf der Beitragsseite beschloss der Nationalrat eine Erhöhung der Beiträge von 2 auf 2,2 Lohnprozente. Auf höheren, nicht versicherten

Einkommen von 126'000 bis 350'000 Franken wird zudem ein Solidaritätsprozent erhoben. Die Vorlage geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.

- › **Nationalrat beschliesst Erhöhung der Wasserzinsen:** Der Nationalrat hat eine Erhöhung der Wasserzinsen für die Wasserkraftkantone beschlossen. Die Wasserzinsen waren letztmals 1997 angehoben und auf maximal 80 Franken pro Kilowatt Bruttoleistung festgesetzt worden. Nach dem Willen des Gesetzgebers können sie nun ab 2011 auf bis maximal 100 Franken und ab 2016 auf bis 110 Franken erhöht werden. Diese Variante, welche der Ständerat vorgeschlagen hatte, setzte sich gegen einen Antrag für eine geringere Erhöhung der Wasserzinsen mit 105 zu 75 Stimmen durch. Umstrittener als die Erhöhung der Wasserzinsen ist der zweite Teil der Vorlage, der in der kleinen Kammer noch kein Thema gewesen war. Nach dem Willen der nationalrätlichen Kommission sollte der erst Anfang Jahr eingeführte Preiszuschlag für die Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien maximal verdoppelt werden (von derzeit 0,6 auf 1,2 Rappen pro Kilowattstunde). Entgegen dem Willen der FDP-Liberale Fraktion trat der Nationalrat auf diesen zweiten Teil der Vorlage ein. Ein Nichteintretensantrag unterlag mit 112 zu 65 Stimmen. In der Detailberatung setzte sich aber der Antrag Leutenegger (FDP / ZH) mit 99 zu 93 Stimmen durch, welcher den Zuschlag auf 0,9 Rappen pro Kilowattstunde beschränkt. In der Gesamtabstimmung wurde die Vorlage mit 135 zu 49 Stimmen angenommen. Sie geht nun an den Ständerat, welcher über diese Erhöhung der Einspeisevergütung zu befinden hat.
 - › **Nationalrat lehnt Neuregelung der Aufsicht über Bundesanwaltschaft ab:** Als Folge der neuen schweizerischen Strafprozessordnung, die 2010 in Kraft treten soll, muss auch die Organisation der Strafbehörden des Bundes angepasst werden. Der umstrittenste Punkt der Vorlage betrifft die Aufsicht über die Bundesanwaltschaft. Der Ständerat hatte im Sinne der FDP-Liberalen vorgeschlagen, den Bundesanwalt von der Bundesversammlung wählen zu lassen und die Aufsicht der Bundesanwaltschaft einer gemischten unabhängigen Behörde zu überantworten. Der Nationalrat hat dieses auch von der Rechtskommission des Nationalrats favorisierte Modell mit 95 zu 82 Stimmen abgelehnt. Eine ungewöhnliche Koalition aus SVP, BDP, CVP (die das neue Modell im Ständerat und in der Kommission noch unterstützt hatte) und vereinzelt Grünen lehnte die Neuregelung der Aufsicht ab. Nach dem Willen dieser Mehrheit soll die Aufsicht beim Bundesrat bleiben. Die Vorlage geht zur Bereinigung der Differenzen zurück an den Ständerat.
 - › **Keine Gratis-Werbespots für Parteien:** Der Nationalrat hat mit 119 zu 58 Stimmen Nichteintreten auf eine parlamentarische Initiative von Andreas Gross (SP / ZH) beschlossen. Diese Initiative verlangt gesetzliche Rahmenbedingungen für faire Abstimmungskampagnen und die Stärkung der Position der Parteien als Träger der politischen Meinungsbildung. Gemäss dem Vorschlag sollten Referendumskomitees und Parteien die Möglichkeit erhalten, Gratiswerbespots in Radio und Fernsehen zu schalten. Die Vorlage wurde im Sinne der Fraktion FDP-Liberale abgelehnt, denn diese hätte zu einer Diskriminierung von Komitees geführt und hätte einen verzerrenden Eingriff in die politische Meinungsbildung bedeutet.
 - › **Ja zu Freihandelsabkommen:** Der Nationalrat hat im Sinne der Fraktion FDP-Liberale das Freihandelsabkommen mit den arabischen Golfstaaten mit 97 zu 52 Stimmen genehmigt. Dieses Abkommen ist wirtschaftlich gesehen das dritt wichtigste Freihandelsabkommen (nach den Verträgen mit der EU und mit Japan). Das Abkommen soll den Marktzugang in Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudiarabien sowie den Arabischen Emiraten verbessern.
 - › **Bildungsaustausch mit der EU:** Gemäss dem Willen des Nationalrats soll sich die Schweiz aktiver an den Bildungs-, Berufsbildungs- und Jugendprogrammen der EU beteiligen. Hierzu wird eine Agentur geschaffen, die von der CH-Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit aufgebaut wird. Der Nationalrat stimmte im Sinne der Fraktion FDP-Liberale dem Kredit von 111 Millionen Franken für die Jahre 2011-2013 deutlich zu (mit 120 zu 48 Stimmen). Dem deutlichen Entscheid war allerdings eine hitzige Debatte vorangegangen, in welcher mehrere SVP-Vertreter sachfremde Argumente einbrachten und gegen alles ausserhalb der Schweizer Grenze sich Befindende wetterten. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Keine Ratifikation der Protokolle zur Alpenkonvention:** Der Nationalrat hat am letzten Tag der Wintersession die Vorlage zu den Durchführungsprotokollen der Alpenkonvention beraten. Der Ständerat hatte vor rund fünf Jahren drei der neun Protokolle (Verkehr, Boden, Raumplanung) genehmigt. Die Protokolle sind nicht direkt anwendbar, und das bei Streitigkeiten vorgesehene Schiedsgericht kann lediglich Empfehlungen abgeben. Im Nationalrat entbrannte trotz dieser beschränkten Bedeutung
-

der Protokolle eine hitzige Debatte über die Protokolle. Der Nationalrat lehnte die Protokolle schliesslich knapp mit 97 zu 94 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab. Die Vorlage geht damit zurück an die kleine Kammer.

- › **Mehr warme und weniger kalte Betten:** Der Nationalrat hat eine Änderung des Raumplanungsrechts beraten, die das Problem der Zweitwohnungen angeht. Mit der neuen Regelung werden die Kantone verpflichtet, in ihren Richtplänen diejenigen Gebiete zu bezeichnen, in denen besondere Massnahmen notwendig sind, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen sicherzustellen. Dabei beschränkt sich der Bund auf den Erlass von Rahmenbedingungen. Die konkreten Massnahmen zu deren Umsetzung werden den Kantonen überlassen. Im Sinne der FDP-Liberale Fraktion wurde diese Regelung angenommen. Anträge von SP und Grünen, die Kantone explizit zur Festlegung von Kontingenten zu verpflichten, wurden deutlich abgelehnt.
 - › **Nationalrat macht Volksentscheid rückgängig:** Am 17. Mai 2009 hat sich das Schweizer Stimmvolk knapp für die Einführung von biometrischen Pässen und für die Speicherung der Daten in einer zentralen Datenbank ausgesprochen. Der Nationalrat möchte diesen demokratischen Entscheid nun rückgängig machen. Mit 144 zu 41 Stimmen gab der Rat einer parlamentarischen Initiative seiner Staatspolitischen Kommission Folge, wonach der Bund auf die Errichtung der Datenbank verzichten soll. Einzig die FDP-Liberale Fraktion sowie die BDP-Fraktion stimmten gegen dieses fragwürdige Vorgehen der Volksvertreterinnen und -vertreter im Nationalrat.
 - › **Mehr Wettbewerb auf dem Hörgerätemarkt:** Der Nationalrat hat eine parlamentarische Initiative gutgeheissen, die mehr Wettbewerb im Hörgerätemarkt fordert. Demnach soll der Bundesrat dem Parlament eine Vorlage unterbreiten, die im Bereich der Hilfsmittel in der IV und AHV den Markt stärkt und mehr Wettbewerb bringt. Die Motion wurde mit 99 zu 67 Stimmen angenommen. Der Entscheid fiel mit 95 zu 68 Stimmen (SP, Grüne, CVP und BDP stimmten zu, FDP und SVP lehnten ab).
 - › **Vorstösse im Bereich Gesundheitswesen:** Der Nationalrat will die Margen bei Medikamenten nach Vertriebskanälen differenzieren. Die grosse Kammer hat eine entsprechende Motion von Verena Diener (GLP / ZH) an den Bundesrat überwiesen. Ebenfalls überwiesen wurde eine Motion von Felix Gutzwiller (FDP / ZH), der Massnahmen zur Ausmerzung der Masern-Krankheit fordert.
 - › **Minirevision des Namensrechts:** In der Frühlingssession 2009 hatte der Nationalrat die Reform des Namensrechts an die Kommission zurückgewiesen, die das Prinzip der Unveränderbarkeit des Geburtsnamens einführen wollte. Die Kommission erhielt den Auftrag, lediglich die nach EMRK notwendigen Gesetzeskorrekturen vorzunehmen und keine grundsätzliche Reform des Namensrechts vorzulegen. Der Nationalrat stimmte dieser redimensionierten Vorlage mit 104 zu 57 Stimmen zu. Materiell ändert sich insofern nichts, da der Bundesrat bereits anlässlich eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 1994 die Zivilstandsverordnung angepasst hatte. Die entsprechende Änderung (Ausdehnung des Rechts auf Doppelnamen auf den Ehemann) soll gemäss dem Willen des Nationalrats auf Gesetzesstufe verankert werden. Das Thema Namensrecht wird insofern weiter für Debatten sorgen, als dass die Namensregelung weiterhin diskriminierend bleibt. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.
 - › **Wirkungsvolles Kartellrecht:** Der Nationalrat hat sich mit einer Motion zum Thema Kartellrecht von Ständerat Rolf Schweizer (FDP / ZG) beschäftigt. Der Vorstoss bezweckt zum einen, dass vorbeugende Compliance-Programme bei der Bemessung von Sanktionen berücksichtigt werden. Zum anderen soll die wissentliche Missachtung von internen Compliance-Programmen persönlich strafrechtlich verfolgt werden. Der Nationalrat hiess die Motion mit 98 zu 63 Stimmen gut, änderte deren Text allerdings ab. So sollen Compliance-Programme nach dem Willen der grossen Kammer zwar sanktionsmindernd, nicht aber sanktionsausschliessend sein.
 - › **Änderung beim Konkursprivileg:** Der Nationalrat hat mit 117 zu 37 Stimmen als Erstrat einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs zugestimmt. Gemäss der Vorlage sollen die Löhne von Angestellten nur noch bis zum Betrag von 126'000 Franken im Konkursfall in der ersten Klasse privilegiert werden. Für Ansprüche aus Sozialplänen soll unter gewissen Voraussetzungen auch zukünftig das unbeschränkte Konkursprivileg gelten. Die Vorlage geht nun zur Beratung an den Ständerat.
 - › **Attraktivität des Stiftungsstandorts Schweiz:** Der Nationalrat möchte die Attraktivität des Stiftungsstandorts Schweiz verbessern. Dies soll durch verbesserte Rahmenbedingungen für Stiftungen er-
-

reicht werden. Die grosse Kammer hat einen entsprechenden Vorstoss aus dem Ständerat an den Bundesrat überwiesen.

- › **Kinderzulagen für Selbständige:** Gemäss dem Willen des Nationalrats soll die 2006 vom Volk angenommene Regelung für Familienzulagen auf Selbständigerwerbende ausgedehnt werden. Finanziert werden die Zulagen durch einkommensabhängige Beiträge der Selbständigerwerbenden. Die FDP-Liberalen lehnte diese Vorlage ab.
- › **Beziehungen Schweiz-EU:** Der Nationalrat hat ein Postulat von Christa Markwalder (FDP / BE) mit 97 zu 79 Stimmen angenommen. Dieses beauftragt den Bundesrat mit einer Evaluation der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Zudem soll der Bundesrat einen Prioritäten-Katalog mit Massnahmen für die Europapolitik formulieren. Abgelehnt wurde dagegen (mit 126 zu 60 Stimmen) ein SVP-Vorstoss, welcher das eingefrorene EU-Beitritts-gesuch für hinfällig erklären wollte.
- › **Ratifikation der Konvention gegen Verschwindenlassen:** Der Nationalrat verlangt die Ratifikation der internationalen Konvention gegen das Verschwindenlassen von Menschen. Ein entsprechender Vorstoss wurde mit 131 zu 42 Stimmen deutlich angenommen.

Geschäfte des Ständerats

- › **Erika Forster neue Ständeratspräsidentin:** Mit einem Glanzresultat von 43 von 44 gültigen Stimmen wählte der Ständerat Erika Forster (FDP / SG) zur Präsidentin. Mit den gleichen Resultaten wurden Hans-Heiri Inderkum (CVP / UR) zum ersten und Hans Altherr (FDP / AR) zum zweiten Vizepräsidenten des Ständerats gewählt.
 - › **Ausschaffungsinitiative wird vertieft geprüft:** Der Ständerat hat die Ausschaffungsinitiative der SVP unter dem Eindruck des Resultats der Anti-Minarett-Initiative zu einer vertieften Beurteilung an seine Staatspolitische Kommission zurückgewiesen. Die Kommission soll die Gültigkeit der Initiative vertieft prüfen. Zudem soll die Kommission auch die Möglichkeit eines direkten Gegenvorschlags evaluieren. In der Debatte forderte keiner der Votanten eine sofortige Änderung der gegenwärtigen Praxis der Überprüfung von Volksinitiativen. Im Vordergrund stand vielmehr die Frage, ob man dem Stimmvolk einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative unterbreiten sollte. Bisher liegt ein indirekter Gegenvorschlag des Bundesrates vor, welcher von der vorberatenden Kommission unterstützt wird. Mit 30 zu 6 Stimmen erteilte der Ständerat seiner Kommission schliesslich den Auftrag, die Völkerrechtskonformität sowie die Möglichkeit eines direkten Gegenvorschlags vertieft zu prüfen.
 - › **Gentech-Moratorium verlängert:** Die kleine Kammer hat als Erstrat das Gentechnikgesetz beraten. Noch bis Ende November 2010 gilt für die Landwirtschaft das Gentech-Moratorium. Der Ständerat hat entgegen dem Willen der FDP das Moratorium um weitere drei Jahre (bis Ende 2013) verlängert. Der entsprechenden Änderung stimmte der Rat mit 23 zu 14 Stimmen zu. Die Vertreter der FDP-Liberalen setzten sich damit vergeblich für den Forschungs- und Wissenschaftsplatz Schweiz ein. Denn die Verlängerung des Moratoriums setzt ein falsches Signal und die Schweiz droht den Anschluss an die grüne Gentechnik zu verlieren. Die Revisionsvorlage wurde in der Gesamtabstimmung mit 22 zu 13 Stimmen angenommen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat, der die Chance hat, ein Signal für den Forschungsplatz Schweiz auszusenden.
 - › **Steuergerechtigkeitsinitiative abgelehnt:** Der Ständerat hat sich als Erstrat mit der SP-Initiative „Für faire Steuern“ beschäftigt. Die Initiative verlangt eine materielle Steuerharmonisierung und damit eine massive Einschränkung des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen. Neben Mindeststeuersätzen für Einkommen und Vermögen sieht die Initiative auch ein Verbot von degressiven Steuersätzen vor. Die Annahme der Initiative würde die gute Position der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb gefährden und einen Eingriff in das föderale System des Landes bedeuten. Der Vorschlag von Mindeststeuern würde das Staatswesen zudem verteuern, ohne zusätzliche Leistungen zu bringen. Der Ständerat hat dies erkannt und die Initiative deutlich und im Sinne der *FDP. Die Liberalen* mit 30 zu 9 Stimmen abgelehnt.
 - › **Keine weitere Aushöhlung des Bankkundengeheimnisses:** Mit einer Motion fordert Simonetta Sommaruga (SP / BE), dass die kantonalen Steuerbehörden analog zu den ausländischen Instanzen bei begründetem Verdacht auf Steuerhinterziehung Einsicht in die Kundendaten von Banken verlangen können. Diese Forderung entspricht, wie etwa Bundespräsident Hans-Rudolf Merz in der Debatte hinwies, nicht der Schweizer Steuerkultur. Zudem bestünden schon heute genügend Möglichkeiten, an
-

die nötigen Informationen zu gelangen. Durch mehr Zwangsmittel könne man überdies nicht mehr Steuerehrlichkeit erreichen. Der Ständerat folgte dieser Argumentation und lehnte die Motion mit 26 zu 12 Stimmen ab.

- › **Zögerlicher Ständerat bei der Postmarktöffnung:** Der Ständerat hat als Erstrat das Postgesetz beraten, das die Grundversorgung gewährleisten und die weitere Marktöffnung vorbereiten soll. Die kleine Kammer folgte grösstenteils den Anträgen des Bundesrats. Allerdings soll der Briefmarkt nicht wie ursprünglich geplant bis 2012 vollständig liberalisiert werden. Stattdessen schlägt der Ständerat ein zweistufiges Verfahren vor: in einem ersten Schritt soll die Postgesetzgebung revidiert werden. Erst ein Jahr nach Inkraftsetzung der neuen Gesetzgebung soll über die vollständige Marktöffnung entschieden werden. Wie umstritten die Marktöffnung im Ständerat war zeigt die Tatsache, dass ein Antrag Imoberdorf (CVP / VS), alle Bestimmungen zur weiteren Marktöffnung zu streichen, nur äussert knapp mit 20 zu 19 Stimmen abgelehnt wurde. Entsprechend hatte der Antrag von Hans Hess (FDP / OW), das Briefmonopol der Post direkt aufzuheben, in der kleinen Kammer keine Chance. Die Vorlage geht nun zur Beratung an den Nationalrat.
 - › **Postorganisationsgesetz passiert Erstrat:** Neben der Briefmarktöffnung stand im Ständerat auch das Postorganisationsgesetz auf dem Programm. Dieses Gesetz sieht vor, die Schweizerische Post in eine spezialgesetzliche Aktiengesellschaft umzuwandeln, wobei dem Bund eine kapital- und stimmenmässige Mehrheit gesichert wird. Die Postfinance wird gemäss dem Entwurf in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft ausgegliedert, an welcher die Post die Mehrheit halten muss. Postfinance wird zudem der FINMA unterstellt. Der Ständerat erteilte der Idee einer Postbank eine Absage und erteilte Anträgen, die Geschäftstätigkeit der Postfinance im Bereich der Finanzdienstleistungen auszuweiten (Vergabe von Hypothekarkrediten, Firmen- und Privatkrediten) eine deutliche Absage. Aus Sicht der FDP würde eine solche Ausweitung der Geschäftstätigkeit die Privatisierung der Postfinance voraussetzen. Das Postorganisationsgesetz geht nun an den Nationalrat.
 - › **Revision des Energiegesetzes:** Der Ständerat hat als Erstrat die Teilrevision des Energiegesetzes beraten und einstimmig gutgeheissen. Ziel der Neuerungen ist eine verbesserte Energieeffizienz. Der Gebäudeenergieausweis soll demnach landesweit einheitlich ausgestaltet sein. Die Kantone sollen für Information, Beratung, Aus- und Weiterbildung im Gebäudebereich Globalbeiträge erhalten. Die Vorlage geht an den Nationalrat.
 - › **Kein freier Büchermarkt:** Der Ständerat hat sich, wie davor der Nationalrat, für eine Wiedereinführung der 2007 aufgehobenen Buchpreisbindung ausgesprochen; dies gegen den Willen der FDP-Vertreter. Mit 23 zu 15 Stimmen beschloss die kleine Kammer, auf die vom Nationalrat gutgeheissene Vorlage einzutreten. Diese sieht vor, dass die Bücherpreise durch Verleger und Importeure festgelegt werden. Der Bundesrat wandte sich vergeblich gegen die Wiedereinführung der Buchpreisbindung. Auch die Tatsache, dass die Wettbewerbskommission die Buchpreisbindung bereits 1999 als unzulässig taxiert hatte, eine Auffassung, die vom Bundesgericht 2007 bestätigt wurde, beeindruckte die Mehrheit des Ständerates nicht. Die Vorlage geht nun an die vorberatende Kommission des Nationalrats, welche die Details der Vorlage zu beraten hat.
 - › **Ständerat verabschiedet Rechnungslegungsrecht:** Der Ständerat hat als Erstrat das Rechnungslegungsrecht für Unternehmen (der zweite Teil der Vorlage Aktien- und Rechnungslegungsrecht) einstimmig verabschiedet. Dabei hat die kleine Kammer einige Änderungen am Entwurf des Bundesrates vorgenommen. Umstritten war insbesondere, ab welchem Schwellenwert ein Unternehmen eine Jahresrechnung mit Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang vorlegen muss. Der Bundesrat wollte diese Schwelle bei 100'000 Franken Umsatz festlegen. Damit hätte für 170'000 Gesellschaften die Rechnungslegungspflicht gegolten, was von Seiten der KMU-Vertreter kritisiert wurde. Im Ständerat setzte sich schliesslich der Antrag durch, wonach diese Schwelle bei 250'000 Franken Jahresumsatz liegen soll. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.
 - › **Besteuerung von Alleinerziehenden:** Der Ständerat hat es abgelehnt, die Frage der Besteuerung der Alleinerziehenden neu zu prüfen. Mit 18 zu 10 Stimmen lehnte der Rat eine entsprechende Motion der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) ab. Im Rahmen der Revision der Familienbesteuerung hatte das Parlament beschlossen, dass die Kantone Einelternfamilien sowie Konkubinatspaare mit Kindern stärker als verheiratete Paare besteuern dürfen.
 - › **Landschaftsfonds verlängert:** Der Ständerat hat den 1991 aus Anlass des 700-Jahr-Jubiläums der Eidgenossenschaft gegründeten Fonds „Landschaft Schweiz“ ein zweites Mal um 10 Jahre verlängert. Der Fonds soll mit 50 Millionen Franken gespeist werden. Der Bundesrat hatte sich aus finanzpoliti-
-

schen Überlegungen gegen eine Verlängerung ausgesprochen. Der Ständerat sprach sich dennoch deutlich mit 25 zu 8 Stimmen für die Vorlage aus. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

- › **Stempelsteuer-Revision:** Mit 23 zu 0 Stimmen hat der Ständerat eine Stempelsteuer-Revision beschlossen. Mit dieser sollen ausländische Banken und Börsenagenten, die Mitglieder der Schweizer Börse sind, von der Stempelsteuer befreit werden. Damit soll das Handelsvolumen in der Schweiz gehalten bzw. aus dem Ausland zurückgeholt werden. Unter dem Strich sollte sich die Reform positiv auf die Steuereinnahmen auswirken.
- › **Mini-Militärgesetzrevision:** Der Ständerat hat als Erstrat eine Mini-Revision des Militärgesetzes verabschiedet. Im Zentrum der Vorlage stehen neue Bestimmungen zur Überprüfung von Kaderanwärtern sowie zum Verkauf von militärischen Immobilien und zu gewerblichen Leistungen des VBS an Dritte. Die Vorlage umfasste damit lediglich die unbestrittenen Teile der Militärgesetzrevision. Namentlich das Obligatorium für Ausbildungsdienste im Ausland, das in der Sommersession 2009 am Widerstand der SVP, SP und Grünen gescheitert war, wurde nicht mehr dem Rat vorgelegt. Ein Antrag, die Vorlage an den Bundesrat zurück zu weisen, um diese gründlich zu überarbeiten, wurde mit 21 zu 19 knapp abgelehnt. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.
- › **Kohäsionsbeitrag für Rumänien und Bulgarien:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einen Kredit von 257 Millionen Franken zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Rumänien und Bulgarien bewilligt. Die Schweiz gewährt den Beitrag im Rahmen der Osthilfe und der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit. Für Projekte in Rumänien sind 181 Millionen, für solche in Bulgarien 76 Millionen Franken vorgesehen.
- › **BVG-Revision teilweise bereinigt:** Die BVG-Reform umfasst zwei Teile. Der erste Teil beinhaltet die Kantonalisierung der direkten Aufsicht sowie die Stärkung der Oberaufsicht durch die Schaffung einer eidgenössischen Oberaufsichtskommission. Im zweiten Teil geht es um Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarktbeteiligung von älteren Arbeitnehmern. Der Ständerat hat sich als Zweitrat mit der Revision befasst. Dabei hat er die letzten Differenzen bei der Arbeitsmarktbeteiligung älterer Arbeitnehmenden bereinigt. Noch nicht bereinigt ist dagegen der erste Teil der Revision betreffend die Aufsicht. Diese Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat.
- › **Strafrechtsrevision im Ständerat:** Der Nationalrat hatte sich im Sommer 2009 für rasche Änderungen und Verschärfungen des Strafrechts ausgesprochen. Der Ständerat hat sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen. Er wandelte mehrere vom Nationalrat gutgeheissene Motionen in Prüfungsaufträge um. Dabei wurde argumentiert, dass zwar eine Analyse des neuen, seit 2007 in Kraft getretenen Strafrechts notwendig sei. Diese Arbeiten müssten aber in Ruhe erfolgen und sollten nicht übers Knie gebrochen werden. Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf erklärte, dass ihr Departement die Problematik intensiv bearbeite und dem Parlament bald Änderungsvorschläge unterbreiten werde.
- › **Verlängerung des Aufenthalts von Studenten:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einer Motion zugestimmt, welche verlangt, dass die Aufenthaltsdauer für ausländische Studenten über die derzeit vorgesehenen acht Jahre hinaus verlängert werden kann.
- › **Kredit für die Rhonekorrektur:** Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einem Kredit von 169 Millionen Franken für erste Etappe der dritten Rhonekorrektur für die Jahre 2009 bis 2014 zugestimmt. Das Projekt erstreckt sich über 30 Jahren und dürfte Kosten von insgesamt 1,6 Milliarden Franken verursachen.

Vorstösse der Fraktion FDP-Liberale

Die Fraktion FDP-Liberale verabschiedete in der Wintersession ein Positionspapier zur Aufwandbesteuerung (Pauschalbesteuerung). Für die Fraktion ist diese Besteuerungsart wichtig. Sie führt zu jährlichen Steuererträgen von 600 Mio. Franken, d.h. ebenso viel wie der automatische Ausgleich der kalten Progression 2011 die Steuerzahler entlasten wird, und schafft 22'500 Arbeitsstellen. Die Fraktion befürwortet allerdings eine Harmonisierung der Besteuerungsregeln, um die politisch zu tiefe Besteuerung in gewissen Kantonen anzugleichen, und unterstützt deshalb generell die Vorschläge der Finanzdirektorenkonferenz.

Die Fraktion FDP-Liberale hat in der Wintersession 2009 folgende elf Fraktionsvorstösse eingereicht:

- › **Abschaffung der Stempelsteuer:** Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die Fraktion die schrittweise Abschaffung der Stempelsteuer. Diese ist ein gravierender Wettbewerbsnachteil des Finanzplatzes Schweiz. Sie bremst nicht nur die Finanzbranche, sondern die gesamte schweizerische Volkswirtschaft. Die Abschaffung der Stempelsteuer würde die Attraktivität des Finanzplatzes verbessern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken.
- › **Nationale Integrationsstrategie:** Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die Fraktion eine nationale Integrationsstrategie mit nationalen Integrationsstandards. Die Schweiz braucht als Wirtschaftsstandort eine offene Migrationspolitik, die wiederum eine aktive Integrationspolitik erfordert. Diese braucht nationale Standards und soll durch ein Rahmengesetz geregelt werden.
- › **Aufgabenüberprüfung vorantreiben:** Mit einer Motion beauftragt die Fraktion FDP-Liberale den Bundesrat, dem Parlament bis März 2010 im Rahmen der Aufgabenüberprüfung eine Verzichtsplannung vorzulegen, die mindestens einen Umfang von 2.5 Milliarden Franken hat.
- › **Kostentransparenz bei Vorstössen:** Mit einer parlamentarischen Initiative fordert die Fraktion mehr Kostentransparenz bei parlamentarischen Vorstössen. Um dies zu erreichen, sollen die Kosten der Beantwortung eines Vorstosses standardmässig in der Antwort des Bundesrates ausgewiesen werden.
- › **Ausbildungsoffensive im Bereich der Pflege:** Mit einer Motion wird der Bundesrat beauftragt, zusammen mit Partnern, die bereits heute im Weiterbildungs- und Ausbildungswesen im Pflegebereich federführend sind, ein zertifiziertes Weiterbildungsangebot zu gewährleisten sowie bis 2011 flächendeckend eine 2-jährige zertifizierte Attestausbildung „Praktikerin/Praktiker Gesundheit und Betreuung EBA“ einzuführen.
- › **Eigenverantwortung stärken durch Wahlfranchise:** Der Bundesrat wird mit einer Motion beauftragt, die Krankenversicherungsverordnung anzupassen. Es sollen Versicherungsformen zugelassen werden, bei denen die Versicherten sich in stärkerem Ausmass an den Kosten beteiligen können als bisher. Die Versicherer sollen Wahlfranchisen in verschiedenen Abstufungen mit einer Obergrenze von CHF 3'000 (bisher: maximal CHF 2'500) anbieten. Der Rabatt für die Versicherten soll durch das zusätzlich übernommene Risiko erhöht werden.
- › **Auswirkungen der Änderung im Patentrecht:** Das Parlament hat Ende 2008 eine Änderung des Patentrechts beschlossen und die einseitige regionale Erschöpfung für patentgeschützte Waren beschlossen; ausgenommen wurden Waren, deren Preise staatlich festgelegt werden. Der Bundesrat wird gebeten, die Auswirkungen der Einführung der einseitigen euroregionalen Erschöpfung auf die Preise für Produzenten und Konsumenten sowie auf den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz zu untersuchen und darüber Bericht zu erstatten.
- › **Ausbildungsbeiträge:** Der Bundesrat wird mit einem Postulat beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten für den Bund bestehen, das System der Ausbildungsbeiträge (Stipendien und Darlehen) stärker zu unterstützen. Insbesondere wäre zu klären, ob hierfür die bestehenden rechtlichen Grundlagen ausreichen oder wie diese ergänzt werden müssten. Die verschiedenen Möglichkeiten der verstärkten Unterstützung sollen in einem umfassenden Bericht präsentiert werden, inkl. einer Gesamtbeurteilung hinsichtlich der Wirkung sowie den finanziellen Konsequenzen für Bund und Kantone.
- › **Fragen zum Sicherheitspolitischen Bericht und zur Armee:** Die Fraktion FDP-Liberale hat zwei Interpellationen eingereicht, in welchen sie dem Bundesrat mehrere Fragen zum Sicherheitspolitischen Bericht sowie zu weiteren aktuellen sicherheitspolitischen Themen stellt.
- › **Fragen zur Inneren Sicherheit:** Das Bundesgesetz zur Wahrung der Inneren Sicherheit scheiterte an einer unheiligen Allianz. Der Bundesrat ist beauftragt, eine überarbeitete Vorlage vorzulegen. Die Fraktion stellte dem Bundesrat kritische Fragen zum Stand der Dinge in diesem Bereich.

Schlussabstimmungen

Das Parlament hat folgende 11 Vorlagen in den Schlussabstimmungen verabschiedet:

- › mit 135 zu 54 Stimmen (Nationalrat) und 39 zu 0 Stimmen (Ständerat) das Bundesgesetz über die Kulturförderung;
-

- › mit 190 zu 2 Stimmen und 39 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG-Teilrevision, Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitsmarkt-beteiligung älterer Arbeitnehmender);
 - › mit 121 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 34 zu 2 Stimmen bei 4 Enthaltungen der Bundesbeschluss über die eidgenössische Volksinitiative „Lebendiges Wasser“;
 - › mit 183 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung und 40 zu 0 Stimmen das Schweizerische Zivilgesetzbuch (Register-Schuldbrief und weitere Änderungen im Sachenrecht);
 - › mit 192 zu 1 Stimme und 39 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Übereinkommens über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen);
 - › mit 126 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen und 40 zu 0 Stimmen das Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Renaturierung);
 - › mit 137 zu 57 Stimmen und 39 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Uno-Übereinkommens über die Immunität der Staaten und ihres Vermögens von der Gerichtsbarkeit;
 - › mit 122 zu 65 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 36 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen das Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition (Anpassung der Umsetzung des Schengen-Besitzstands);
 - › mit 121 zu 64 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 40 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Richtlinie 2008/51/EG zur Änderung der Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands);
 - › mit 112 zu 74 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 40 zu 0 Stimmen der Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung und des Beschlusses über das Visa-Informationssystem (VIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands);
 - › mit 122 zu 64 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 29 zu 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Verordnung der Bundesversammlung zum Parlamentsressourcengesetz (Erhöhung der Fraktionsbeiträge).
-

3. Partearbeit – Activités du Parti

Par Damien Cottier, M A, DEA rel. Int., chef du domaine Communication et Organisation

3.1. Arbeit der Parteiorgane – Activités des organes du parti

3.1.1. Delegiertenversammlung – Assemblée des délégués

28 février 2009 à Berne

Défense de l'emploi et de la place financière – Ligne claire pour le PLR. Les Libéraux-Radicaux

C'est en réaffirmant leurs principes libéraux et leur engagement pour l'emploi que le PRD et le PLS ont fondé, à l'unanimité de leurs délégués, ce samedi 28 février 2009, le nouveau parti PLR. Les Libéraux-Radicaux. Ils ont également dévoilé leur nouveau logo. L'Assemblée des délégués a surtout réaffirmé certains principes importants pour la Suisse : soutenir l'emploi, ne pas surréglementer, défendre nos conditions-cadres et notre place financière, éviter la spirale des dettes et préparer la Suisse à sortir plus forte de la crise.

La crise économique et financière a ébranlé le monde et la Suisse. Il s'agit de maintenir les emplois. C'est pourquoi il faut surmonter la crise financière, soutenir l'économie d'exportation, éviter d'endetter l'Etat et préparer dorénavant et déjà la place économique suisse à l'après crise. Le PLR. Les Libéraux-radicaux veut atteindre ces buts notamment par les mesures suivantes : soutenir notre place financière et la renforcer, protéger l'industrie d'exportation, refuser fermement les grands paquets de mesures conjoncturelles peu efficaces qui nous entraîneraient vers la spirale des dettes, assurer la pérennité des assurances sociales, alléger le fardeau fiscal des citoyens, simplifier les procédures, mieux réguler plutôt que sur-réglementer et favoriser l'ouverture internationale plutôt que l'isolationnisme.

La place financière suisse notamment se trouve actuellement sous pression internationale. Les Etats-Unis et plusieurs Etats européens tentent d'affaiblir le secret bancaire et de nuire à la place financière suisse afin d'avantager leurs propres pôles financiers. Dans ce jeu, ce sont des atouts majeurs de notre place financière et notre situation économique qui sont mis à risque. Ce débat concerne aussi le rapport entre le citoyen et l'Etat et la conception que nous nous en faisons dans notre pays. Face à ces pressions, il s'agit de garder notre sang-froid et d'agir de manière réfléchie et déterminée. Le PLR. Les Libéraux-Radicaux soutient le secret bancaire et refuse avec force l'échange automatique d'informations avec les pays étrangers, il refuse de mettre « les citoyens à nu » devant l'Etat.

Les délégués du PLR. Les Libéraux-Radicaux ont adopté deux résolutions qui affirment et développent ces principes.

Ils ont par ailleurs à l'unanimité accepté la création de leur nouveau parti PLR. Les Libéraux-Radicaux avec effet rétroactif au 1er janvier 2009. Le parti a élu son président : Fulvio Pelli (conseiller national TI). Il a aussi élu quatre vice-présidents: Isabelle Moret (conseillère nationale VD), Ruedi Noser (conseiller national ZH), Pierre Weiss (député GE) et Vincenzo Pedrazzini (président du parti du canton de Schwyz). Le nouveau logo, approuvé par la Conférence des présidents cantonaux, a été dévoilé.

Décisions :

- › Dissolution de l'Union libéral-radical (droit de vote réservé aux membres de l'Assemblée des délégués de l'ULR, selon statuts de celle-ci)
- › Adoption des comptes et du rapport annuel du PRD par les délégués du PRD
- › Adoption des comptes et du rapport annuel du PLS par les délégués du PLS
- › Adoption du contrat de fusion du PRD et du PLS par les délégués du PRD
- › Adoption du contrat de fusion du PRD et du PLS par les délégués du PLS
- › **La fusion historique du PRD et du PLS est ainsi juridiquement entérinée, elle entre en vigueur avec effet rétroactif au 1er janvier 2009**, sur la base des statuts du PLR. Les Libéraux-Radicaux qui avaient déjà été adoptés par les Assemblées des deux partis en octobre 2009.
- › Election du président du parti, est élu :
 - › *est élu Fulvio Pelli, conseiller national TI, ex-président du PRD*
- › Election des vice-président(e) du parti, sont élus:
 - › *Isabelle Moret, conseillère nationale VD*
 - › *Pierre Weiss, ex-président du PLS GE*
 - › *Ruedi Noser, conseiller national ZH*
 - › *Vincenzo Pedrazzini, président du parti cantonal de Schwyz*
- › Discussion et adoption d'une résolution sur la „politique économique“ et adoption d'une résolution sur la „Souveraineté fiscale et la protection de la sphère privée“

27 juin 2009 à Berne

Message uni du PLR en faveur d'une Suisse forte et libérale - Stratégie pour la place financière adoptée - Financement de l'AI approuvé

« Nous sommes le moteur libéral de la Suisse ! » s'est exclamé Fulvio Pelli samedi 27 juin devant l'Assemblée des délégués du PLR réunie à Berne. Nous devons réformer la Suisse et la rendre à nouveau plus libérale, ce qui a toujours fait son succès. « Voilà ce qui rend les Libéraux-Radicaux uniques et si nécessaires pour la Suisse, ce pays unique. » Fulvio Pelli a par ailleurs rappelé la légitimité claire du second siège PLR au Conseil fédéral: le PLR est la 3e force politique de Suisse avec 17,7% des voix. L'Assemblée des délégués a débattu puis adopté la stratégie libérale-radical en faveur de la place financière. Le PLR propose ainsi 10 mesures concrètes et offensives pour renforcer l'emploi et le pouvoir d'achat en Suisse. Le PLR soutient par 276 voix contre 18 le financement complémentaire de l'AI soumis au vote du peuple et des cantons le 27 septembre. Les délégués du PLR rejettent par contre l'initiative visant à interdire la construction de minarets par 266 voix contre 4. Les délégués ont enfin élu le conseiller national Markus Hutter (PLR/ZH) vice-président du parti, en remplacement de Ruedi Noser.

Le libéralisme c'est utiliser tout le potentiel - immense - d'une société ouverte et moderne et de ses individus. L'invasion de toujours plus d'Etat dans nos vies déresponsabilise et n'offre qu'une illusion de solution. Pelli a cité cet exemple actuel « le sommet de l'absurdité bureaucratique. » : le Département de Justice et Police aimerait distribuer une autorisation de l'Etat pour qu'une tante puisse garder son neveu, forcer la parenté à suivre des cours d'introduction et procéder à des contrôles annuels de la garde des enfants ! Un exemple extrême, mais qui résume bien le type de dérives que les Libéraux-Radicaux combattent.

Le but du PLR est clair a rappelé Fulvio Pelli: « nous voulons une Suisse libérale-radical. » Pour y parvenir le PLR s'est fixé une stratégie. Il a adopté ses trois thèmes-clé: plus d'emplois, des assurances sociales saines, un Etat efficace.

« Ces priorités libérales-radicales correspondent parfaitement aux préoccupations de la population. L'année prochaine nous courrons le risque d'avoir 200'000 chômeurs. Nous ne voulons pas aller chercher la drogue des « programmes conjoncturels » dans l'armoire à potions. Nous voulons des réformes qui vont créer et assurer des emplois à moyen terme. Il en va ainsi de notre place financière: avec la stratégie PLR adoptée aujourd'hui, nous voulons créer 40'000 nouveaux emplois dans ce domaine d'ici à 2015. Dans le même esprit, nous discuterons en octobre d'une stratégie pour la Suisse, pays de l'innovation. Et jusqu'aux élections nous ferons d'autres propositions pour créer, dans l'ensemble, 200'000 nouveaux emplois d'ici à 2015. Ainsi le choix entre le PLR et les autres partis sera clair : ici les places de travail, là les dettes. Voter PLR, cela veut dire créer des emplois. »

Devant les Délégués, Fulvio Pelli a aussi rappelé le droit -évident- du PLR à revendiquer deux sièges au Conseil fédéral : « Avec 17.7% des suffrages, nous sommes clairement le troisième parti de Suisse. En appliquant la formule magique, nous avons donc droit à deux sièges au Conseil fédéral. Et il y a même plus: il s'agit d'un siège latin. Or dans cette partie du pays, nous avons 25% de sièges en plus que notre concurrent PDC. Nous sommes la première force politique en Suisse latine. ».

Une majorité de circonstance va-t-elle mettre la formule magique en danger ? Fulvio Pelli a répondu par un avertissement : « Je ne suis pas prophète. Mais je sais une chose: ceux qui jouent avec nos institutions payent un prix élevé. Le prix serait élevé pour le PS: ce parti devra remplacer deux conseillers fédéraux très prochainement. Le PDC aussi paierait cher son appétit de pouvoir. Est-ce que le PDC veut faire une alliance avec la gauche rose-verte ? Ce serait un basculement à gauche de notre gouvernement. Ceci alors que nous sommes en crise économique. Ce serait un très mauvais signal pour notre pays et ses emplois, la garantie d'avoir plus de dettes maintenant et plus d'impôts demain. ».

Très applaudi, Fulvio Pelli s'est montré confiant et calme, car, a-t-il dit en citant Confucius : « Celui qui connaît son but peut décider, celui qui décide peut trouver le calme, celui qui est calme peut être sûr de lui, celui qui est sûr de lui peut réfléchir, celui qui réfléchit peut s'améliorer, celui qui s'améliore peut gagner ». Il a donc exhorté les Libéraux-Radicaux à suivre cette ligne, sans varier : « Désignons nos candidats ! Des candidats qui défendront notre politique sans faire des avances à la droite ou à la gauche, car nous ne modifions pas notre politique pour avoir des sièges au Conseil fédéral. » Toujours selon Confucius, « c'est dans le calme que réside la force ».

Les délégués ont élu le conseiller national Markus Hutter (PLR/ZH) vice-président du parti, en remplacement de Ruedi Noser qui a souhaité renoncer à cette fonction à mi-législature, après 6 années à ce poste.

Suite à un débat et à un exposé du conseiller fédéral Couchepin, les délégués du PLR ont décidé de soutenir, par 276 voix contre 18, le financement complémentaire de l'AI, objet soumis au vote du peuple et des cantons le 27 septembre prochain.

Après un débat contradictoire, les délégués du PLR rejettent par contre nettement l'initiative visant à interdire la construction de minarets, par 266 voix contre 4.

Décisions:

- › Election d'un vice-président en remplacement de M. Ruedi Noser (CN/ZH) démissionnaire :
 - › *Est élu M. Markus Hutter (CN/ZH).*
 - › Votations fédérales du 27 septembre 2009, l'Assemblée débat et recommande le OUI au financement additionnel de l'assurance-invalidité (par 276 voix contre 18)
 - › L'Assemblée débat d'une stratégie d'avenir du PLR. Les Libéraux-Radicaux pour la place financière suisse.
 - › Votations fédérales du 29 novembre 2009, l'Assemblée débat et recommande le NON à l'initiative visant à interdire les minarets (par 266 voix contre 4.)
-

17 octobre 2009 à Stans (NW)

La Suisse doit rester dans les leaders mondiaux de l'innovation - Les Libéraux-Radicaux présentent une stratégie pour créer 40'000 emplois

Les Libéraux-Radicaux veulent que la Suisse reste leader mondial en matière d'innovation. La Suisse est actuellement très bien placée au niveau mondial. Tout le défi est de rester dans la « champions league ». C'est essentiel, car lutter pour l'innovation c'est lutter pour nos emplois, notre bien-être et notre pouvoir d'achat. L'Assemblée des délégués du PLR. Les Libéraux-Radicaux a adopté une stratégie ambitieuse pour l'innovation qui permettra de créer jusqu'à 40'000 emplois en Suisse. Cette stratégie s'ajoute à celle sur les marchés financiers adoptée en juin dernier. Le PLR fera d'autres propositions de réformes durant les prochains mois. Le but est clair : créer 200'000 emplois en Suisse d'ici à 2015. C'est possible si nous avons le courage d'entreprendre les réformes nécessaires. Les Libéraux-Radicaux le veulent et ils s'engagent.

Notre pays est à la pointe mondiale en matière d'innovation. L'important est que cela soit encore le cas dans 20 ans. Pour cela notre pays doit se battre et entreprendre les réformes qui lui permettront de mieux encore stimuler la création d'entreprises et leur engagement dans l'innovation. Se battre pour l'innovation c'est se battre pour que l'économie suisse reste compétitive au niveau mondial et que notre pays continue de créer des emplois et d'assurer son bien-être. C'est donc un défi essentiel. Le PLR. Les Libéraux-Radicaux a adopté ce jour sa stratégie pour l'innovation lors de son Assemblée des délégués tenue à Stans (NW).

Le conseiller fédéral élu Didier Burkhalter a déclaré: « La Suisse est un des pays les plus innovants de la planète et le pays le plus innovant d'Europe. La question fondamentale qui nous est posée n'est donc pas de savoir comment atteindre ce sommet, mais de définir comment y rester. » Il faut notamment consolider la chaîne de l'innovation et développer l'ouverture internationale de la Suisse. Cela implique de renforcer la recherche fondamentale, de promouvoir les partenariats des hautes écoles avec les pays émergents et de poursuivre l'intégration de la Suisse dans les programmes de recherche européens. Le conseiller national Ruedi Noser a aussi souligné l'importance centrale de l'innovation du point de vue d'un entrepreneur. Le PLR dispose désormais d'une stratégie de l'innovation pour la Suisse ambitieuse et cohérente qui permettra de créer 40'000 emplois.

Avec ces réformes ajoutées et celles qu'il propose dans les autres domaines, le PLR entend créer 200'000 nouveaux emplois d'ici à 2015.

Le PLR a aussi remis pour la 7e fois ses Prix-PME. Ils ont été attribués à 13 entreprises particulièrement innovantes dans le domaine de l'environnement. Le PLR entend ainsi montrer le dynamisme de notre tissu de PME suisses et l'importance des investissements et de l'innovation du secteur privé pour la protection du climat et de l'environnement. Les prix ont été remis aux entrepreneurs par le président la Confédération Hans-Rudolf Merz et par le conseiller fédéral Didier Burkhalter. Le PLR a également pris congé du conseiller fédéral Pascal Couchepin. Le président du Parti Fulvio Pelli a souligné ses qualités d'homme d'Etat, relevant que, pendant ses 40 années de politique active, Pascal Couchepin avait toujours su placer les intérêts supérieurs de la Suisse et de ses habitants au premier plan. Il a également salué ses grandes qualités de gestion des crises et son courage politique. L'Assemblée a encore été dynamisée par la présentation de 5 projets de mini-entreprises formés par des élèves d'écoles participant au programme Young Enterprise Switzerland (<http://www.young-enterprise.ch/>).

Décisions :

- › Adoption de la Stratégie sur l'innovation du PLR
- › Remise du prix PME 2009 du PLR

3.1.2. Union libérale-radicale

L'Union libérale-radicale a été dissoute par un vote de l'Assemblée des délégués, régulièrement constituée, en date du 28 février 2009, à l'occasion de la fusion du PRD et du PLS.

Les Statuts du 25 juin 2005 prévoyaient en effet les buts suivants pour l'ULR :

L'Union libérale radicale est une organisation dont les membres sont le Parti radical démocratique suisse (PRDS) et le Parti libéral suisse (PLS). Elle est née suite au rapprochement entre les groupes libéral et radical des Chambres fédérales décidé le 7 novembre 2003. Elle défend les valeurs portées par les partis radical et libéral depuis la création de l'Etat fédéral. L'Union libérale radicale représente une force politique ouverte et moderne.

L'Union libérale radicale a pour buts en s'appuyant notamment sur le travail engagé au sein des Chambres fédérales:

1. de rapprocher et de coordonner la ligne et l'action des deux partis libéral et radical sur le plan fédéral et contribuer à un tel rapprochement dans les cantons.

2. de travailler au rapprochement de tous les courants politiques et de toutes les personnalités qui se réclament des valeurs libérales et agissent pour leur promotion

L'Union libérale radicale souhaite développer une société et une économie fondées sur les principes de liberté et de responsabilité.

Au moment de la création du Parti *PLR.Les Libéraux-Radicaux*, deux constats se sont donc imposés :

1. Les membres de l'ULR que sont le PRD et le PLS ne font plus qu'un dès le 1^{er} janvier 2009, ce qui rend l'existence de l'ULR superflue.
2. Les buts de rapprochement que l'ULR s'était fixés sont non seulement atteints mais dépassés, puisque le PLS et le PRD ne se sont pas seulement rapprochés mais ont fusionné en un seul nouveau parti. Pour ce qui est de stimuler les rapprochements au plan cantonal, c'est le nouveau Parti suisse qui accompagnera désormais ce processus.

Dans le contexte de la création du *PLR.Les Libéraux-Radicaux*, l'Assemblée générale de l'ULR a donc, décidé la dissolution de cette association.

Auparavant les délégués avaient approuvé le rapport annuel et les comptes 2008 de l'Association ainsi que le rapport des vérificateurs, donnant ainsi décharge au comité.

3.1.3. Konferenz der Kantonalparteipräsidenten (PPK) – Conférence des présidents cantonaux

Die Parteipräsidentenkonferenz ist gemäss den neuen Statuten das nach der DV oberste Führungsorgan. Entsprechend häufiger tagte die Konferenz, nämlich am 30. Januar, 27. Februar, 31. März (Zirkularbeschluss), 24. April, 26. Juni, 27. August, 16. Oktober sowie am 18. Dezember.

3.1.4. Sekretärenkonferenz - Conférence des secrétaires

Die kantonalen Parteisekretäre sind gemäss den neuen Statuten zur PPK eingeladen. Die Sekretärenkonferenz wurde deshalb auf konkrete Umsetzungsfragen der Parteiarbeit fokussiert, so etwa zur Wahlkampforganisation.

3.1.5. Arbeit der Expertenpools – Activités des commission d'experts

Die Fachkommissionen wurden 2009 neu organisiert und die meisten Kommissionen begannen im vergangenen Jahr aktiv zu arbeiten. So bereitete zum Beispiel die erweiterte Steuer-Kommission

Finanzmarktstrategie der DV im Juni 2009 vor und gleiches machte die Bildungscommission für die Innovations-DV in Stans und die Gesundheitskommission für die DV im Januar 2010. Allerdings sind die Fachkommissionen künftig noch vermehrt zur frühzeitigen Positionsbildung zu nutzen.

3.1.6. Generalsekretariat - Secrétariat général

Die Fusion der beiden Generalsekretariate LPS und FDP verlief reibungslos. Dank einer externen Finanzierung konnten bedeutende Archivbestände der FDP in das Bundesarchiv transferiert werden. Dort ist ein Grossteil dieser Akten nun der Öffentlichkeit zugänglich; die Vertraulichkeit geheimer Akten bleibt aber gewahrt.

Das Generalsekretariat wird seit März 2008 von Stefan Brupbacher geleitet. Nach der Wahl von Didier Burkhalter folgten der Kommunikationschef Damien Cottier und der Fraktionssekretär Jon Fanzun Bundesrat Burkhalter Ende 2009 ins EDI als persönliche Mitarbeiter. Ihre Stellen wurden vom bisherigen Pressesprecher Noé Blancpain und ab April 2010 von Julien Chavaz besetzt. Weitere personelle Änderungen gab es, indem die früheren Mitarbeiter Nicolas Tripet und Mathieu Erb das Generalsekretariat verliessen, um als Kantonssekretäre der Liberalen im Kanton Waadt bzw. der FDP. *Die Liberalen* Neuenburg weiterhin liberale Politik zu gestalten.

Bezüglich der politischen Arbeit sei auf die Kapitel zu den Vernehmlassungen der Fraktionsarbeit und den Delegiertenversammlungen sowie die Wahl von Bundesrat Burkhalter verwiesen. Zudem war die FDP im Kampagnenbereich aktiv. Die FDP hat kaum Geld für Campagning auf eigenen Themen, weshalb die Kampagnenfähigkeit vor allem über Abstimmungskampagnen für die kommenden Wahlen trainiert wird. Folglich trat die FDP mit eigenen Plakaten, Aktionen und Flyern bei den Bilateralen, der IV-Zusatzfinanzierung sowie beschränkt bei der Minarett-Initiative in Erscheinung. Dies soll zur Regel werden, denn beim Wähler soll die Partei auch in wichtigen Abstimmungskämpfen erkennbar sein und Parteimitglieder für Kampagnen mobilisiert werden können. Anbei die einzelnen Kampagnen im Überblick:

Volksabstimmung vom 8. Februar 2009

Die Vorlage zur Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit wurde von 59.6% der Stimmbürger angenommen. Die FDP hat an vorderster Front und mit einer eigenen, grossen Plakatkampagne für diese Vorlage gekämpft und koordinierte die Kampagne.

Volksabstimmungen vom 17. Mai 2009

Die Volksinitiative „Zukunft mit Komplementärmedizin“ wurde mit 67% aller Stimmen deutlich angenommen. Die FDP setzte sich ohne eigene Kampagne für ein JA ein und wird in der Umsetzung auf Gesetzesstufe sicherstellen, dass die Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit eingehalten werden. Äusserst knapp angenommen wurde mit 50.1% die Umstellung auf, bzw. die Einführung von biometrischen Pässen. Diffuse Ängste vermochten dieses Geschäft fast zu kippen, insbesondere weil keine Partei eine eigene Kampagne führte. Die FDP unterstützte die Einführung der biometrischen Pässe.

Volksabstimmungen vom 27. September 2009

Der Bundesbeschluss über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung wurde in der Volksabstimmung mit 54.6% der Stimmen und einem äusserst knappen Ständemehr angenommen. Die FDP übernahm die gesamte Kampagnenführung und -koordination und setzte die überparteiliche Kampagne in Zusammenarbeit mit den FDP-Sekretariaten als lokale Stützpunkte um. Die FDP unterzog damit ihre Strukturen einem realen Test der Kampagnenfähigkeit. Die Volksinitiative zum Verzicht auf eine Einführung der allgemeinen Volksinitiative wurde im Sinne der FDP deutlich angenommen.

Volksabstimmungen vom 29. November 2009

Die Minarett-Initiative gegen die Parole der FDP mit 57.5% angenommen. Die FDP hat als einzige Partei innerhalb der Nein-Koalition eine mittelgrosse, auf die Städte fokussierte Plakat-Kampagne geführt und sich insbesondere in der Romandie für eine Ablehnung eingesetzt. 65% der Bürger stimmten JA zur

Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr (gemäss der Parole der FDP). Ebenso deutlich abgeschmettert wurde im Sinne der FDP die Volksinitiative der GSoA zum Verbot von Kriegsmaterialexporten. 68.2% lehnten die Vorlage. Hier koordinierte die FDP die Kampagne.

3.2. Nahestehende Organisationen – Organisations proches du Parti

3.2.1. Jahresbericht 2009 der FDP Frauen Schweiz

von Regierungsrätin Jacqueline de Quattro (VD), Präsidentin FDP Frauen Schweiz

Die FDP Frauen Schweiz können auf ein spannendes und ereignisreiches Politjahr zurückblicken. Folgende Schwerpunkte der FDP Frauen wurden im Jahr 2009 behandelt:

- › **Weiterführung der Anschubfinanzierung von familienergänzender Kinderbetreuung**
- › **Schulkonkordat HarmoS kann starten**
- › **Bundesratswahl – Kandidatur von Martine Brunschwig Graf.**
- › **Kinderbetreuungsverordnung – zurück an den Absender**
- › **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**
- › **Steuerliche Kinderbetreuungsabzüge bereits ab 2010**
- › **Gegen die Minarettinitiative – für die Gleichstellung**
- › **60 Jahre FDP Frauen, Feier am 30. November in Bern**
- › **Brustkrebsprävention:** Forderungen nach Prävention in allen Kantonen

Die Anschubfinanzierung von familienergänzende Kinderbetreuung wird weitergeführt

Der Nationalrat war sich der Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Kinder bewusst und hat im März 2009 mit 115 zu 56 Stimmen die Weiterführung der Anschubfinanzierung gutgeheissen. Seit 2003 wurden dank diesem Programm rund 24'000 neue Betreuungsplätzen geschaffen, was einem Plus von 40 Prozent entspricht. Bis zum Ende des Programms, welches das Parlament auf Ende Januar 2011 festgelegt hat, werden es laut Bundesrat insgesamt rund 33'000 Plätze sein. Die Investitionen des Bundes belaufen sich dabei auf rund 200 Millionen Franken.

Schulkonkordat HarmoS kann starten

Mit der interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) steht eine für die Schweiz zentrale Reform der Volksschule an, die eine Vereinheitlichung und Verbesserung der staatlichen Volksschule vorsieht. Das gegenwärtige Schulsystem soll den Bedürfnissen einer mobilen und heterogenen Gesellschaft angepasst und die Ausbildung der Kinder verbessert werden. Folgende Kantone gehören bereits zum Konkordat: Genf, Glarus, Jura, Neuenburg, Schaffhausen, St. Gallen, Waadt, Wallis und Zürich. Verschiedene Kantone haben den Beitritt abgelehnt oder ein Beitritt wurde nach einem Volksnein unmöglich. Der wohl häufigste Grund war das zweite Kindergartenjahr und die damit verbundene „Einschulung“ ab dem erfüllten 4. Altersjahr. Diese Ängste sind unbegründet, da bereits 86 % der Schweizer Kinder während 2 Jahren den Kindergarten besuchen. Doch das Thema bleibt emotional.

Wie geht es nun weiter?

In den 10 Kantonen, die dem HarmoS-Konkordat beigetreten sind, wird ab nächstem Spätsommer das Konkordat umgesetzt. Es gilt hierfür eine Übergangsfrist von sechs Jahren, um die Inhalte und die Infrastruktur anzupassen. In vielen Kantonen geht jedoch die Diskussion über HarmoS weiter. In der

Nordwestschweiz werden die Kantonsparlamente von Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über einen Staatsvertrag zu befinden haben, welcher über die Vorgaben von HarmoS hinausgeht. Die FDP Frauen Schweiz werden sich weiterhin aktiv für HarmoS einsetzen.

Nachfolge Bundesrat Couchepin

Das Anforderungsprofil der FDP Frauen für die Nachfolge war klar: eine Vertreterin oder ein Vertreter der *FDP.Die Liberalen* und aus der lateinischen Schweiz.

Aus der Sicht der FDP Frauen entsprachen u.a. folgende Kandidatinnen dem Anforderungsprofil: Martine Brunschwig-Graf (GE), Isabelle Moret (VD) und Laura Sadis (TI).

Die FDP Frauen nominierten am 10. August 2009 zuhanden der FDP-Liberale Fraktion **Nationalrätin Martine Brunschwig Graf** als Kandidatin für das Amt als Bundesrätin. Die Fraktion nominierte jedoch Ständerat Didier Burkhalter und Nationalrat Christian Lüscher als offizielle Kandidaten. Die FDP Frauen Schweiz möchten Frau Martin Brunschwig Graf nochmals ganz herzlich für Ihre engagierten Bundesratskandidatur danken. Und die FDP Frauen freuen sich selbstverständlich, mit Didier Burkhalter eine kompetenten neuen FDP-Bundesrat zu haben.

Neue Kinderbetreuungsverordnung: Zurück zum Absender!

Eine der grossen gesellschaftlichen Herausforderungen ist die Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben (vgl. Punkt 6). *FDP.Die Liberalen Frauen* setzen sich seit Jahren für eine flexible und kostengünstige Gestaltung von Betreuungsstrukturen ein. Die absurden Vorschläge des Justizdepartements für eine neue Kinderbetreuungsverordnung bevormunden die Eltern bei der Wahl ihres Kinderbetreuungsangebotes. Sie bringen eine unnötige und unsinnige Bürokratie mit sich. Die FDP Frauen stehen für eine liberale Gesellschaft ein und lehnt diese Verordnung dezidiert ab.

Für die *FDP.Die Liberalen Frauen* ist klar: Die Eltern – und nicht der Staat – sollen selbstständig und verantwortungsbewusst entscheiden können, wie und von wem ihre Kinder betreut werden. Die vermeintliche Professionalisierung der Kinderbetreuung in dieser Form lehnten die FDP Frauen entschieden ab. Sie behindert die Bemühungen verantwortungsbewusster Eltern, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Weniger Vorschriften sind dazu gefragt. Vom Justizdepartement fordern die FDP Frauen eine Rückkehr zur Vernunft.

60 Jahre FDP Frauen

Unter dem Motto „Liberal ist sexy – wir feiern!“ luden die FDP Frauen am 30. November zu ihrem 60. Geburtstagsfest ein. Was die Frauenbewegung in den letzten Jahren erreicht hat, ist beachtlich. Der Anlass wurde in erster Linie genutzt, den runden Geburtstag zu feiern, jedoch vor allem, um stolz auf das Erreichte zurückzublicken. Im Weiteren wurde ein Ausblick auf die nächsten Jahre gewagt: was sind unsere Visionen und Ziele?

Das Programm war attraktiv; nach der Begrüssung wurden die Gäste mit der Tanzgruppe Flamenco „por alegria“ in die Welt des Flamencos entführt. Anschliessend bedankte sich Nationalrätin Martine Brunschwig Graf für die Unterstützung der FDP Frauen anlässlich ihrer Bundesratskandidatur. Der Abend wurde mit einer Diskussionsrunde abgeschlossen. Stefan Brupbacher, FDP-Generalsekretär, Vincenzo Pedrazzini, Vizepräsident der FDP Schweiz, und Barbara Perriard, ehemalige Generalsekretärin der FDP Frauen und Könizer Gemeinderätin, diskutierten zusammen mit Eliane Gnägi über das Thema „Familie und Politik unter einen Hut bringen“.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Auch 2009 waren wir noch weit entfernt von der tatsächlichen und gelebten Gleichstellung von Mann und Frau. Männer wie Frauen müssen sich immer noch zu oft zwischen Karriere und Familie entscheiden. Wieso schafft es die Schweiz nicht, moderne und familienfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen? Die konservativen Kräfte unseres Landes vertreten immer noch das traditionelle Familienbild und verkennen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Notwendigkeit der aktuellen Situation. Für die *FDP.Die Liberalen* gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu den politischen Prioritäten. Männer und Frauen sollen frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten möchten. Neben den gesellschaftlichen sprechen auch wirtschaftlichen Argumente dafür. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, in die Bildung von Frauen und Männer zu investieren, wenn dann quasi die Hälfte im Arbeitsmarkt nicht einsetzbar ist. Auch verliert der Staat so massive steuerliche Einnahmen. Die Schweiz kann sich auch nicht leisten, gleichsam die Kinderlosigkeit zu fördern. Wir brauchen Kinder!

Die Forderungen der *FDP.Die Liberalen* sind klar: Gemischte Teams in der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind der Schlüssel für eine erfolgreiche und prosperierende Schweiz.

FDP begrüsst Kinderbetreuungsabzüge bereits ab 2010

FDP.Die Liberalen Frauen begrüßen den Entscheid des Nationalrates, die Kinderbetreuungsabzüge bereits auf 2010 und nicht erst 2011 einzuführen. Die FDP Frauen kämpften mit der FDP in den letzten Monaten beharrlich für die steuerliche Abzugsfähigkeit der Fremdbetreuung von Kindern. Doch mit der Festsetzung eines maximalen Abzugsbetrags von 10'000 Franken pro Jahr wurde die Forderung der FDP von 24'000 Franken deutlich unterschritten. Damit werden die externen Betreuungskosten, die realistisch gesehen um 25'000 CHF pro Jahr liegen, bei weitem nicht abgedeckt. Die FDP Frauen wollen den Mittelstand entscheidend entlasten und ihn nicht mit kleinen Häppchen abspesen. Es liegt nun an den Kantonen, Realitätssinn zu zeigen und den Abzug deutlich zu erhöhen. Die FDP Frauen wollen, dass Schweizerinnen und Schweizer in ihren verschiedenen Lebensformen vom Staat gleich behandelt werden. Deshalb ist die Individualbesteuerung die einzig gerechte Besteuerung: Es widerspricht dem liberalen Gedankengut, wenn der Staat mit seiner Steuerpolitik traditionelle, konservative Familienbilder bevorzugt.

Gegen die Minarettinitiative – für die Gleichstellung

Die FDP Frauen, die SP Frauen, die Grünen und die CVP Frauen engagierten sich vereint gegen die Anti-Minarett-Initiative der SVP, mit dem Credo: Gegen die Minarettinitiative – für die Gleichstellung. Die SVP schien tatsächlich die Gleichstellung von Frau und Mann entdeckt zu haben: Sie kämpfte angeblich zum Schutz der Frauen gegen Minarette in der Schweiz. Das ist reine Augenschwermerei. Die Gleichstellungspolitik fängt an bei den Massnahmen gegen Gewalt an Frauen, bei den Forderungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bei der Forderung nach gemischten Teams in Wirtschaft und Politik. Gleichstellungspolitik heisst, allen Menschen die gleichen Rechte und Chancen zu gewähren, egal welcher Religion sie angehören. Wir haben in der Schweiz Religionsfreiheit, und die Gleichberechtigung muss auch in diesem Fall gelten, wenn es um die Ausübung einer Religion geht.

Brustkrebsprävention

Die letzten zwei Jahre standen im Zeichen der Brustkrebsprävention. In Zusammenarbeit mit einer Expertengruppe wurde ein Motionsentwurf für die verschiedenen Deutschschweizer Kantone erarbeitet. Im Kanton Aargau wurde dieser auch bereits im 2009 eingereicht. In den Kantonen Graubünden, Thurgau, Bern und Basel wurde das Thema aktiv durch die FDP Frauen vorangetrieben.

Forderungen der FDP Frauen

Die FDP Frauen Schweiz setzen sich auch im neuen Vereinsjahr für folgende Forderungen ein:

- › Ja zu einem breiteren Angebot an Kindertagesstätten, Mittagstischen und Tagesschulen
 - › Ja zu einer nachfrageorientierten Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung via Betreuungsgutscheine
 - › Ja zum Abbau von überflüssigen bürokratischen Hindernissen bei Bau und Führung von Kindertagesstätten.
 - › Ja zu HarmoS
 - › Ja zu gemischten Teams, flexibleren Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodellen (Jobsharing, Telearbeit, etc.)
 - › Ja zur Individualbesteuerung
-

3.2.2. FDP.Die Liberalen Service Public Jahresbericht 2009

Präsident: Marcel Paolino



Unsere Aktivitäten im 2009 dienten der eigenen Sache und haben dazu beigetragen einerseits das Netzwerk zu pflegen und andererseits die verwaltungsinternen Interessen zu stärken. Der Fraktionsapéro diente dazu die Verbindung unserer Vereinigung zu den Parlamentarier/innen der Fraktion zu stärken. Leider nahmen in diesem Jahr bedauerlicherweise nur sehr wenige Parlamentarier/innen daran teil.

Unsere Internetseite wurde laufend modernisiert und aktualisiert www.fdp-od.ch und dient den Mitgliedern als Informationsplattform, vor allem für die weit zum Voraus geplanten Veranstaltungen.

Unsere Vereinigung hat auch im vergangenen Jahr wieder 18 Neumitglieder zu verzeichnen. Das ist sehr erfreulich und zeigt, dass wir weiterhin auf Wachstumskurs sind. Erfolgreicher sind wir auch dank einem aktiven Vorstand und besonders auch wegen unseren Mitgliedern die vermehrt Werbung betreiben und sich für die Vereinigung einsetzen.

Die erfreuliche Wahl von Herrn Ständerat Didier Burkhalter zum Bundesrat war auch ein aktives Thema für die Vereinigung. An den Feierlichkeiten zur Wahl und Einsetzung des neuen Bundesrats haben wir teilgenommen und uns auch politisch gegenüber Medien und Parteien positiv dazu geäußert.

Unsere Veranstaltungen wurden zum Teil sehr gut besucht. Ganz besonders der Besuch bei der Schweizerischen Nationalbank, daran nahmen über 50 Mitglieder teil.

Neu und heuer erstmalig, war der Besuch bei einem Kanton. Dieses Jahr gingen wir nach Aarau und besuchten die Glockengiesserei und wurden anschliessend von der Regierung des Kantons Aargau fürstlich empfangen. Der Besuch der Kantone wollen wir für die Folgejahre fortsetzen.

Der Fraktionsapéro mit einem aktuellen und interessanten Referat von Frau Barbara Schaerer EPA war ebenfalls sehr informativ und hilfreich.

Das interessante Referat von Herrn Werner Hertzog zur Pensionskasse des Bundes war auch ein Anlass der zu Beginn viele angezogen hatte. Trotz sehr vielen Anmeldungen blieben dem Anlass selber viele Mitglieder unabgemeldet fern, schade für das aktuelle Thema rund die Vorsorge und das reichhaltige Apérobuffet. Überrollt wurden wir sehr wahrscheinlich von den Ereignissen am Fernsehen; Roger Federer und die Schweizer Nationalmannschaft waren am gleichen Abend im Einsatz.

Ein freudiges und lockeres Ereignis ist das Boccia spielen im August geworden und hat sich alsbald zur Tradition und Lieblingsveranstaltung der Mitglieder etabliert.

Das Vorstandsteam ist nach wie vor sehr motiviert, was der positiven Ausstrahlung zugute kommt. Unsere Vereinigung nimmt zunehmend an Bekanntheitsgrad zu, deshalb planten wir neu für dieses Jahr einen Flyer herauszugeben bzw. zu drucken. Wegen der Namensänderung der FDP und der anstehenden Namensänderung der Vereinigung warten wir zu mit dem Druck des neuen innovativen Prospektes.

Die sehr gute Zusammenarbeit mit Herrn Nationalrat Kurt Fluri, Solothurn im ablaufenden Jahr konnte erfolgreich fortgesetzt und gefestigt werden, eine Zusammenarbeit die sehr geschätzt wurde.

Dezember 2009

4. Anhang – Annexe

4.1. Anhang A – Annexe A

Vernehmlassungsantworten der FDP.Die Liberalen 2009 / Réponses du PRD aux consultations en 2009

Die Stellungnahmen im Wortlaut können beim Generalsekretariat bestellt oder via Internet abgerufen werden: Tel. 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-mail: info@fdp.ch

Bundesgesetz über die Sicherung der Bankeinlagen	21.12.2009
Aussengrenzenfonds	10.12.2009
THG: Kapitel 3a: Anwendung Cassis-de-Dijon-Prinzip	30.11.2009
Landw. Deklarationsverordnung	30.11.2009
Nachrichtenlose Vermögen	27.11.2009
Radio- und Fernsehverordnung (RTVV)	02.11.2009
Rassistische Symbole	28.10.2009
Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung	19.10.2009
Lebensmittelgesetz	16.10.2009
6. IV-Revision (6a)	15.10.2009
Zweiter Schritt der Bahnreform 2	14.10.2009
Erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss	12.10.2009
Verordnung zum neuen Mehrwertsteuergesetz	09.10.2009
Erleichterung der Kontrollen und Formalitäten im Güterverkehr	07.10.2009
Verordnung zur Einführung der Biometrie im Ausländerausweis	05.10.2009
Besteuerung der Liquidationsgewinne	05.10.2009
PAVO _ AdoV	14.09.2009
Schutz vor Passivrauchen	08.09.2009
Übernahme der Rückführungsrichtlinie (CH-EU)	04.09.2009
Umweltetiketten-Verordnung	04.09.2009
Notenaustausch CH - EU: Schutz personenbezogener Daten	14.08.2009
Versicherungsvertragsgesetz VVG	29.07.2009
Unternehmensjuristengesetz UJG	29.07.2009
Ersatzbeschaffung Wohneigentum	08.07.2009
Elektrische Hochspannungsleitungen	30.06.2009
Cyberkriminalität	30.06.2009
Verbot sexuelle Verstümmelungen	15.06.2009
Güterverkehrsvorlage	29.05.2009
Deutschschweizer Lehrplan	29.05.2009
Verordnung über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung VORA	27.05.2009
Präimplantationsdiagnostik	18.05.2009
Bundesgesetz KVG	11.05.2009
NAVFOR Atalanta	05.05.2009
Heilmittelverordnungspaket III	04.05.2009
Revision SchKG	04.05.2009
ZGB: Elterliche Sorge	30.04.2009

Militärversicherung	27.04.2009
Unternehmensidentifikationsnummer (UIDG)	27.04.2009
Pa.Iv. 08.515: Bedingter Rückzug Volksinitiative	24.04.2009
Sicherheitspolitischer Bericht	22.04.2009
Nationalstrassennetz	17.04.2009
Finanzierungsetappe Agglomerationsverkehr	17.04.2009
Familienbesteuerung	14.04.2009
Indirekter Gegenvorschlag zur "Ausschaffungsinitiative"	08.04.2009
Asylgesetz	08.04.2009
Online-Zugriff VOSTRA	08.04.2009
Raumplanungsgesetz	08.04.2009
KVV, KLV und AHVV: Teilrevision	31.03.2009
Via sicura	23.03.2009
Schengen-Weiterentwicklung: Visa-Informationssystem VIS	16.03.2009
Datenschutz bei der Benutzung elektronischer Infrastruktur Bund	16.03.2009
Teilrevision OR (Whistleblower)	16.03.2009
Revision CO2-Gesetz	16.03.2009
Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes	26.02.2009
Differenzierung Motorfahrzeugsteuer auf Bundesebene	25.02.2009
Revision Energiegesetz und Energieverordnung	11.02.2009
Zwangsheiraten	10.02.2009
Gentechnikgesetz: Verlängerung des GVO-Moratoriums	10.02.2009
Anpassung der Kriterien für Bewilligungsverweigerung im Güterkontrollgesetz	29.01.2009
Pa.IV. 04.430n Regulierung der Bücherpreise	29.01.2009
Angemessene Wasserzinsen (UREK-S)	09.01.2009

4.2. Anhang B – Annexe B

Mitglieder per 31. Dezember 2009 – Membres au 31 décembre 2009

Präsident / Président :

- › Pelli Fulvio Consigliere nazionale

1. Vizepräsident / 1^{er} Vice-président :

- › Pedrazzini Vincenzo Parteipräsident (SZ), Wahlkampfleiter 2011

Vizepräsidenten / Vice-présidents :

- › Hutter Markus Nationalrat (ZH)
- › Moret Isabelle Conseillère nationale (VD)
- › Weiss Pierre Député au Grand Conseil (PLG)

Vorstand / Comité :

- › Balet Emery Chantal Comité directeur (PLR VS)
 - › Brunschwig Graf Martine Conseillère nationale (PLS GE)
 - › Brupbacher Stefan Generalsekretär
 - › Cassis Ignazio Consigliere nazionale (TI)
 - › de Quattro Jacqueline Conseillère d'Etat (VD)
 - › Forster-Vannini Erika Ständerätin (SG)
 - › Germanier Jean-René Président du Conseil national (VS)
 - › Gutzwiller Felix Ständeratspräsident (ZH)
 - › Huber Gabi Nationalrätin (UR)
 - › Hutter Markus Nationalrat (ZH)
 - › Luscher Christian Conseiller national (GE)
 - › Markwalder Christa Nationalrätin (BE)
 - › Moret Isabelle Conseillère nationale (VD)
 - › Müller-Meichtry Philipp Nationalrat (AG)
 - › Schneider-Ammann Johann N. Nationalrat (BE)
 - › Schneller Lena Präsidentin Jungfreisinnige
-

4.3. Anhang C – Annexe C

Fraktionsvorstand per 31. Dezember 2009 – Comité du Groupe au 31 décembre 2009

Mitglieder mit Stimmrecht

Fraktionspräsidentin / Présidente du Groupe:

- › Huber Gabi Nationalrätin (UR)

Vizepräsidenten / Vice-présidents :

- › Brunschwig Graf Martine Conseillère nationale PLS (GE)
- › Forster-Vannini Erika Ständeratspräsidentin (SG)
- › Gutzwiller Felix Ständerat (ZH)

Zusätzliche Mitglieder ad functionem / Membres additionnels ad functionem :

- › Altherr Hans Ständerat, Mitglied Büro SR
- › Cassis Ignazio Consigliere nazionale (TI), président du Groupe latin
- › Engelberger Edi Nationalrat (NW), Mitglied Büro NR
- › Hutter Markus Nationalrat (ZH)
- › Moret Isabelle Conseillère nationale (VD)
- › Pelli Fulvio Consigliere nazionale (TI)
- › Germanier Jean-René Conseiller national (VS), Membre du bureau CN
- › Weiss Pierre Président PLS

Frei gewählte Mitglieder / Membres élus :

- › Caviezel Tarzisius Nationalrat (GR)
- › Eichenberger Corina Nationalrätin (AG)
- › Hiltbold Hugues Conseiller national (GE)
- › Kleiner Marianne Nationalrätin (AR)
- › Leutenegger Filippo Nationalrat (ZH)
- › Malama Peter Nationalrat (BS)
- › Müller Philipp Nationalrat (AG)
- › Perrinjaquet Sylvie Conseillère national (NE)
- › Theiler Georges Nationalrat

Mitglieder ohne Stimmrecht

Bundesräte / Conseillers fédéraux :

- › Burkhalter Didier
- › Merz Hans-Rudolf Präsident des Bundesrats

Partei ex.off / Parti ex.off

- › Brupbacher Stefan Generalsekretär
- › Pedrazzini Vincenzo Partei Vize-Präsident
- › Weiss Pierre Vice président du parti

4.4. Anhang D – Annexe D

Generalsekretariat – Secrétariat général

(per 31. Dezember 2009 – au 31 décembre 2009)

Generalsekretär / Secrétaire général :

Dr. Stefan Brupbacher

Neuengasse 20, 3001 Bern

brupbacher@fdp.ch – Tel. 031 320 35 35 – Fax 031 320 35 00

